

Kärnten und Salzburg haben gewählt

Die Landtagswahlen vom 7. März 2004 haben für einige Überraschung gesorgt. Auf 11 Seiten fassen wir zusammen und präsentieren detaillierte Analysen, die uns das angesehene sozialwissenschaftliche Institut SORA zur Verfügung gestellt hat.

Insgesamt fast 800.000 Wahlberechtigte – 425.289 Kärntnerinnen und Kärntner und 365.613 Salzburgerinnen und Salzburger – waren zur Urne gebeten. Schon lange Zeit hat man von einem spannenden Wahlgang gesprochen, der wohl auch bundespolitische Auswirkungen haben werde.

Kärnten

Kärnten wurde seit Beginn der Zweiten Republik meist von SPÖ-Landeshauptleuten regiert, zuletzt von 1974 bis 1988 von Leopold Wagner, der den Sozialdemokraten Hans Sima abgelöst hatte. Wagner wurde im Oktober von einem ehemaligen Schulkollegen angeschossen und lebensgefährlich verletzt, weshalb er sämtliche politische Funktionen zurücklegen mußte. Ihm folgte der damalige Landespartei sekretär Dr. Peter Ambrozy, der mit der SPÖ bei den vorgezogenen Landtagswahlen im März 1989 die absolute Mehrheit verlor. Schon damals erreichte die FPÖ den zweiten Platz im Lande und einigte sich mit der ÖVP auf eine Koalition unter LH Dr. Jörg Haider, der sich – etwas mehr als zwei Jahre später – nach einem Mißtrauensantrag von SPÖ und ÖVP zum Rücktritt gezwungen sah.

Ihm folgte der damalige Obmann der ÖVP Kärnten, Dr. Christof Zernatto, obwohl dessen Partei über die wenigsten Sitze im Landtag verfügte. Obschon man Zernatto gute Chancen einräumte, verlor er bei der Wahl 1999 und zog sich aus der Landespolitik zurück; der ehemalige Klubobmann der ÖVP im Kärntner Landtag und Abgeordnete zum Nationalrat, Georg Wurmitzer, übersiedelte daraufhin zurück nach Kärnten, wo er mit seiner Fraktion die Wiederwahl Jörg Haiders zum Landeshauptmann ermöglichte und auch



So sehen die Sieger der Landtagswahlen, hier bei ihrer Stimmabgabe, aus: Mag. Gabriele Burgstaller (SP) wird Landeshauptmann von Salzburg, Dr. Jörg Haider (FP) bleibt eine weitere Legislaturperiode Landeshauptmann von Kärnten



Mitglied der Landesregierung wurde. Weitere Mitglieder waren LHStv. Ing. Karl Pfeifenberger und LR Gerhard Dörfler von der FPÖ, LHStv. Dr. Peter Ambrozy, LR Dr. Gabriele Schaunig-Kandut und LR Ing. Reinhart Rohr von der SPÖ und eben LR Georg Wurmitzer.

Für die Landtagswahl am 7. März 2004 war nun die SPÖ mit Ambrozy angetreten, um als stimmenstärkste Partei aus der Wahl hervorzugehen und Haider als LH abzulösen. Eine Wiederwahl Haiders von Seiten der SPÖ schien praktisch ausgeschlossen, auch wenn Bundespartei vorsitzender Dr. Alfred Gusenbauer erklärte, der Kandidat mit den meisten Stimmen sollte Landeshauptmann werden, auch wenn einige SPÖ-Bürgermeister in Kärnten öffentlich für eine weitere Amtsperiode Haiders eintraten. Dies schlossen Wurmitzer

Aus dem Inhalt

BP-Wahlkampf-Auftakt	12
Ö-Konvent: Verfassungs-entwurf bis Jahresende?	15
Kardinal König ist tot	17
Weltbeste Kochbücher	22
Siemens archiviert in ungarischen Notariaten	23
Die echten Steirischen Harmonikas aus Graz	24
25 min. Klagenfurt-Wien	26
Fürstliche Sammlungen im Liechtenstein Museum	28
Khevenhüller-Archiv	35
Auf Erfolgskurs: unsere Wienerlied-Sendungen	37
ÖJ-Reisetips	
Weinreise und Almurlaub	39
Impressum	38

Innenpolitik / Landtagswahlen

und die Spitzenkandidatin der ÖVP, Mag. Elisabeth Scheucher, Abgeordnete zum Nationalrat, kategorisch aus.

Bis zuletzt herrschte knisternde Spannung, war man doch von einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Haider und Ambrozy ausgegangen. An der ersten Hochrechnung, die vom Institut SORA im Auftrag des ORF erstellt und in einer Sondersendung um Punkt 17 Uhr präsentiert wurde, änderte sich den Abend über kaum etwas: Die FPÖ lag mit 42,5 Prozent 4,1 Prozentpunkte vor der SPÖ (38,4 Prozent), die ÖVP konnte nach einem Verlust von 9,1 Prozentpunkten nur mehr 11,6 Prozent der Stimmen auf sich vereinen und den Grünen gelang es, mit 6,7 Prozent – und aufgrund der im Land geltenden Wahlordnung dank einem Grundmandat in Klagenfurt – erstmals in den Kärntner Landtag einzuziehen.

Diesem Ergebnis zufolge konnte also davon ausgegangen werden, daß Haider auch künftig Landeshauptmann sein würde. Wegen der mehr oder weniger „engen“ Festlegung der SPÖ und der definitiven Weigerung von ÖVP und Grünen, Haider's Wiederwahl zu unterstützen, schien es vorerst, als würde sich die Entscheidungsfindung über einen längeren Zeitraum hinziehen.

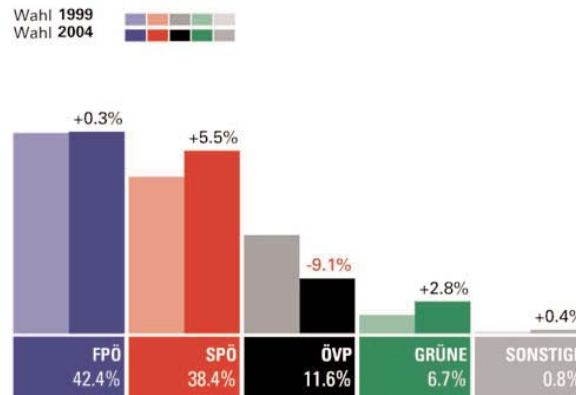
Zur größten Überraschung aller Beobachter verlaute jedoch schon am Samstag nach der Wahl (13. März), FPÖ und SPÖ hätten sich in einer Marathon-Klausur bis in die frühen Morgenstunden auf eine Regierungszusammenarbeit geeinigt.

Drei Tage später, am 16. März, war der Sekretär für internationale Verbindungen der Sozialistischen Partei Frankreichs und ehemalige Europaminister Pierre Moscovici in der Nachrichtensendung „Zeit im Bild 2“ des ORF zu einem Interview eingeladen, wo er sich heftig gegen die Koalition zwischen SPÖ und FPÖ in Kärnten aussprach. Die FPÖ, so Moscovici, sei nicht irgendeine Partei und Sozialisten würden nicht mit Nostalgikern des Dritten Reiches zusammengehen.

Tags darauf stellte dann Außenministerin Dr. Benita Ferrero-Waldner zu der von Moscovici geäußerten Kritik fest, die SPÖ sei offenbar zur Einsicht gelangt, daß eine Ausgrenzungspolitik kein erfolgversprechen-

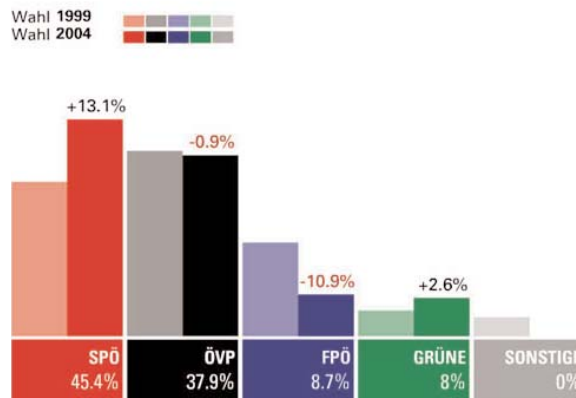
LANDTAGSWAHL KÄRNTEN 2004

Amtliches Endergebnis in Prozent



LANDTAGSWAHL SALZBURG 2004

Amtliches Endergebnis in Prozent



des und zukunftsweisendes Rezept wäre. Österreich habe weder bei der Regierungsbildung im Jahr 2000 einen Ratschlag von außen gebraucht, noch brauche es einen derartigen Ratschlag von außen im Jahr 2004. Sie hätte gehofft, daß Moscovici aus der völlig verfehlten Sanktionspolitik im Jahr 2000 seine Lektion gelernt habe.

Einigermaßen heftig reagierte auch der geschäftsführende SPÖ-Klubobmann Dr. Josef Cap: Moscovici habe anscheinend keine Informationen über die Unterschiede zwischen der Kärntner Verfassung und dem Wahlsystem in den französischen Departements. In Kärnten gebe es ein Proporzsystem, also keine klare Trennung zwischen Opposition und Regierung, und in Österreich gebe es ein ausgeprägtes Mehrheitswahlsystem. Auf Bundesebene gebe es für die SPÖ jedoch überhaupt keine Veranlassung, mit der FPÖ zusammenzuarbeiten, versicherte Cap. Unabhängig von einem Arbeitsprogramm säßen in Kärnten aufgrund der Verfassung FPÖ, SPÖ und ÖVP ohnedies in der Landesregierung. Moscovici solle sich daher zuerst informieren, bevor er Kritik austeile. Weder Österreich noch Kärnten brauchten Ratschläge von wem auch immer, schloß Cap, der



Regierungsverhandlungen von FPÖ und SPÖ nach der Landtagswahl in Kärnten: Dr. Peter Ambrozy (4. v.l.) neben LH Dr. Jörg Haider mit den beiden Teams

Foto: Wir bedanken uns bei Gert Eggenberger, Fotograf in Klagenfurt, der uns die zwei Kärnten-Fotos kostenlos überlassen hat! <http://www.eggi.at>

Innenpolitik / Landtagswahlen

dies Moscovici in einem „Privatissimum“ noch detailliert auseinandersetzen wollte.

ÖVP-Generalsekretär Abg.z.NR Dr. Reinhold Lopatka riet Moscovici, seinen Zeigefinger herunterzunehmen. Wenn es auch Turbulenzen in der SPÖ gebe, so seien Einmischungen von außen auf das Schärfste zurückzuweisen.

FPÖ-Generalsekretärin Magda Bleckmann sieht im Besuch einer SPÖ-Frauen-delegation bei Moscovici heute noch deren bestes Einvernehmen mit den Initiatoren der Anti-Österreich-Bewegung vor vier Jahren und forderte Ex-Frauenministerin Barbara „Prammer und Genossinnen auf“, diese Reise abzusagen. Denn im besten Fall sei dieser Studienbesuch ein nachträglicher Kniefall vor den Gegnern Österreichs, so Bleckmann.

Während ÖVP, SPÖ und FPÖ keine ernsthaften Überlegungen darüber anstellen, ob diese für Österreich neue Zusammenarbeit zwischen Blau und Rot Vorbildwirkung für die Bundesregierung haben könnte, sieht die stv. Bundessprecherin der Grünen, Dr. Eva Glawischnig, einen „lange vorbereiteten Richtungswechsel“ der SPÖ, zu dem sich die Sozialdemokraten bekennen sollten. Aus ihrer Sicht bestehe nun auch die Option einer entsprechenden Koalition auf Bundesebene. Und läßt nicht gelten, daß der der Kärntner SP-Chef Ambrozy keine Alternative gehabt hätte, als mit den Freiheitlichen abzuschließen. Sie selbst habe ihm das Angebot gemacht, eine andere Mehrheitsbildung – also rot-schwarz-grün – zu ermöglichen.

Am Montag, den 22. März, hat die SPÖ Kärnten in einer Parteivorstandssitzung dem Arbeitsübereinkommen mit der FPÖ klar zugestimmt. 27 von 41 Funktionären haben dafür, 6 dagegen gestimmt, 8 haben sich der Stimme enthalten. Landespartei-Chef Dr. Peter Ambrozy stellte nach der Sitzung fest, das Ergebnis sei überwältigend, zeige, daß sich die SPÖ auf dem richtigen Weg befände und reiche jedenfalls für die fünfjährige Legislaturperiode im Land aus. Bei der konstituierenden Landtagssitzung am 31. März ermöglichte die SPÖ also die Wiederwahl von Landeshauptmann Dr. Jörg Haider, wie dies auch die ÖVP inzwischen signalisiert hat.

Es scheint, als sei das „Thema“ Kärnten damit – bundespolitisch gesehen – abgeschlossen. Doch dem ist nicht so, denn SP-Chef Gusenbauer ist durch seine Haltung, die, vorsichtig gesagt, nicht immer eindeutig war, ins Kreuzfeuer geraten. Während einer Tagung die Europäischen Sozialdemokraten in Brüssel „SPÖ und Haider“ nicht auf die Tagesordnung setzten, sondern nur am Rande

darüber gesprochen wurde – gute Ratschläge inbegriffen –, scheiden sich bei der Sozialdemokratie in Österreich die Geister. Zwei „Lager“ sehen die Entscheidung der Kärntner Genossen einerseits als Sakrileg, wollte man doch an der FPÖ nicht einmal anstreifen, andererseits als praktisch logische Reak-



Kärntens designierter Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Peter Ambrozy
Foto: SPÖ Kärnten / Spiola

tion auf landesspezifische Voraussetzungen. Hier, zum Beispiel, einige Intellektuelle, unter ihnen André Heller und die ehemaligen SP-Minister Dr. Ferdinand Lacina und Dr. Rudolf Scholten, die in einer Initiative ein „sozialdemokratisches Bündnis mit Jörg Haider und seiner Partei selbstverständlich“ ablehnt und damit massiven Druck auf Gusenbauer ausübt. Dort, zum Beispiel, Dr. Michael Häupl, der voll hinter dem Parteivorsitzenden steht. Der Wiener Bürgermeister im „Standard“: „Dazu gibt es nur eines zu sagen: Ich möchte, daß diese Bundesregierung abgewählt wird und daß der nächste Bundeskanzler Alfred Gusenbauer heißt.“

Überraschend ist das Ergebnis einer aktuellen Umfrage, die das Institut OGM für „Format“ gemacht hat. Gefragt wurde, ob es richtig wäre, würden die Sozialdemokraten die Freiheitlichen auch auf Bundesebene als möglichen Koalitionspartner in Betracht ziehen, antworten 43 Prozent der Österreicher mit „Ja“. Nur 35 Prozent halten dies für falsch, 22 Prozent der Österreicher haben sich dazu noch keine Meinung gebildet.

In den europäischen Regierungen ist es „diesmal“ zu keinen Irritationen gekommen. Nicht nur Österreich sind die EU-Sanktionen im Jahr 2000 in unangenehmer Erinnerung.

Salzburg

Salzburg wurde seit Beginn der Zweiten Republik von ÖVP-Landeshauptmännern regiert. Am 21. Juni 1945 wurde Dr. Adolf Schemel von der amerikanischen Kommandantur zum Landeshauptmann ernannt, kandidierte aber aus Altersgründen zur Wahl im November nicht mehr. Am 12. Dezember 1945 wurde er vom Kammeramtsdirektor der Kammer für Landwirtschaft und Ernährung für Salzburg, Dipl.-Ing. Albert Hochleitner, abgelöst. Hochleitner war aber nur knapp zwei Jahre im Amt, er trat wegen einer ihm angelasteten politischen Unkorrektheit zurück, die sich später jedoch als Gerücht erwies. Die darauf folgenden zwei Jahre hieß der Landeshauptmann Josef Rehrl, zuvor Vorsitzender bzw. stv. Vorsitzender des Bundesrates.

Im Dezember 1949 folgte diesem der Salzburger Rechtsanwalt Dr. Josef Klaus, der dieses Amt bis 1961 innehatte (er wurde übrigens am 2. April 1964 Bundeskanzler der Republik Österreich und am 21. April 1970 von Dr. Bruno Kreisky abgelöst).

Der gebürtige Steirer DDr. Hans Lechner folgte auf Klaus, der 1961 von Dr. Alfons Gorbach als Finanzminister in die Regierung berufen wurde, und war von April 1961 bis April 1977 Salzburgs längstdienender Landeshauptmann. In den folgenden zwölf Jahren lenkte Dr. Wilfried Haslauer die Geschicke des Landes, der im Mai 1989 von Dr. Hans Katschthaler abgelöst wurde. Während dessen Amtszeit rückten die Sozialdemokraten in der „schwarzen Hochburg“ auf und konnten die absolute Mehrheit der ÖVP brechen. 1996 gab Katschthaler überraschend bekannt, daß er sich aus der Politik zurückziehen werde. „Sein“ damaliger ÖVP-Klubobmann, der Universitätsdozent für Neuere Österreichische Geschichte Dr. Franz Schausberger, wurde im April 1996 vom Landtag zum Nachfolger gewählt. Bei der turnusmäßigen Landtagswahl am 7. März 1999 erreichte Schausberger mit 38,8 Prozent der Stimmen noch Platz Eins in der Wählergunst, doch die Sozialdemokraten hatten mit 32,3 Prozent schon massiv aufgeholt, die FPÖ hatte 19,6, die Grünen hatten 5,4 Prozent Stimmanteil erreicht.

Fünf Jahre später mußte der amtierende LH Schausberger um den Wiedereinzug in den Chiemseehof, den Sitz der Landesregierung, bangen. LH-Stellvertreterin und Salzburgs SPÖ-Vorsitzende Mag. Gabi Burgstaller war ihm in Umfragen schon vor der Wahl um einige Prozente vorausgewesen. Die Landes-FPÖ unter Dr. Karl Schnell, die in denselben Umfragen ziemlich nachgelassen hatte, hoff-

Innenpolitik / Landtagswahlen

te, den dritten Platz im Land gegen die Grünen unter Cyriak Schwaighofer zu halten, denen einiges an Zugewinnen vorhergesagt wurde.

Spannung herrschte auch in Salzburg bis zuletzt, umso größer war dann die Enttäuschung für Schausberger, als er nämlich hören mußte, daß er und die ÖVP von den Sozialdemokraten mit 45,4 Prozent um 7,5 Prozentpunkte überholt und mit 37,9 Prozent auf Platz zwei im Lande verwiesen wurde. Das bedeutet zwar nur einen Verlust von 0,8 Prozentpunkten im Vergleich zu 1999, man hatte es aber nicht geschafft, proportional so zuzulegen, wie dies der SPÖ gelungen war. Die FPÖ mußte sich mit 8,7 Prozent bzw. einem Verlust von 10,9 Prozentpunkten abfinden, die Salzburger Grünen bejubelten einen Zugewinn von 2,6 Prozentpunkten, auch wenn sie mit einem Stimmenanteil von 8,0 Prozent auf Platz vier geblieben waren.



Start der Regierungsverhandlungen von SPÖ und ÖVP nach der Landtagswahl in Salzburg am 17. März 2004 im Büro von Mag. Gabi Burgstaller

Foto: LPB/Franz Neumayr



Salzburgs designierter Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Wilfried Haslauer

Foto: ÖVP Salzburg

Die künftige „Frau Landeshauptmann“ Mag. Gabriele Burgstaller hatte, so wie sie das schon im Wahlkampf angekündigt hatte, noch am Wahlabend die ÖVP zur Zusammenarbeit eingeladen, sie möchte – wenn auch unter geänderten Vorzeichen –, daß die beiden großen Parteien weiterhin für die Geschicke des Landes verantwortlich sind. Eine Koalition mit den Grünen, mit denen 53,4 Prozent zu erreichen wären, oder mit der FPÖ, die 54,1 Prozent ergäbe, kam für Burgstaller nicht in Frage. Die Parteiengespräche werden von seiten der ÖVP übrigens von Schausberger geleitet, er selbst wird der neuen Landesregierung allerdings nicht mehr angehören: Er hatte schon vor geraumer Zeit, also noch im

Wahlkampf, seinen Nachfolger vorgestellt und angekündigt, als Landeshauptmann nur die Hälfte der Funktionsperiode zur Verfügung zu stehen. Dies dürfte ihm aber massiv geschadet haben, auch wenn er mit dem designierten ÖVP-Landesparteiobmann Dr. Wilfried Haslauer, Sohn des vormaligen Landeshauptmannes, einen ambitionierten Ersatz gefunden hat.

Von „guten und raschen Regierungsverhandlungen“ berichtete Gabi Burgstaller, mittlerweile designierte Landeshauptfrau Salzburgs, knapp drei Wochen nach der Wahl – in einem gemeinsamen Pressegespräch mit ihrem ebenfalls designierten Stellvertreter Haslauer. „Wir haben vor, die inhaltlichen Verhandlungsrunden noch vor der Karwoche abzuschließen“, so Burgstaller. In den Bereichen Arbeit und Wirtschaft, Soziale Sicherheit, Gesundheit, Landwirtschaft, Bildung, moderne Verwaltung und Generationen sei bereits „weitestgehend Einigung erzielt“ worden, so Burgstaller.

Ein wichtiger Punkt aus Sicht der Sozialdemokraten ist, daß „alle Verhandlungspunkte von SPÖ und ÖVP auf die Wirtschaftstauglichkeit und Arbeitsmarktrelevanz hin durchleuchtet werden“.

Dr. Wilfried Haslauer meinte, man habe „in weiten Bereichen eine gemeinsame Linie finden können. Die Gespräche nehmen einen guten und raschen Fortgang“, nach Ostern will man über die Ressortaufteilung verhandeln. Salzburg soll zu einem „Top-Wirtschaftsstandort“ weiterentwickelt werden und Vollbeschäftigung erreichen, lautet eines der gemeinsamen Ziele.

Die Freiheitlichen und die Grünen bleiben in Salzburg in der Opposition. FPÖ-Landesparteiobmann Karl Schnell hat angekündigt, an seinem Kurs festhalten zu wollen. Trotz Halten des dritten Platzes der FPÖ kann über die Verluste nicht hinweggesehen werden. Karl Schnell stellte in einer ersten Analyse fest, anscheinend zähle nur mehr die Show. „Es ist uns nicht gelungen, den Menschen zu zeigen, was wir in den letzten Jahren für sie gearbeitet haben.“ Fragen von Journalisten, ob er zurücktreten werde, beantwortete er mit „sicherlich nicht“.

„Reine Machtgier“ und ein „geradezu peinliches Anbieten an den rechten Rand“ orten Salzburgs Grüne bei der SPÖ. Landessprecher Labg. Cyriak Schwaighofer meint, die SPÖ werfe aus purem Machtdenken alle Grundsätze über Bord und habe bereits im Salzburger Wahlkampf dem rechten Bereich starke Avancen gemacht. Es sei langsam unerträglich, wie die SPÖ andere Parteien für jede wie immer geartete Koalitionsvariante in fast schon verhetzender Art und Weise prügeln, „aber selber bei jeder Gelegenheit ausgerechnet in die rechten Spalten hineinkriecht.“

Wie geht es nun weiter in Salzburg? Bis zur Karwoche sollten die Inhalte abgeschlossen sein, denn dann hat man sich eine Verhandlungspause gegönnt. Die Konstituierung des Landtages soll dann am 28. April stattfinden, die Angelobung von Burgstaller als erste Landeshauptfrau von Salzburg wird Mitte Mai durch den Bundespräsidenten, als wohl einer der letzten Staatsakte von Dr. Thomas Klestil, vorgenommen. ■

Wahlanalyse: Landtagswahlen Kärnten und Salzburg 2004

In allen Landtagswahlen seit der Regierungsbildung Schlüssel II hat die FPÖ massiv Stimmen verloren (-12% in Oberösterreich, Niederösterreich und Tirol, -8% bei der AK-Wahl in Salzburg, -6% bei der AK-Wahl in Tirol). Die ÖVP hat bei den Wahlen im Jahr 2003 jeweils leichte Gewinne, seit Jahreswechsel 2004 jeweils leichte Verluste erlitten.

Das Wahlergebnis der Landtagswahl Salzburg liegt diesbezüglich im Trend. Die FPÖ verliert dramatisch (-10,9%), die ÖVP nur leicht (-0,8%). Nur in Kärnten gehen die Uhren anders – hier erleidet die ÖVP dramatische Verluste (-9,1%), während die FPÖ leichte Gewinne (+0,4%) erzielt.

Steigende Dynamik

Bei beiden Wahlen ist es zu massiven Wählerwanderungen gekommen: 15% der Kärntner und 18% der Salzburger Wahlberechtigten haben von einer Partei zur anderen gewechselt, außerdem sorgten Bewegungen von und zu NichtwählerInnen für Dynamik. Nur mehr knapp die Hälfte des Wahlberechtigten sind „konstante Parteiwähler“, d. h., sie haben am 7. März eine Partei gewählt, die sie auch 1999 gewählt haben.

In Kärnten sind die ÖVP-WählerInnen in großer Zahl zur FPÖ übergegangen, in Salzburg ist die SPÖ die Hauptgewinnerin des dortigen Zerfalls der FPÖ.

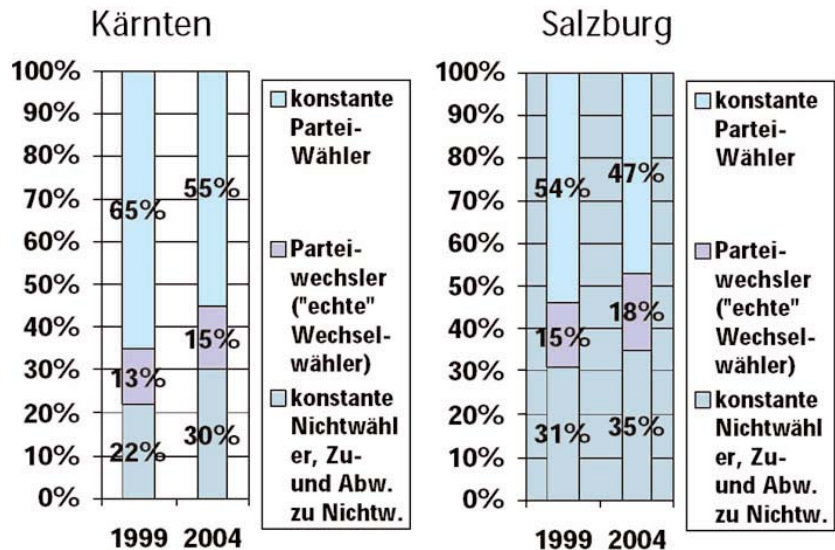
Ungewöhnlich hoch ist in beiden Ländern die starke Mobilisierung der SPÖ – sie hat jeweils die höchste Behalterate und die stärkste Mobilisierung von NichtwählerInnen.

Die Grünen haben in Kärnten mehr Stimmen von der ÖVP als von der SPÖ hinzugewonnen, in Salzburg haben sie in erster Linie die Liberalen aufgesaugt.

In beiden Ländern zusammen haben Schwarz und Blau im Saldo 43.000 Stimmen an Rot und Grün verloren.

Alles Wahlkampf!

In Kärnten konnte sich niemand diesem Wahlkampf entziehen. Noch nie hat es eine derart intensive Werbe- und Materialschlacht bei einer Landtagswahl gegeben. Plakate



Bei beiden Wahlen ist es zu massiven Wählerwanderungen gekommen: 15% der Kärntner und 18% der Salzburger Wahlberechtigten haben von einer Partei zur anderen gewechselt
Grafik: SORA

und Inserate haben eine Reichweite von über 97% erreicht. Aber auch das „Schlachtfeld“ war noch nie so hart wie diesmal.

43% aller KärntnerInnen hatten während dem Wahlkampf Kontakt mit FunktionärInnen von Parteien. Die AktivistInnen der SPÖ haben 125.000 WählerInnen im direkten Gespräch erreicht, die Freiheitlichen etwa 100.000, die ÖVP 85.000 und die Grünen etwa 25.000.

Mehr als jede/r fünfte Wahlberechtigte (90.000) hat zumindest eine Wahlveranstaltung besucht.

Protest gegen die Politik der Bundesregierung

Zwei Drittel (63%) der Kärntner Wahlberechtigten stimmen der Aussage zu, daß die Bundesregierung einseitig die Arbeitnehmer belastet.

Mehr als die Hälfte der Befragten (57%) finden, daß die Bundesregierung bei den Pensionen die falsche Politik macht, 55% finden die Politik im Bereich der Arbeitslosigkeit falsch, 48% finden die Maßnahmen der Steuerreform falsch. Nur zwischen einem Viertel und einem Drittel der KärntnerInnen

können sich mit der aktuellen Politik der Bundesregierung identifizieren.

Hier zeigt sich in Kärnten folgendes Muster: Bei den SPÖ-WählerInnen liegt die Ablehnung der Politik der Bundesregierung bei 60% bis 80%, bei den ÖVP-WählerInnen überwiegt die Zustimmung – wobei der Überhang der Zustimmung bei den ÖVP-AnhängerInnen zum Teil deutlich ist (Steuerreform), zum Teil weniger ausgeprägt (Pensionen, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit). Bei FPÖ-WählerInnen halten sich Zustimmung und Ablehnung der Bundesregierungsmaßnahmen im Großen und Ganzen die Waage.

Viele bezüglich der Bundesregierung enttäuschte FPÖ-WählerInnen (Einschätzung der Maßnahmen als falsch) sind in Kärnten zur SPÖ abgewandert, viele verunsicherte ÖVP-WählerInnen (Einschätzung der Maßnahmen als zumindest nicht richtig) zur FPÖ.

Die FPÖ konnte hier im Verlauf des Wahlkampfs vor allem bei der Frage zulegen, wer in Wien am besten die Interessen Kärntens vertritt. Am Wahltag schrieb diesen Einsatz für Kärnten jede/r Zweite der FPÖ zu, im Jänner war es nur jede/r Dritte. Jörg Haider war der Spagat gelungen, die Regierungsfunktion in Kärnten zu nutzen, um

Innenpolitik / Landtagswahlen

gleichzeitig gegenüber der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung in einer Oppositionsrolle aufzutreten.

Wählerstromanalyse Kärnten 2004

Die FPÖ kann bei der Landtagswahl 2004 in Kärnten ihren ersten Platz halten und erreicht 42,5% der Stimmen – ein leichter Zugewinn von 0,4 Prozentpunkten gegenüber dem Ergebnis von 1999. Am meisten Zugewinne schafft die SPÖ – sie legt um 5,6 Prozentpunkte zu und erreicht 38,4% der Stimmen. Die große Verliererin ist in Kärnten die ÖVP – sie muß 9,1 Prozentpunkte und die Hälfte ihrer Mandate abgeben und erreicht nur noch 11,6%. Die Grünen können mit 6,7% der Stimmen erstmals in den Kärntner Landtag einziehen, da sie im Wahlkreis Klagenfurt und Umgebung 11,1% und damit das Grundmandat erreichen. Die Wahlbeteiligung lag bei 78,1%.

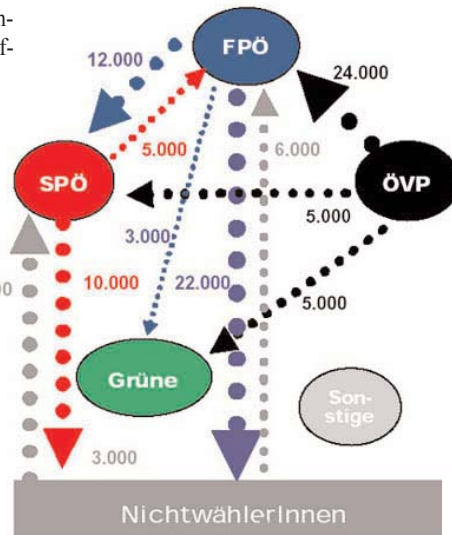
Die großen Trends dieser Wahl sind:

- Die hohen Verluste der ÖVP an die FPÖ
- Deutliche Verluste der FPÖ an SPÖ und NichtwählerInnen
- Die starke Mobilisierung von SPÖ-WählerInnen
- Die schwache Mobilisierung von ÖVP-WählerInnen

Die größte Wählerwanderung in Kärnten ist die der ÖVP-WählerInnen zur FPÖ (24.000 Stimmen). Die Freiheitlichen haben 12.000 Stimmen an die SPÖ und 22.000 Stimmen durch Wahlenthaltung verloren, konnten aber im Gegenzug 5000 ehemalige SPÖ-WählerInnen und 6000 NichtwählerInnen für sich mobilisieren. Die FPÖ-Zugewinne von der ÖVP gleichen somit die Verluste an die SPÖ und die NichtwählerInnen ziemlich genau aus.

Die SPÖ hat ihre WählerInnen am stärksten mobilisiert, sie hat 83 Prozent ihrer WählerInnen von 1999 wieder zu den Urnen gebracht und auch am meisten NichtwählerInnen für sich gewonnen: 16.000 NichtwählerInnen von 1999 stimmten diesmal für die SPÖ, allerdings blieben auch 10.000 SPÖ-WählerInnen von 1999 diesmal zuhause. 5000 Stimmen verliert die SPÖ an die Freiheitlichen, steigt aber durch die Zugewinne von 12.000 Stimmen mit einem deutlich positiven Saldo aus.

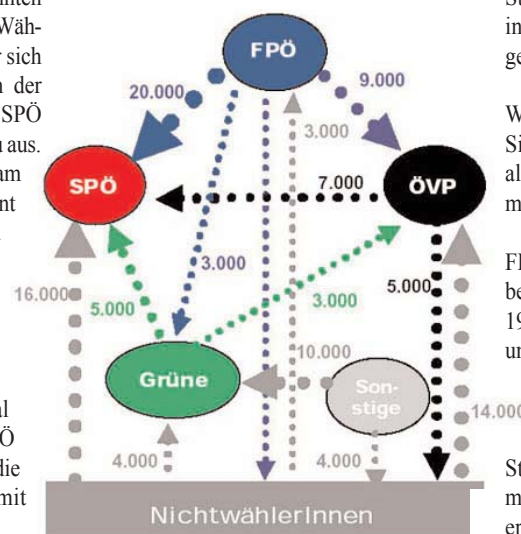
Die ÖVP verliert am meisten, nämlich 24.000 Stimmen, an die FPÖ, aber auch je 5000 Stimmen an SPÖ und Grüne. Wie schlecht sie ihre WählerInnen mobilisiert



hat, zeigt auch die Behalterate von 46% – das heißt, daß nicht einmal mehr jede/r zweite ÖVP-WählerIn von 1999 diesmal noch für die Volkspartei votierte.

Die Grünen haben 60 Prozent der Wählerstimmen des Listenverbandes Demokratie 99 – in dem sie bei der Landtagswahl 1999 angetreten sind – für sich gewonnen. Weitere Zugewinne kamen vor allem von der ÖVP (5000 Stimmen). Aber auch von der FPÖ und den NichtwählerInnen konnten die Grünen je 3000 und von der SPÖ 2000 Stimmen gewinnen.

Wählerstromanalyse Salzburg 2004



Die SPÖ schafft in Salzburg mit einem Stimmenzuwachs von 13,1 Prozentpunkten einen fulminanten Wahlsieg und verdrängt

mit 45,4% der Stimmen die ÖVP erstmals seit 1945 auf den zweiten Platz. Diese verliert 0,8 Prozentpunkte und erhält 37,9% der Stimmen. Große Verluste in der Höhe von 10,9 Prozentpunkten verzeichnet die FPÖ, die 8,7% der Stimmen erreicht. Die Grünen legen um 2,6 Prozentpunkte auf 8 Prozent der Stimmen zu. Die Wahlbeteiligung lag bei 77%, um 3 Prozentpunkte höher als 1999.

Die großen Trends dieser Wahl sind:

- Die äußerst starke Mobilisierung von SPÖ-WählerInnen
- Die hohen Zugewinne für die SPÖ aus allen Richtungen
- Die hohen Verluste der FPÖ vor allem an die SPÖ
- Der starke WählerInnen-Austausch bei den Grünen

Die Zugewinne der Wahlsiegerin SPÖ kommen aus allen Richtungen, allen voran 20.000 Stimmen von der FPÖ. 10.000 Stimmen erhält die SPÖ von den NichtwählerInnen, 5.000 von den Grünen und 8.000 von der ÖVP. Diese Zugewinne bauen auf einer soliden Basis auf: Die SPÖ konnte 95% ihrer WählerInnen von 1999 auch diesmal wieder für sich mobilisieren.

Die ÖVP hat in absoluten Zahlen Stimmen gewonnen: 9.000 Freiheitliche und 3.000 Grün-WählerInnen haben sich dieses Mal für die ÖVP entschieden. Auch 6.000 ehemalige NichtwählerInnen votierten diesmal für die ÖVP, im Gegenzug enthielten sich aber 5.000 ÖVP-WählerInnen von 1999 der Stimme. Dass die ÖVP trotz der Zugewinne in Prozenten verloren hat, liegt an der gestiegenen Wahlbeteiligung.

Die FPÖ konnte nur noch ein Drittel ihrer WählerInnen von 1999 für sich mobilisieren. Sie hat an die SPÖ mit 20.000 Stimmen mehr als doppelt so viel verloren wie an die ÖVP mit 9.000 Stimmen.

Eine noch niedrigere Behalterate als die FPÖ (33%) haben die Grünen mit 26%: Das bedeutet, daß drei von vier WählerInnen von 1999 diesmal nicht für die Grünen votierten und kennzeichnet einen sehr ausgeprägten WählerInnen-Austausch: Die Abwanderung ging vor allem in Richtung SPÖ (5.000 Stimmen) und ÖVP (3.000 Stimmen). Die Zugewinne der Grünen kommen – in der Höhe von 7.000 Stimmen – in erster Linie von ehemaligen LIF-WählerInnen. Weitere 7.000 Stimmen konnten die Grünen von den NichtwählerInnen mobilisieren, 3.000 von der FPÖ.

Quelle: <http://www.sora.at>

Innenpolitik / Landtagswahlen

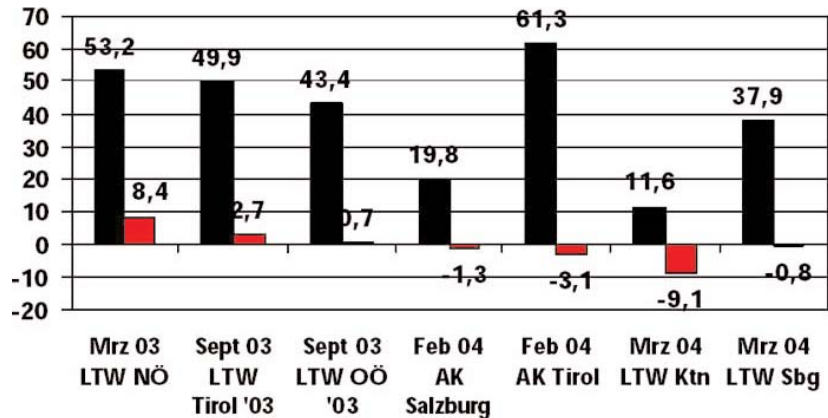
Trends: Ergebnisse der Landtagswahlen und Arbeiterkammerwahlen seit März 2003

Bei beiden Wahlen ist es zu massiven Wählerwanderungen gekommen: 15% der Kärntner und 18% der Salzburger Wahlberechtigten haben von einer Partei zur anderen gewechselt, außerdem sorgten Bewegungen von und zu NichtwählerInnen für Dynamik. Nur mehr knapp mehr als die Hälfte (Kärnten) oder sogar bereits weniger als die Hälfte des Elektors (Salzburg) sind "konstante Parteiwähler", d.h. sie haben am 7. März eine Partei gewählt, die sie auch im Jahr 1999 gewählt haben.

Die erste Landtagswahl im Jahr 2003 (NÖ) brachte der ÖVP nicht nur einen Zugewinn von 8,4 Prozentpunkten, sondern auch die absolute Mehrheit im Niederösterreichischen Landtag. Sechs Monate später fielen die Gewinne bei den Landtagswahlen in Tirol und OÖ schon deutlich geringer aus (plus 2,7 bzw. 0,7 Prozentpunkte), reichten aber noch sowohl für eine absolute Mandatsmehrheit in Tirol als auch für das Halten des ersten Platzes in OÖ. Die ersten Verluste für die ÖVP stellten sich Anfang des Jahres bei den AK-Wahlen in Salzburg ein. Auch in Tirol verloren die ÖVP-Arbeitnehmer-VertreterInnen, wobei hier die klare Mehrheit behalten werden konnte. Die Landtagswahlen in Salzburg bringen zwar nur geringfügige Verluste, die ÖVP fällt aber hinter die SPÖ auf Platz 2 zurück. Massive Verluste muß die ÖVP in Kärnten hinnehmen. Ein Minus von 9,1 Prozentpunkten läßt die ÖVP auf ein historisches Tief von 11,6 Prozent – noch nie war der ÖVP-Anteil bei einer Landtagswahl in Österreich so gering – zurückfallen.

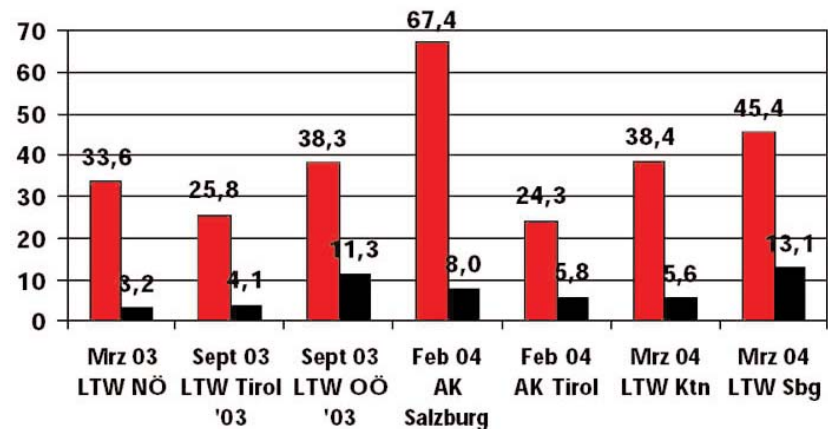
Die SPÖ konnte – seit März 2003 – durchwegs Gewinne zwischen 3 und 13 Prozentpunkten verzeichnen. Die deutlichsten Zugewinne konnte sie allerdings bei den Landtagswahlen in Oberösterreich und Salzburg erzielen. In Salzburg reichen die Zugewinne sogar für einen Machtwechsel im Land – die SPÖ wird hier erstmals seit 1945 stärkste Partei.

Die FPÖ hat bei allen drei Landtagswahlen im Jahr 2003 (NÖ, Tirol, OÖ) rund 12 Prozentpunkte verloren. Auch die Arbeiterkammerwahlen in Salzburg und Tirol brachten Verluste für die Freiheitlichen im Ausmaß von 8 Prozentpunkten (Salzburg) bzw. 6 Prozentpunkten (Tirol). Die Salzburger Landtagswahl bildet für diese Tendenz mit 11 Prozentpunkten Verlust für die FPÖ keine



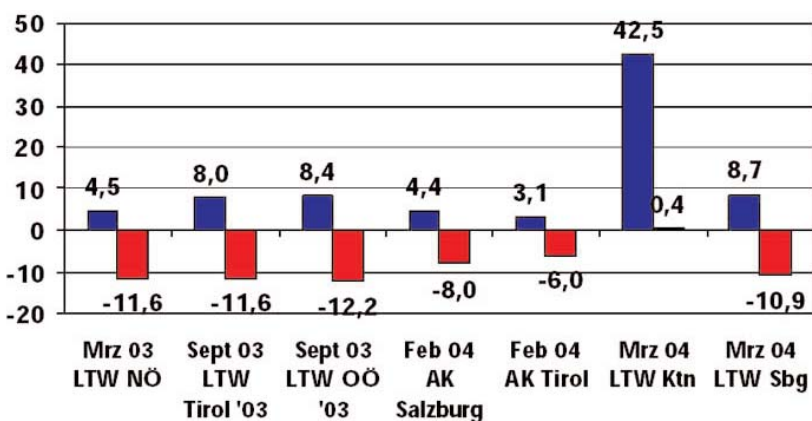
ÖVP

■ Prozentanteil ■ Veränderung



SPÖ

■ Prozentanteil ■ Gewinne



FPÖ

■ Prozentanteil ■ Verluste

Innenpolitik / Landtagswahlen

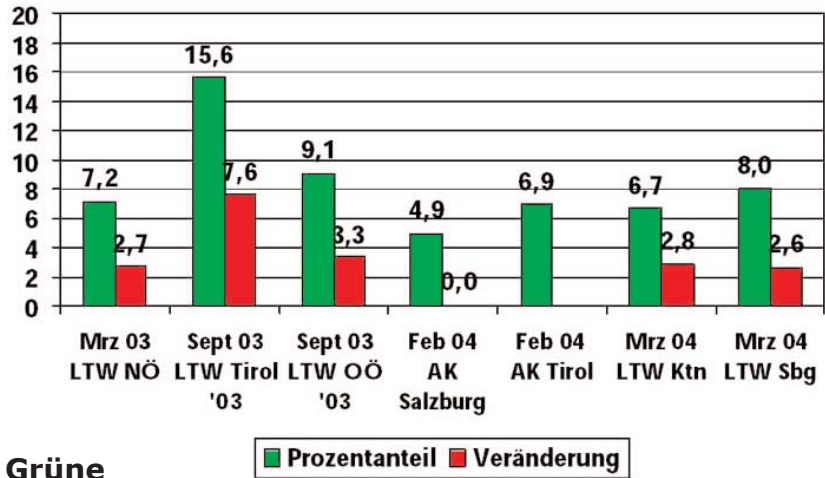
Ausnahme. Allerdings bleibt die FPÖ hier die drittstärkste Kraft. Nur die FPÖ Kärnten konnte nicht nur Verluste verhindern, sondern ihren hohen Stimmenanteil sogar geringfügig ausbauen.

So wie bei jeder Landtagswahl seit dem Jahr 2000 gab es für die Grünen auch diesmal Zugewinne, sie sind jetzt in allen 9 Landtagen Österreichs vertreten, nachdem in Kärnten erstmals die Wahlhürde übersprungen werden konnte.

Die nächsten Wahlen

Wahlen zum Eu-Parlament 13. 6. 2004

Landtagswahl Vorarlberg 19. 9. 2004



Grüne

Erste Reaktionen auf die Wahlergebnisse

Dr. Wolfgang Schüssel (VP)



BK Dr. Wolfgang Schüssel

Foto: Hopi-Media

ÖVP-Bundesparteiobmann und Bundeskanzler, sieht im Wahlergebnis eine unglaubliche Mobilität der Wähler.

„Wenn die Sozialforscher Recht haben, dann haben 50 Prozent der Wählerinnen und Wähler in Salzburg und Kärnten anders gewählt als vor fünf Jahren.

Diese Mobilität ist eine Belebung der Demokratie, die nicht einfach ist für die handelnden Personen, die zugleich aber auch eine Chance in sich birgt“, so Schüssel am Montag nach der Wahl. Auch das Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Tirol sei ein Beweis dafür, wo die ÖVP über hundert Gemeinderatssitze dazugewinnen konnte.

Natürlich sei er auch enttäuscht, in einer politischen Gemeinschaft dürfe man die hellen und dunklen Stunden aber nicht wegblenden. „Wir sind alle in einem Boot und eine politische Familie und deshalb teilen wir die Enttäuschung, blicken aber gleichzeitig auch gemeinsam in die Zukunft.“

Die Gründe für die Stimmverluste in Salzburg und Kärnten hängen für Schüssel von verschiedenen Faktoren ab: „In Kärnten war

die Polarisierung offenkundig. Es ging darum, einen sozialdemokratischen Landeshauptmann oder den bisherigen Landeshauptmann zu haben, und da ist die Entscheidung sehr eindeutig gewesen.“ In Salzburg habe diese Polarisierung nicht stattgefunden, weil die Sozialdemokraten den Eindruck erweckt haben, es werde sich sowieso nichts ändern. „Mit dieser sanften Welle haben sie offensichtlich sehr viele Wähler an sich ziehen können. Ich finde es sehr schade, denn Salzburg wurde seit 1945 mit bedeutenden ÖVP Landeshauptleuten gut geführt. Ich hätte mir gewünscht, daß die Leistungen meiner Salzburger Freunde in den letzten fünfzig Jahren für Salzburg stärker zum Ausdruck kommen, aber es hat am Ende nicht gereicht.“

Dr. Alfred Gusenbauer (SP)



Dr. Alfred Gusenbauer

Foto: SPÖ

SPÖ-Vorsitzender, sprach in einer ersten Reaktion von „außerordentlichen Ergebnissen“ vor allem Salzburg betreffend, die „Anlaß zu ganz besonderer Freude“ bieten würden. Für Gusenbauer haben sie neben den unbestreitbaren regionalen Komponenten und der her-

ausragenden Leistung von Gabi Burgstaller auch „sehr starke bundespolitische Komponenten“. Die Pensionsfrage sei laut SPÖ-Spitzenkandidatin Burgstaller vor allem in Salzburg sehr nützlich gewesen. Den Oppositionsbonus habe in Salzburg am besten die SPÖ verwertet, in Kärnten sei dies vor allem Haider gelungen, so Gusenbauer. In der Geschichte der Landtagswahlen sei der Wahlsonntag „der schwärzeste Tag“ für die ÖVP gewesen, hob Gusenbauer hervor. Die Legendenbildungen, die sich um Schüssel ranken würden, er habe Haider durch die Regierungsbeteiligung im März 2000 bedeutungslos gemacht, seien auch nicht mehr wahr. „Seit dem gestrigen Tag ist klar, daß Schüssel Haider wieder groß gemacht hat, nachdem die ÖVP gestern in Kärnten zerbröckelt ist.“ Gusenbauer erinnerte daran, daß Haider vor der Wahl definitiv ausgeschlossen habe, einen Sozialdemokraten zum Landeshauptmann zu wählen, auch wenn er selbst Zweiter werde. „Ich hätte es für klug gefunden, wenn man vor der Wahl eine klare Vereinbarung getroffen hätte, daß die stärkste Partei den Landeshauptmann stellen soll. Das wollten die anderen nicht. Wie die Parteien in Kärnten mit ihren Wahlversprechen nun umgehen, müssen sie selber lösen. Die SPÖ sei jedenfalls mit einem Gegenprogramm angetreten, die FPÖ mit einer Reihe von Versprechen, die nicht gedeckt sind.“ Jetzt müsse ein tragfähiges Arbeitsprogramm erarbeitet werden.

Innenpolitik / Landtagswahlen

Mag. Herbert Haupt (FP)

FPÖ-Obmann und Sozialminister, stellte fest, Kärnten werde „in den nächsten 5 Jahren in guten Händen, nämlich in jenen von Haider und seinem Team liegen.“ Personaldiskussionen seien in der FPÖ nach den Wahlen „kein Thema. Die gute Teambildung auf Bundesebene habe sich bewährt.



Mag. Herbert Haupt
Foto: FPÖ

„Die Menschen spüren das. Ich habe in den letzten Monaten oft auf der Straße gehört: Jetzt gefallen mir die Freiheitlichen wieder, ihr arbeitet's für uns fest zusammen und streitets nicht mehr“, unterstrich Haupt. Das „Gespür“ Haider und seine „gute Arbeit als Landeshauptmann wurden eindrucksvoll honoriert“. Kärnten werde mit seinen sozialpolitischen Initiativen zum „österreichischen

Modellprojekt“. Daran sollten sich die anderen Bundesländer, aber auch der Bund, ein Beispiel nehmen, meinte Haupt: „Während Wien mit hoher Arbeitslosigkeit, hohen Abgaben und einem hausgemachten sozialpolitischen Abstieg zu kämpfen hat, steigt in Kärnten die Beschäftigung, steigen die Tourismuszahlen und die Betriebsansiedlungen im High-Tech-Bereich.“

Dr. Eva Glawischnig (Grüne)

stellvertretende Grüne Bundessprecherin, erklärte, mit dem Einzug in den Kärntner Landtag könne man vom „für mich glücklichsten Tag in meiner politischen Laufbahn“ sprechen. Dies sei „gegen die gesamte Übermacht, das undemokratische Wahlrecht, den wahnsinnigen Mitteleinsatz der anderen Par-



Dr. Eva Glawischnig
Foto: Matthias Herrmann

teien gelungen. Das ist ein riesiges Vertrauen der Kärntner WählerInnen.“

Es habe sich um ein „Match David gegen Goliath gehandelt. Und letztlich hat der grüne David gesiegt.“ Was den Wahlerfolg der FPÖ in Kärnten betrifft, sagte Glawischnig, es sei „bemerkenswert, daß die Kritik an der Unzufriedenheit mit der Bundespolitik, für die natürlich auch Haider verantwortlich ist, ausschließlich der ÖVP, und im besonderen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel zugeordnet wird. Das ist jedenfalls ein ordentlicher Denkmittel für Schüssel“. Glawischnig garantiert für die Grünen, daß „es auch in Zukunft keinerlei Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen geben wird“.

Kärntens Spitzenkandidat Rolf Holub geriet ins Schwärmen, als feststand, daß die Grünen in Klagenfurt-Stadt und -Land das Grundmandat erreicht haben. Über die Reststimmen kamen sie zu einem zweiten Sitz im Landtag, den die auf der Landesliste an zweite Stelle gereichte Barbara Lesjak einnehmen wird. Holub, auch Landessprecher seiner Partei, wird seinen Sitz im Klagenfurter Gemeinderat zur Verfügung stellen. ■

Angesehene Medien berichteten

Neue Zürcher Zeitung

... Drei Faktoren dürften bei der Niederlage der ÖVP in den beiden Bundesländern im Vordergrund gestanden haben: Erstens die wenig populären Reformmassnahmen der schwarz-blauen Koalitionsregierung, wie insbesondere die Pensionsreform, deren Nachteile namentlich für den Populisten Jörg Haider ein gefundenes Fressen waren. Zweitens bot die ÖVP in beiden Ländern ein „Doppelpack“ an, das von den Wählern weder verstanden noch goutiert wurde. ... Diesen Defiziten hatten die beiden Sieger des [heutigen] Wahlsonntags einen messerscharf auf ihre jeweiligen Persönlichkeiten zugeschnittenen Wahlkampf entgegengestellt. In dieser Kampagne war es eindeutig um Gesichter und nicht um Inhalte gegangen. ...

Süddeutsche

... Die FPÖ ist den Leuten egal: Hauptsache Junker Jörg bleibt. Neben schwächelnden bis erbärmlichen Gegenkandidaten hat der verblassende Alpenfürst noch immer höchsten Glanz. ... Zwar haben auch die Sozialdemo-

kraten hinzugewonnen. Sie können wie schon bei den letzten Nationalratswahlen mit dem relativen Sieg jedoch nichts anfangen, denn andere wissen glänzender zu siegen. ... Die SPÖ, die ewige zweite Siegerin ohne Fortune, wird sich wohl endlich der existenziellen Krise stellen müssen, in der die Partei seit langem steckt. Die knappe Wende zu ihren Gunsten in Salzburg, wo ebenfalls der Landtag neu gewählt wurde, sollte die Bundespartei über ihre wahre Lage nicht hinwegtäuschen.

Die Welt

... Die Landtagswahlen in Kärnten und Salzburg haben ... der konservativen Volkspartei von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel eine schwere Niederlage beschert. Der umstrittene Politiker Jörg Haider von der rechtsgerichteten FPÖ hingegen konnte sich in seiner Wahlheimat Kärnten entgegen aller Umfragen behaupten und will nun weitere fünf Jahre Landeshauptmann (Ministerpräsident) bleiben. ... Die Sozialdemokraten gewannen ... zwei Mandate dazu, verfehlten ... aber ihr Wahlziel, wieder Nummer 1 im südlichsten Bundesland Österreichs zu werden.

Washington Post

The party of the Austrian far-right leader Joerg Haider won regional assembly elections in his home province of Carinthia on Sunday, a result likely to give Haider a new term as governor of the province and renewed influence in Austrian politics. ... Haider said on national television that people in Carinthia »want to have this governor and he won't be fleeting and go elsewhere.« the Reuters news agency reported.

London Telegraph

Austria's far-Right nationalist Jörg Haider's Freedom Party looked set to grasp a surprise victory in an election in the Alpine province of Carinthia, according to early returns. ... Mr Haider predicted before the vote: "For the past five years I have been able to prove that I can find good solutions in difficult situations, while other politicians only tend to show up for easy jobs such as cutting ribbons or visiting buffets." ... "No one said we had a chance to be number one again. We proved them wrong. This shows that people in Carinthia value the work of the FP."

Innenpolitik / Regierungserklärungen im Kärntner Landtag

Einen Tag früher, als vorgesehen, fand am 31. März die Konstituierende Sitzung des Kärntner Landtages statt. Wie zu erwarten – weil bereits vorher vereinbart – unterstützten die Kärntner Sozialdemokraten unter Dr. Peter Ambrozj die Wiederwahl von

Landeshauptmann Dr. Jörg Haider nicht durch aktives Votum sondern konnte dies, wie es sich durch ein kompliziertes Landesgesetz ergibt, durch einfache Anwesenheit im Landtagssaal erreichen. Nicht klar war bis zum Vorabend, wie sich die ÖVP unter dem

designierten Landesparteiobmann Josef Martinz verhalten werde. Der gab aber bekannt, seine Partei werde Haider aktiv wählen, um in einer breiten Koalition für das Land aktiv mitarbeiten zu können. Die Grünen haben die Wiederwahl Haider nicht unterstützt. (red)

LH Haider: »Soziale Kompetenz für Kärnten«

Menschlichkeit und soziale Kompetenz sollten ein Gütesiegel der neuen Landesregierung sein“, sagte der am 31. März wiedergewählte Landeshauptmann Jörg Haider im Rahmen seiner Regierungserklärung im Kärntner Landtag. In diesem Zusammenhang erwähnte Haider die Initiative „Altwerden zu Hause“ und die Schaffung des „Familienfonds neu“ samt Geburtenprämie und neuen Betreuungs- und Hilfsangeboten.

Alle sozialen Maßnahmen unter dem Dach einer „Kärntner Lebenssicherung“ könnten auch ein Vorbild für Österreich darstellen, sagte Haider. Weiters erwähnte der Landeshauptmann, daß Isolation und Einsamkeit viele Menschen belaste. Die geistige Orientierung junger Menschen müsse auch angesichts eines zunehmenden Vandalismus diskutiert werden. Er appellierte an die Verantwortung, hier eine Umkehr zu ermöglichen. Es brauche positive, optimistische Perspektiven durch positive Angebote etwa durch mehr Sportmöglichkeiten und durch Musikerziehung. Eine aktive Familienpolitik sei der beste Halt für junge Menschen. Es müssen flankierende Maßnahmen getroffen werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen. Dort wo faire Chancen seien, herrsche auch innere Harmonie.

Kärnten sei prädestiniert, neue Akzente zu setzen. Kärnten sei immer ein sehr kreatives Land gewesen, was sein Reichtum an Kunst und Kultur beweise, verwies der Landeshauptmann auf die im Mai beginnende Großausstellung zu Klassischen Moderne mit dem Titel „Eremiten – Kosmopoliten“.

„Wir haben keine Zeit zu verlieren, wenn es um die Zukunftsgestaltung des Landes geht“, betonte der Landeshauptmann und verwies auf die Herausforderungen und Chancen, die wahrzunehmen seien. Kärnten habe die Chance, zum erfolgreichsten Bundesland zu werden. Das wichtigste Ziel sei es, Arbeitsplätze zu schaffen und die Qualität des Wirtschaftsstandortes auszubauen. In der kommenden Periode sollte es gelingen, netto 10.000 neue Arbeitsplätze zusätzlich zu schaffen.

Die Erweiterung Europas und die Globalisierung bescherten neue Chancen und Risiken, so Haider und erwähnte mit dem Blick auf die massiven sozialen Änderungen in Deutschland den steigenden Lohndruck, die illegale Beschäftigung und die Gefährdung des Mittelstandes.

Politiker hätten eine Signal der Verlässlichkeit zu setzen. Gerade in den Bereichen Technologie, Elektronik, Cluster, Verkehrstelematik würden sich große Chancen bieten. Daher sei gerade die Ausbildung und der in Aufbau befindliche Lakeside-Softwarepark mit 2200 Arbeitsplätzen (im Endausbau) so wichtig. Der Kärntner Zentralraum mit Villach, Klagenfurt, St. Veit und Feldkirchen müsse eine wirtschaftliche Lokomotive werden. Das neue EU-Förderszenario ab 2007 bedinge einen beschleunigten Strukturwandel.

Zudem wolle man bewußt Akzente für den ländlichen Raum und die Bezirke setzen. Auf der Basis von neu zu erstellenden Leitbildern soll sowohl die Entwicklung im Tourismus weiter vorgetrieben werden als auch Infrastrukturprojekte verstärkt werden. Allein das Koralmbahnprojekt bedeute insgesamt 46.000 Arbeitsplätze.

Über die Betriebs- und Beteiligungsgesellschaft sollten neue Betriebe an Land gezogen werden, schon demnächst stehe eine beachtliche Betriebsansiedlung bevor.

Erhöhtes Augenmerk verdienen die Klein- und Mittelbetriebe, hier könnten durch die massive Förderung von Alternativen Energien weitere wichtige Impulse gesetzt werden. Auch beim Vergabewesen müsse unbedingt mehr Rücksicht auf heimische Betriebe genommen werden.

Haider erwähnte auch die enorme Bedeutung der Hypo-Bank als erfolgreichster Regionalbank Österreichs. Sie könnte durch weitere Engagements ihren Mitarbeiterstand von derzeit rund 3500 schon bald auf 4500 erhöhen.

Zu überlegen sei, ob eine Kärnten-Anleihe aufzulegen sei. Dies würde auf großes Interesse stoßen, gab sich der Landeshauptmann zuversichtlich. Kärnten müsse darauf

schauen, nicht vom Turbokapitalismus überrollt zu werden, sondern solle achten, daß stärker zur Tradition der sozialen Marktwirtschaft zurückgekehrt werde. Die Arbeitnehmer dürften nicht die Verlierer sein. Es sei wichtig, die siebenjährigen Übergangsfristen am Arbeitsmarkt zwischen alten und neuen EU-Ländern einzuhalten, kritisierte Haider Versuche, diese Frist zu verringern. Umschulungen und Qualifizierung von Arbeitslosen müsse forciert werden. Gerade die optimale Ausbildung von Mitarbeitern sei für Betriebsansiedlungen wesentlich.

Als weitere wichtige Anliegen nannte der Landeshauptmann den Ausbau der Arbeitnehmerförderung, eine Verbesserung für Pendler, gleiche Leistungen bei gleichen Beträgen seitens der Krankenkassen, Ausbau der Facharbeiterausbildung, die kostenlose Berufsreifeprüfung für Lehrlinge, Solidaritätsfonds für Lehrbetriebe.

2,2 Milliarden Euro als Mittel vom Bund konnten bislang sichergestellt werden, betonte Haider. Kärnten sei auf der Überholspur, die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung bessere sich. Neben dem ökonomischen Erfolg müsse auch die Kärntner Lebenswelt erhalten werden, unterstrich der Landeshauptmann. Das Kärntner Aktionsprogramm „Kärnten Wasserreich“ etwa zeige den Reichtum Kärntens und unterstreiche die Notwendigkeit, das weiße Gold zu schützen. Die Bürger seien aber auch gegen zuviel Verkehr und Lärm zu schützen. Im Gleichklang mit dem Bau der zweiten Tunnelröhre auf der Tauernautobahn gehe es darum, den Schutz für die Anrainer sicherzustellen.

Die neue Landesregierung werde sehr viel zu tun haben. Sie könne einen Beitrag leisten, daß Europa ein menschlicheres Gesicht bekommt. Kärnten sei eine Region des Friedens und bekenne sich zur grenzüberschreitenden Kooperation und Nachbarschaft und trete als ganzes in diesen Prozeß ein. Kärnten sei in mehrfacher Hinsicht ein Sonderfall im Sinne seiner Vorreiterfunktion sowohl in demokratiepolitischer Hinsicht als auch in sozialpolitischer gewesen. ■

LH-Stv. Ambrozy: »Sachliche Arbeit für Morgen«

Nach seiner Wiederwahl zum Landeshauptmannstellvertreter nannte Peter Ambrozy am 31. März in seiner Regierungserklärung die wichtigsten Schwerpunkte der Arbeit in der kommenden Legislaturperiode. Besonderer Wert werde auf die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gelegt werden. Als wesentliches Kernstück bezeichnete Ambrozy auch die Modernisierung der Sozialpolitik mit der Verwirklichung des epochalen Projekts „Lebenssicherung Kärnten“ und die Forcierung des Gesundheitswesens.

Als Hauptanliegen in der kommenden Legislaturperiode führte Ambrozy an: Die Verbesserung der Wohlstandssituation der Kärntner Bevölkerung, die Erhaltung sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze als wichtigste Voraussetzung zur Sicherung von Einkommen und Wohlstand der Menschen. Weiters die Verbesserung des Einkommens der arbeitenden Menschen, mit dem Ziel, Kärnten von der schlechten Position im Reigen der Bundesländer, was durchschnittliche Einkommenshöhe und Kaufkraft betrifft, wegzuführen. Die Existenzsicherung für jene Gruppen in unserer Gesellschaft, die es unverschuldet alleine nicht schaffen. Die Sicherung einer gleichwertigen hochqualitativen Gesundheitsversorgung für alle, ohne Rücksicht auf Einkommen oder sozialen Status. Die Erhaltung und der Schutz unserer Umwelt, vor allem der wichtigen Lebensgrundlage Wasser, und eine gesunde Landwirtschaft. Der Ausbau der Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten, um optimale Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen und unserer Jugend alle Zukunftschancen zu eröffnen. Eine offene Kulturpolitik, neben der Pflege unserer kulturellen Tradition und unserer sogenannten Volkskultur, die den kreativen Kräften Chancen zur Gestaltung eines modernen kulturellen Kärnten bietet. Eine Politik zur Stärkung unserer Städte und Gemeinden und damit auch der Regionen unseres Landes. Eine aktive Nachbarschaftspolitik, hin zu allen unseren Nachbarn, welche die Chancen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet nützt, und gleichzeitig einen Beitrag zum „besseren und vorurteilsfreien Zusammenleben der Menschen in Kärnten“ und zur „Überwindung historischer Belastungen“ über unsere Grenzen hinaus leistet.

In weiterer Folge griff der LH-Stellvertreter einige Inhalte heraus: Die Stärkung

des Kärntner Zentralraumes und die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen seien ungemein wichtig. Wesentliche Rahmenbedingungen für eine positive Wirtschaftsentwicklung sei der Ausbau der Infrastruktur. Besonderes Augenmerk werde auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze gelegt, daher seien auch die Ausbildung, die Weiterbildung und die besondere Qualifizierung der Arbeitnehmer ein bedeutender Schwerpunkt.

Im Rahmen der Lehrlingsausbildung werde der zu schaffende Ausbildungsfonds neue Möglichkeiten für überbetriebliche Berufsausbildung schaffen. Im Schulbereich müsse es zu einer Verbesserung des Angebotes bei Höheren Schulen, zu einer Weiterentwicklung der Universität sowie zu einer Verbreiterung der Möglichkeiten an den Fachhochschulen kommen.

Als Kernbereich der künftigen Arbeit definierte Ambrozy das Gesundheitswesen. Hier seien die Erhaltung der Krankenhausstandorte und die Garantie der damit verbundenen Arbeitsplätze als wichtige Eckpfeiler anzusehen. Besondere Schwerpunkte seien die Umsetzung des Investitionsprogrammes für die Krankenanstalten sowie die Präven-

tion und Gesundheitsförderung. Neu geschaffen würde ein Kompetenzzentrum für Gesundheit und Lebensmittelsicherung.

Besonders betonte Ambrozy die geplante Modernisierung der Sozialpolitik. Im Zentrum stehe dabei die Verwirklichung des epochalen Projekts „Lebenssicherung Kärnten“, wo es um eine umfassende Neuregelung der Sozialhilfe hin zu einer anspruchsberechtigten Existenzsicherung gehe.

Wichtige Themen würden auch die Alten- und Kinderbetreuung und die Frauenpolitik sein. Weiters die Reform der Verwaltung, die Stärkung der Demokratie, die Verbesserung der Positionen unserer Gemeinden und das wichtige Kapitel Umweltschutz. Die Außenbeziehungen unseres Bundeslandes sollten von einer aktiven Nachbarschaftspolitik geprägt sein. Dabei gehe es darum, gemeinsam die wirtschaftlichen, kulturellen und gesundheitspolitischen Chancen zu nutzen.

Der neue Landesrat in der Regierung **Josef Martinz** erklärte, sich „konstruktiv, aktiv und verantwortungsvoll“ in die Regierungsarbeit einbinden zu wollen. ■

Lesen Sie in unserer Mai-Ausgabe (3. 5.) über die neue Salzburger Landesregierung!

Referatseinteilung der Kärntner Landesregierung

In der konstituierenden Regierungssitzung hat das Kollegium der Kärntner Landesregierung folgende Referatseinteilung beschlossen:

Landeshauptmann Dr. Jörg Haider

Bildung, Verfassungsdienst, Staatsbürgerschaften, Wahlen, Naturschutz, Nationalpark, Kultur, Schulen

LHStv. Karl Pfeifenberger

Wirtschaft, Finanzen, Tourismus, Raumordnung, Landesplanung, Personal (Landesbedienstete, Landeslehrer, Landesspitalsbedienstete gemeinsam mit LHStv. Peter Ambrozy), Sonderbedarfzuweisungen (gemeinsam mit LR Reinhart Rohr)

LHStv. Peter Ambrozy

Gesundheit, Krankenanstalten, Sport, Feuerwehren, Personal (gemeinsam mit LHStv. Pfeifenberger)

LR Gabriele Schaunig-Kandut

Soziales, Jugend,

LR Reinhart Rohr

Umweltschutz, Gemeinden, Sonderbedarfzuweisungen (gemeinsam mit LHStv. Pfeifenberger), Bodenbeschaffungsfonds

LR Gerhard Dörfler

Verkehr, Straßen, Familie, Kindergärten, Wohnbau

LR Josef Martinz

Europa inklusive EU-Förderungen, Agrar-, Forst- Veterinärwesen

Bundespräsidentenwahl

Der Auftakt

Am 25. April 2004 finden die Wahlen zum Bundespräsidenten statt. Erstmals seit 1974 stehen nur zwei Kandidaten zur Auswahl: Dr. Benita Ferrero-Waldner (siehe unsere Ausgabe 19) und Dr. Heinz Fischer (Ausgabe 18).

Erstmals seit 1974, als Dr. Rudolf Kirchschläger mit 51,7 Prozent der Stimmen vor Dr. Alois Lugger (48,3 Prozent) zum Staatsoberhaupt gewählt wurde, treten diesmal auch nur zwei Kandidaten zur Wahl an. Inzwischen waren es immer mehrere, die sich um das höchste Amt im Staat bewarben und auch die zur Kandidatur notwendigen Voraussetzungen erreichten: Es ist ein vom Informationsgehalt her genau definierter Wahlvorschlag notwendig, dem mindestens 6.000 Unterstützungserklärungen beigelegt sein müssen. „Auf diesen bekräftigt der (die) Unterstützungswillige durch seine (ihre) Unterschrift, daß er (sie) einen bestimmten Wahlvorschlag unterstützen will. Der (Die) – im Inland wohnende – Unterstützungswillige hat die Unterschrift vor seiner (ihrer) Hauptwohnsitz-Gemeinde zu leisten. Allenfalls kommt statt dessen eine gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der Unterschrift in Betracht“, so die offizielle Formulierung aus der obersten Wahlbehörde, dem Bundesministerium für Inneres. Der Wahlwerber muß spätestens mit Ablauf des Tages der Wahl das 35. Lebensjahr vollendet haben und muß das Wahlrecht zum Nationalrat besitzen. Schließlich sind 3600 Euro als Kostenbeitrag zu erlegen.

Letzteres ist verhältnismäßig leicht zu erfüllen, an den Unterstützungserklärungen sind schon viele Träume gescheitert. Doch bleiben wir beim aktuellen Geschehen.

Am Freitag, den 26. März, 17.00 Uhr, dem 30. Tag vor der Wahl, war der letzte Termin zur Übergabe der angesprochenen Unterlagen. Im Laufe des Tages wurden von den Wahlhelfern der beiden Kandidaten Ferrero-Waldner und Fischer in Dutzenden von Kartons jeweils rund 40.000 Unterstützungserklärungen und Kostenbeiträge übergeben, womit die Kandidatur – nach gesetzlich vorgeschriebener Überprüfung der einzelnen Dokumente – definitiv ist.

Auch zwei andere Kandidaten haben sich im Innenministerium eingefunden: der Grazer Geschäftsmann Josef Pörtl und der oststeirische Richter Martin Wabl, wobei ersterer, wie es heißt, 150 bis 200, zweiterer nur rund 30 Unterstützungserklärungen vorweisen



Superstimmung beim Bundesliga-Spiel Mattersburg gegen Pasching im Pappelstadion Mattersburg. In der Mitte: Dr. Heinz Fischer, rechts im Bild Burgenlands Landeshauptmann Dr. Hans Niessl

Foto: Lehmann



Dr. Benita Ferrero-Waldner besucht den Klagenfurter Flughafen und übergibt Spezialhelme, die für den Rettungseinsatz benötigt werden

Foto: Jungwirth

konnten. Beide haben um eine Verlängerung der Frist um drei Tage angesucht, was letztlich an der Situation nichts ändern konnte. Zwei weitere Bewerber, Franz Josef Plank, ein Tiroler Anlagenmonteur, und Irene S., eine steirische Kabarettistin, haben sich den

Weg nach Wien gespart und sich mit ihrem – wohl nicht sonderlich überraschenden Scheitern – abgefunden. Irene S. wird, wie sie sagte, ihre Erfahrungen im Vorwahlkampf in ein neues Kabarettprogramm einfließen lassen.

Bundespräsidentenwahl

Kehren wir also wieder zum kürzlich angelaufenen Wahlkampf zwischen der Außenministerin und dem Zweiten Präsidenten des Nationalrates zurück.

Politik braucht ein Gewissen

Den Auftakt setzte Dr. Heinz Fischer, Zweiter Präsident des Nationalrates, der alle seine politischen Ämter zwischenzeitlich zurückgelegt hat. „Ich will am 25. April Bundespräsident werden. Und ich werde dieses Ziel gemeinsam mit Ihnen und einer Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher erreichen.“ Diese Botschaft setzte Fischer am Donnerstag, den 11. März, an den Beginn seiner Rede im Wiener Congress Center/Messezentrum WienNeu. Und ging sogleich auf seine Forderung ein, man solle die Politik nicht „den Egoisten“ überlassen, denn: „Eine der Stärken Österreichs war es immer, soziale Spannungen bestmöglich auszugleichen. Im Konsens der Sozialpartner, im Miteinander aller Kräfte in diesem Land dafür zu sorgen, dass niemand unter die Räder kommt und alle am erwirtschafteten Wohlstand teilhaben. Dieses Land – wir alle – müssen uns darauf besinnen, daß die ‚Erfolgsstory Österreich‘ ohne diesen Zusammenhalt nicht möglich gewesen wäre. Unsere Demokratie kann ohne soziale Verantwortung nicht überleben.“ Und schloß daran den Aufruf: „Und deshalb lade ich Sie ein, gemeinsam mit mir soziale Verantwortung von der Politik einzufordern.“

Ein wichtiger Teil von Fischers Rede war der Neutralität gewidmet: „Aus innerer Überzeugung spreche ich mich seit vielen Jahren beharrlich und geradlinig für die Neutralität Österreichs aus. Ich bin auch immer dafür eingetreten, mit der Neutralität verantwortungsbewußt und verfassungskonform umzugehen. Für mich ist die österreichische Neutralität Teil einer richtig verstandenen Friedenspolitik, und Friedenspolitik plus Neutralität müssen unverzichtbare Bestandteile der österreichischen Außenpolitik sein. Der harte Kern der Neutralität, nämlich kein Militärbündnis einzugehen, nicht an Kriegen teilzunehmen und keine fremden Truppen in unserer Heimat zuzulassen, hat für unser Land mehr als gute Dienste geleistet. Und verdient es daher nicht, als altmodisch und rückwärtsgewandt abgetan zu werden. Ich sehe deshalb nicht den geringsten Anlaß für einen Beitritt zur NATO.“

Fischer umriß seine Vorstellungen vom Amt des Bundespräsidenten mit klaren Wor-



Übergabe der Unterstützungserklärungen für Benita Ferrero-Waldner v.l.n.r.: Initiativen-Sprecher Kurt Bergmann, Büroleiterin Astrid Harz, ÖVP-Generalsekretär AbgzNR Dr. Reinhold Lopatka

Foto: Jungwirth



Joseph Hickersberger, SPÖ-Bundesgeschäftsführer Mag. Norbert Darabos und die frühere Präsidentschaftskandidatin (1986) Dr. Freda Meissner-Blau übergeben die Unterstützungserklärungen für Heinz Fischer

Foto: Lehmann

ten: „Das Amt des Bundespräsidenten ist kein Amt für Amateure. Ich werde unser demokratisches System hüten wie meinen Augapfel. Dafür braucht man Erfahrung, Augenmaß und Glaubwürdigkeit. Und außerdem ist die Fähigkeit, unterschiedliche Auffassungen zusammenzuführen, notwendig.“

„Der Bundespräsident ist kein Reserve-Bundeskanzler und auch kein Gegen-Bundeskanzler. Er wird daher auch nicht als ‚Zwischenrufer vom Tag‘ in die Politik eingreifen. Aber der Bundespräsident darf und soll sich in allen wichtigen Bereichen der Politik einbringen und Stellung beziehen, aber dies muß mit Klugheit, mit Glaubwürdigkeit und auf Grundlage entsprechender Erfahrung geschehen.“

Präsidentin mit Herz und Verstand

Unter dem Motto „Es geht los“ startete am Donnerstag, den 18. März, der Wahlkampf für Dr. Benita Ferrero-Waldner. Unter den mehr als 4.000 Gästen und Unterstützern waren ÖVP-Bundesparteibobmann Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schäussel, die Bundesminister Dr. Martin Bartenstein und DI Josef Pröll, die Bundesministerinnen Elisabeth Gehrler und Maria Rauch-Kallat,

Nationalratspräsident Dr. Andreas Khol und ÖVP-Klubobmann Mag. Wilhelm Molterer, sowie die Landeshauptleute Dr. Herwig van Staa, Dr. Herbert Sausgruber, Waltraud Klasnic und Dr. Erwin Pröll.

Unter tosendem Applaus betrat Ferrero-Waldner begleitet von ihrem Mann, Prof. Francisco Ferrero Campos, die Bühne. Als erster Redner begrüßte der „Gastgeber“ Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll die Präsidentschaftskandidatin. Boutros Boutros-Ghali, von 1992 bis 1996 Generalsekretär der Vereinten Nationen und stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Internationale, meinte per Video-Botschaft: „Wenn ich Österreicher wäre, würde ich ganz sicher Benita wählen!“.

„Das Amt des Bundespräsidenten ist vom Gesetz her klar definiert, daran gibt es nichts zu rütteln. Entscheidend aber ist, was man im 21. Jahrhundert selbst daraus macht.“ Das erklärte Ferrero-Waldner zwei Wochen zuvor, anlässlich eines ihrer Länderbesuche in Bregenz. Sie habe das Glück gehabt, in ihren bisherigen Funktionen jene Frauen und Männer kennen zu lernen, die in der Welt das Sagen haben. Viele von ihnen sind heute Freunde Österreichs, auf die man sich in schwierigen Situationen verlassen könne. „In einer Zeit der schnellen Nachrichtenübertragungen via Radio, Fernsehen, Zeitungen und Internet, gelangen die Informationen sehr rasch in die verschiedenen Staatskanzleien. Wichtig ist aber, wie dort damit umgegangen wird und ob man jene kennt, die daraus ihre Schlüsse ziehen und ihre Entscheidungen treffen. Da kommt es oft darauf an, blitzartig zum Telefon greifen zu können und sofort mit dem Richtigen verbunden zu werden.“ Das sei ihre Stärke in der Zeit der Sanktionen gewesen und so war sie auch fünf Jahre lang erfolgreiche Chefverhandlerin bei den EU-Erweiterungsverhandlungen.

„Ich möchte nicht in der Hofburg sitzen und eine ‚Ersatzkaiserin‘ spielen. Ich möchte meine internationalen Kontakte für Österreich und seine Menschen nutzen. Ich brauche keine Amtsvilla und keine Sommerresidenz, keine pompösen Staatsbesuche, sondern Geschäftsgespräche im Ausland, Werbefahrten für den österreichischen Fremdenverkehr, für Kunst und Kultur, für die Wirtschaft und den Sport.“

„Die Menschen sollen nicht nur zu mir kommen, ich will selber zu den Menschen gehen“, erklärte die Außenministerin, sie werde auch regelmäßig die Bundesländer bereisen und dort den direkten Kontakt suchen und pflegen. ■

Aufgeschoben oder aufgehoben?

Kommt die Europäische Verfassung doch? Dieser Frage ist man Anfang März im Europa Club Wien nachgegangen.

Von Botschafter i.R. Dr. Wolfgang Wolte.

Zu dem Jour Fix am 1. März d. J. im Festsaal der Bank Austria Creditanstalt konnte der Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments für Österreich, Mag. Michael Reinprecht, zahlreiche erschienenen Publikum begrüßen. Unter der Leitung von Prof. Dkfm. Günter Schmidt diskutierten Ursula Stenzel, Dr. Hannes Swoboda, Daniela Raschhofer (Mitglieder des Europäischen Parlaments) und Dr. Evelin Lichtenberger (Abgeordnete zum Nationalrat) das Thema „Aufgehoben oder aufgeschoben? Kommt die Europäische Verfassung doch?“.

Die wichtigsten Ergebnisse des ausführlichen Informations- und Gedankenaustausches lassen sich wie folgt zusammenfassen:

An dem vorliegenden Verfassungsentwurf sollte zügig weitergearbeitet werden, um nicht den Beschleunigungseffekt einzubüßen. Das Ziel sollte die Fertigstellung des Dokuments zum frühest möglichen Zeitpunkt bleiben, jedenfalls aber sollte eine Einigung noch vor dem Ende des laufenden Jahres angestrebt werden.

Nach allgemeiner Auffassung besteht über den größten Teil des Entwurfes Übereinstimmung.

Das schwierigste Problem – die Frage der Stimmgewichtung, in der sich Polen und Spanien einerseits, Frankreich und Deutschland andererseits gegenüberstehen – sollte sich mit etwas Bewegung auf beiden Seiten lösen lassen. In diesem Zusammenhang gilt es anzumerken, daß die derzeitigen Modalitäten der Entscheidungsfindung ohnehin bis 2009 Gültigkeit haben und damit eine Art Testperiode besteht.

Die Frage, ob es nicht klüger gewesen wäre, zunächst die Verfassung zu verabschieden und sich erst dann der größten Erweiterung in der Geschichte der Europäischen Union zuzuwenden, ist von den Ereignissen überholt worden und stellt sich daher in der politischen Wirklichkeit nicht mehr.

Wichtig erscheint die Feststellung, daß sich die Europäische Union auch derzeit nicht in einem „verfassungslosen“ Zustand befindet, sondern der – obgleich umstrittene – Vertrag von Nizza in Kraft ist.



Die Teilnehmer an der Diskussion (v.l.n.r.): Dr. Hannes Swoboda, Ursula Stenzel, Dr. Evelin Lichtenberger, Dr. Prof. Dkfm. Günter Schmidt und Daniela Raschhofer

Foto: Alexander Christoph Wulz

Für das Funktionieren einer immer stärker wachsenden Union wird man um Modelle der verstärkten Zusammenarbeit auf bestimmten Gebieten nicht herumkommen: Tatsächlich ist diese Möglichkeit in verschiedenen Ansätzen in der neuen Verfassung auch vorgesehen. Hierbei ist nicht zu übersehen, daß bereits jetzt einige Staaten in einigen Bereichen enger zusammenarbeiten (Euro, Schengen) und damit ein erhöhtes Maß an Integration verwirklichen. Ausschlaggebend erscheint, daß sich an derartigen engeren Integrationsmodellen jene Staaten beteiligen können, die hiezu bereit und in der Lage sind.

Zum Problemkreis Türkei wurden im wesentlichen die bekannten Argumente wiederholt: einerseits liegen einstimmige EU-Beschlüsse vor, die der Türkei eine EU-Anwartschaft bescheinigen, gleichzeitig aber die erforderlichen Voraussetzungen (Erfüllung der Kopenhagen-Kriterien, Bericht der Kommission, Entscheidung des Europäischen Rates im Dezember 2004 über die eventuelle Aufnahme von Beitrittsverhandlungen). Andererseits muß eine immer negativere, ab-

lehrende Haltung in fast der gesamten europäischen Bevölkerung festgestellt werden, deren Argumente ebenfalls Beachtung verdienen und in Rechnung gestellt werden müssen. Auch diesmal wurde das Konzept einer „privilegierten Partnerschaft“ für die Türkei erwähnt, doch wurde demgegenüber auch auf das einstimmig vereinbarte Szenario hingewiesen, wie es derzeit vorgesehen ist.

Insgesamt war der Abend, trotz aller noch offenen Fragen, von einer positiven Grundstimmung gekennzeichnet.

Österr. Gesellschaft für Europapolitik
<http://cms.euro-info.net/>

Anmerkung

Nach dem Terrorattentat vom 11. März in Madrid wurde die Regierung von Ministerpräsident José María Aznar abgewählt. Der Wahlsieger, José Luis Rodríguez Zapatero von der Sozialistischen Arbeiterpartei, hat Zustimmung Spaniens zur EU-Verfassung signalisiert, die Aznar gemeinsam mit Polen gebremst hatte. Auch Polen hat erkennen lassen, sich der Mehrheit nicht mehr entgegenzustellen. Die Redaktion ■

Verfassungsentwurf könnte plan- gemäß bis Jahresende vorliegen

Der Vorsitzende des Österreich-Konvents, Rechnungshofpräsident Franz Fiedler, zog am 29. März eine positive Bilanz über die bisherige Arbeit des Konvents. Er wies darauf hin, daß bisher bereits sechs der zehn Ausschüsse des Konvents ihre Berichte vorgelegt hätten, und zeigte sich angesichts der Arbeitsfortschritte optimistisch, daß bis zum Jahresende ein Verfassungsentwurf vorliegen wird. Von zwei weiteren Ausschüssen erwartet sich Fiedler bis spätestens Anfang April Ergebnisse.

Weitgehend Konsens konnte Fiedler zufolge bisher u. a. über die Verankerung bestimmter Staatsziele in der Verfassung, die Volkswahl des Bundespräsidenten, die Beibehaltung des Bundesrates, die Stärkung der Auskunftspflicht, die Beibehaltung der mittelbaren Bundesverwaltung, mehr Flexibilität bei der Budgeterstellung, die Verankerung der Kammern in der Verfassung und die Einrichtung eines drei- statt eines vierstufigen Gerichtsaufbaus erzielt werden. Gleichzeitig gab er aber zu bedenken, daß die Ausschüsse auch in jenen Bereichen, in denen noch keine Einigung erreicht wurde, wertvolle Grundlagenarbeit geleistet und mehrere Lösungsmodelle aufgezeigt hätten. Es sei das erste Mal in der Geschichte der Zweiten Republik, daß Verfassungsfragen in dieser Tiefe und in dieser Breite und nicht nur punktuell diskutiert würden, unterstrich Fiedler.

In Zahlen lautet die Bilanz zur Halbzeit des Österreich-Konvents: 10 Plenarsitzungen, 86 Ausschusssitzungen und 18 Präsidiumssitzungen. In drei Hearings konnten insgesamt 128 VertreterInnen von 124 gesellschaftlichen Organisationen und Interessenvertretungen ihre Vorstellungen und Anregungen vorbringen.

Zu folgenden konkreten Ergebnisse sind Fiedler zufolge jene Ausschüsse, die ihren Bericht bisher vorgelegt haben, gekommen:

Der Ausschuß I (Staatsaufgaben und Staatsziele) hat sich Fiedler zufolge darauf



Am 30. Juni 2003 traten die Mitglieder des Österreich-Konvent zur konstituierenden Sitzung im Bundesratssaal im Parlament zusammen. Im Bild Bundeskanzler Wolfgang Schüssel bei seinem Eröffnungsstatement. Bild: Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA

geeignet, wenigstens einige Staatsziele – Bildung, Daseinsvorsorge, umfassender Umweltschutz, tatsächliche Gleichbehandlung von Mann und Frau – in der Verfassung zu verankern. Überdies sei man übereingekommen, keine taxative, sondern eine demonstrative Aufzählung von Staatszielen vorzusehen, um der Politik ausreichend Spielraum zu lassen. Keinen Konsens gebe es hingegen in der Frage, wie man mit der immer währenden Neutralität, mit den Volksgruppen und mit der sozialen Sicherheit umgehen solle. Auch ob es eine Präambel geben solle, sei noch offen, erklärte Fiedler, allerdings schaue es derzeit eher nach der Befürwortung einer Präambel aus.

Der Ausschuß III (Staatliche Institutionen) schlägt laut Fiedler u. a. vor, auf allen territorialen Ebenen gleiche Wahlgrundsätze zu verankern. Darunter könnte etwa auch eine einheitliche Prozenzhürde bei Wahlen für kleine Parteien fallen. Allerdings stehen einige dieser Wahlgrundsätze noch in Diskussion, z. B. das Mehrheitswahlrecht, ein Familienwahlrecht oder die Herabsetzung des Wahlalters.

Was den Bundesrat betrifft, besteht nach Darstellung Fiedlers Konsens, daß er beibehalten werden solle, zudem kristallisiere sich seine Aufwertung in Form einer früheren Einbindung in die Gesetzgebung heraus. Weiterer Diskussionen bedürfe es hingegen noch über seine Zusammensetzung. Nicht mehrheitsfähig scheint Fiedler die Verankerung eines gebundenen Mandats für Bundesräte zu sein, also ihre Bindung an Beschlüsse des jeweiligen Landtags.

Einigkeit ortet Fiedler auch hinsichtlich der Beibehaltung der Volkswahl des Bundespräsidenten. Daraus ergibt sich seiner Ansicht nach gleichzeitig, daß die Rechte des Bundespräsidenten nicht völlig „abgeschlankt“ werden. Allerdings könnten die Aufgaben des Bundespräsidenten, so Fiedler, „moderner“ gestaltet werden und beispielsweise das Gnadenrecht oder das Recht auf Einberufung von Nationalratssitzungen fallen.

Bei den Landtagen geht die Tendenz laut Fiedler in die Richtung, ihre Aufgaben und Rechte der Verfassungsautonomie der Länder zu überlassen. Allerdings gebe es noch keinen Konsens über diese Frage. Auf jeden Fall bleiben sollte nach überwiegender Meinung des zuständigen Ausschusses die mittelbare Bundesverwaltung, um eine einheitliche Vollziehung der Gesetze in den Ländern zu wahren.

Ein großes Sparpotenzial sieht Fiedler durch den Vorschlag, die Bildung von Gemeindeverbänden zu erleichtern, was vor allem für kleine Gemeinden eine Entlastung bringen würde.

Laut Fiedler nicht geklärt werden konnte bisher, wie man mit dem Legalitätsprinzip weiter umgehen solle. Anhänger eines strikten Legalitätsprinzips stünden Anhängern einer größeren Flexibilität der Verwaltung gegenüber.

Dem Ausschuß VII (Strukturen besonderer Verwaltungseinrichtungen) ist nach Meinung des Konvents-Vorsitzenden mit dem

Innenpolitik

Vorschlag, nicht bei jeder Ausgliederung eine eigene Verfassungsbestimmung, sondern eine generelle Lösung vorzusehen, ein entscheidender Durchbruch gelungen. Auch für weisungsfrei gestellte Behörden soll es künftig eine einheitliche Regelung geben. Zudem will man ausgegliederte Rechtsträger wieder einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle unterwerfen.

Fiedler hob darüber hinaus hervor, daß sich der Ausschuß VII positiv zum Thema Globalbudget geäußert habe. Dies würde eine größere Verantwortung der einzelnen Ressortleiter und eine größere Flexibilität bei der Budgeterstellung bedeuten, unterstrich er. Darüber hinaus sollen spezielle Regelungen im Bereich der Privatwirtschaftsverwaltung Willkür hintanhalten bzw. unüberschaubare Doppelförderungen und Doppelpflichtungen von Förderansuchen verhindern. Schließlich sei man, so Fiedler, geneigt, Kammern und Sozialpartner in der Verfassung zu verankern.

Der Bericht des Ausschusses V (Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden) wird Fiedler zufolge heute im Konvent beraten. Hier werde ein „nicht uninteressantes“ Modell vorgeschlagen, skizzierte er, und zwar solle es nicht nur eine Zuständigkeit des Bundes und eine Zuständigkeit der Länder geben, sondern in einigen Fällen auch eine gemischte Zuständigkeit. Man lehne sich hier an die Verfassung der EU an. Allerdings bedarf es nach Auffassung Fiedlers noch breiter Diskussionen, wie die Kompetenzverteilung konkret ausschauen soll, wobei es Vorschläge gebe, die derzeit 177 Einzelkompetenzen in 17 oder in 40 Grundkompetenzen zusammenzufassen. Er persönlich würde die Schaffung von Grundkompetenzen jedenfalls begrüßen, sagte Fiedler.

Abgeschafft werden soll nach Meinung des Ausschusses V das Zustimmungsrecht der Bundesregierung zu Landesgesetzen. Die Länder hätten dies oft als Bevormundung empfunden, erklärte Fiedler.

Was die Ergebnisse des Ausschusses IX (Rechtsschutz und Gerichtsbarkeit) anlangt, ist laut Fiedler daran gedacht, die Gerichtsbarkeit zu modernisieren und von einem vierstufigen Gerichtsaufbau zu einem dreistufigen überzugehen, eine, so Fiedler, langjährige Forderung des Rechnungshofs. Konkret sollten an Stelle der derzeit zwei Eingangsgerichte – Bezirksgericht und Landesgericht – gemeinsame Eingangsgerichte geschaffen werden. Weiters wird angeregt, die Staatsanwaltschaft in der Verfassung zu verankern.

Der Ausschuß VI (Reform der Verwal-

tung) hat nach Darstellung Fiedlers nicht die Aufgabe gehabt, eine Verwaltungsreform auszuarbeiten, vielmehr sei es darum gegangen, sich zu überlegen, wie man die Verfassung so gestalten könne, daß Verwaltungsreformen in Zukunft einfacher vorgenommen werden könnten, ohne daß sie rasch an verfassungsgesetzlichen Schranken scheitern. Ihm zufolge geht es u. a. um eine gemeinsame Budget- und Personalverwaltung und um die Einführung von „benchmarks“ in der Verwaltung. Konsens bestehe über den Entfall des Zustimmungsrechts der Länder zu Grenzveränderungen von Gerichtssprengeln und zur Abschaffung von Bezirksgerichten.

Im Sinne von mehr Bürgernähe als positiv und als bemerkenswert beurteilte Fiedler

den Vorschlag des Ausschusses, die Frage Amtsverschwiegenheit versus Auskunftspflicht neu zu regeln und die grundsätzliche Amtsverschwiegenheit durch eine grundsätzliche Auskunftspflicht zu ersetzen.

Was die weitere Arbeit des Konvents betrifft, wird es laut Fiedler in nächster Zeit eine „intensive Phase“ für das Präsidium geben, das vor der Aufgabe stehe, weitere Weichenstellungen zu treffen. Schließlich wolle der Konvent einen einheitlichen Verfassungsentwurf und keine Alternativvorschläge vorlegen, betonte er. Gleichzeitig würden die restlichen Ausschüsse an ihren Berichten arbeiten, wobei der letzte Bericht Fiedler zufolge ungefähr im Juni vorliegen sollte. ■

Steuerreform beschlossen

Der Ministerrat beschloß am 23. März die zweite Etappe der Steuerreform, die ab 1. Jänner 2005 in Kraft treten soll. Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel bezeichnet sie als ein Herzstück der Entlastungspolitik der Bundesregierung und wies darauf hin, daß die Abgabenquote mit dieser Steuerreform auf 42,3% sinken werde. 1999, unter einem sozialdemokratischen Finanzminister und Bundeskanzler, sei die Abgabenquote noch bei 44,4 % gelegen. Die beiden Etappen der Steuerentlastung von 2004 und 2005 brächten insgesamt eine Nettoentlastung von über drei Milliarden Euro.

Als Zielsetzungen der Steuerreform nannte der Bundeskanzler eine Entlastung der kleinen Einkommen, eine Stärkung des Wirtschaftsstandortes die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Senkung der Körperschaftssteuer von 34 auf 25 %. Eine attraktive Gruppenbesteuerung, eine Tarifreform und eine Einkommensstärkung für die Familien sind weitere Kernelemente der Steuerreform. Die standortrelevanten Punkte würden bereits jetzt eine sehr positive Wirkung entfalten, es seien in den ersten beiden Monaten dieses Jahres bereits wesentlich mehr Anfragen von internationalen Unternehmen für Betriebsgründungen in Österreich verzeichnet worden. Darüberhinaus zielt die Bundesregierung auf eine wirksame Betrugsbekämpfung und eine massive Verschärfung des Kampfes gegen Steuerbetrug ab: Das Finanzstrafrecht wird verschärft, eine Aktion „scharf“ bei den Prüfungshandlungen ist geplant, wobei der Prüfungszeitraum von drei auf fünf Jahre ausgeweitet werden soll, und

eine strafbefreiende Steuernachzahlung wird vorgesehen, wie dies schon 1983 und 1993 der Fall war.

SP-Budgetsprecher Christoph Matznetter meinte, die FPÖ-Regierungsmitglieder hätten der steuerlichen Subvention von Großbetrieben und den dahinter stehenden Finanzanlegern durch die Senkung der Körperschaftssteuer sowie zur Subventionierung von Verlusten ausländischer Gesellschaften mit einem Gesamtvolumen von 1,1 Mrd. Euro zugestimmt. Die Überlassung von „60 Prozent der Beute“ aus der Hinterziehung könne in keinem Rechtsstaat dieser Welt verfassungskonform sein.

FPÖ-Bundesparteiobermann Mag. Herbert Haupt bekräftigte, der Beschluß sei ein weiterer Erfolg für die FP-Entlastungspolitik der kleinen und mittleren Einkommen und gleichzeitig eine schallende Ohrfeige für alle vorhergegangenen Regierungen, die der österreichischen Bevölkerung eine Entlastung verweigert hätten. Die SPÖ sei auch heute noch der Ansicht, dass eine Steuerreform nicht notwendig sei.

Für den Budgetsprecher der Grünen, Werner Kogler, ist die Vorgangsweise in Sachen Steueramnestie planlos und sinnbildlich für die ganze sogenannte Steuerreform der Bundesregierung. Eine Belohnung für Steuerhinterzieher im Ausmaß von 60 Prozent sei jedenfalls inakzeptabel. Der Schaden einer Amnestie á la Grassner sei wegen der negativen Auswirkungen auf die künftige allgemeine Steuermoral wesentlich größer als allfällige 40-prozentige Steuernachzahlungen. ■

Kardinal König ist gestorben

In den frühen Morgenstunden des 13. März 2004 ist der Kirchengvater Österreichs, Alterzbischof DDr. Franz König, im 99. Lebensjahr sanft entschlafen.

Geboren am 3. August 1905 als ältester Sohn einer Bauernfamilie in Warth bei Rabenstein an der Pielach in der Diözese St. Pölten, besuchte Franz König das Stiftsgymnasium Melk, wo er 1927 die Matura mit Auszeichnung ablegte.

Im Herbst 1927 begann er sein Studium der Philosophie und der Theologie an der Päpstlichen Universität Gregoriana, sowie altpersische Religion und Sprachen an der Orientalistischen Fakultät des Päpstlichen Bibelinstitutes in Rom.

1930 wurde er zum Dr. phil. promoviert und am 29. Oktober 1933 in Rom zum Priester geweiht.

Von 1934 bis 1937 war er in seiner Heimatdiözese als Kaplan in Altpölla, Neuhofen an der Ybbs, St. Valentin und Scheibbs in der praktischen Seelsorge an der Basis tätig. In dieser Zeit vollendete er auch seine theologischen Studien und wurde 1936 zum Dr. theol. promoviert.

Ab 1938 war König Domkurator in St. Pölten und Jugendseelsorger der Diözese. Ein besonderes Anliegen war ihm die Kriegsgefangenen-seelsorge, bei der ihm seine Russischkenntnisse sehr hilfreich.

1945 wurde er Religionsprofessor in Krems und habilitierte sich in Wien als Privatdozent für Religionswissenschaften im Rahmen des Faches der alttestamentlichen Wissenschaften. König galt bis heute als einer der besten Kenner der Ideenwelt der altiranischen Religion des Zarathustra.

1947 erschien sein Buch „Das Alte Testament und die altorientalischen Religionen“.

1948 erfolgte die Berufung als außerordentlicher Professor für Moralthologie nach Salzburg. Hier leistete er die Hauptarbeit an dem großen religionsgeschichtlichen Werk „Christus und die Religionen der Erde“ (1951), das als Standardwerk der Religionswissenschaft angesehen wird und viele Auflagen erlebte.

Am 31. Mai 1952 ernannte Papst Pius XII. König zum Titularbischof von Livias und

Koadiutor mit dem Recht der Nachfolge des St. Pöltener Bischofs Michael Memelauer.

Am 31. August 1952 erfolgte die Bischofsweihe im Dom zu St. Pölten durch Bischof Michael Memelauer. Im Herbst desselben



Kardinal Franz König, am 21. Juli 2002 bei einem Festgottesdienst am »Christophorus-Sonntag« in Kleinmariazell

Foto: Franz Josef Rupprecht

Jahres wurde er von den österreichischen Bischöfen zum Referenten für Jugendfragen gewählt.

1956 erschien sein „Religionswissenschaftliches Wörterbuch“.

Am 10. Mai 1956 – sieben Monate nach dem Tod Kardinal Innitzers – ernannte Papst Pius XII. König zum Erzbischof von Wien, am 17. Juni erfolgte die Inthronisation. König wählte als Motto eine Stelle aus dem Epheserbrief des Apostels Paulus „Veritatem facientes in caritate“ (Die Wahrheit in Liebe tun).

Am 15. Dezember 1958 wurde er von Papst Johannes XXIII. in das Kardinalskollegium aufgenommen.

Am 21. Februar 1959 wurde Kardinal König für kurze Zeit zum Militärvikar für Österreich ernannt. Als Erzbischof von Wien war König Befürworter und Motor einer den Menschen nachgehenden Seelsorge. Er selbst

unternahm viele hunderte von Besuchen in Pfarren, aber auch Betrieben und Schulklassen, um mit arbeitenden Menschen und mit der Jugend in persönlichen Kontakt zu kommen. Die von ihm einberufene Wiener Diözesansynode (1969-1971) sowie die 1973/74 abgehaltene gesamtösterreichische Kirchenversammlung („Österreichischer synodaler Vorgang“) stellten die Weichen für eine „innere Erneuerung“ der Kirche. Hier zeigte sich auch das von Kardinal König nachdrücklich vertretene Prinzip der gemeinsamen Verantwortung von Klerikern und Laien für das Leben und Wirken der Kirche.

Kardinal König verstand die Kirche stets auch als gestalten den Faktor der Gesellschaft. Zahlreiche öffentliche Stellungnahmen zu gesellschaftspolitischen Fragen – nicht zuletzt seine Hörfunk- und Fernsehsprachen zum Jahreswechsel – fanden in der österreichischen Öffentlichkeit große Beachtung. Er setzte die von den österreichischen Bischöfen nach dem Zweiten Weltkrieg beschlossene

Entflechtung von Kirche und Parteipolitik konsequent fort und unterstützte die Bemühungen um eine Beseitigung der historischen Frontstellung zwischen Kirche und Sozialdemokratie in Österreich. Gleichzeitig hatte König persönlichen Anteil an der Entkrampfung des Verhältnisses von Staat und Kirche in Österreich. Auf weltkirchlicher Ebene trat Kardinal König erstmals auf dem II. Vatikanischen Konzil in Erscheinung, zu dessen führende Persönlichkeiten er gehörte. In weiterer Folge nahm er stets an den Bischofssynoden der katholischen Weltkirche teil.

1965 vertraute ihm Papst Paul VI. die Leitung des neugegründeten vatikanischen Sekretariates für die Nichtglaubenden an (eine Funktion, die er bis 1981 beibehielt). In dieser Funktion nahm Dr. König auch regelmäßig am „Vatikanischen Ministerrat“, der Arbeitssitzung der Vorsitzenden der Kurienorgane, teil.

Chronik

Als spezifische Aufgabe des Erzbischofs von Wien sah Kardinal König die Überwindung der Isolierung der Kirche im kommunistischen Machtbereich durch Herstellung brüderlicher Kontakte der Kirche in Österreich zu den Nachbarkirchen im Osten. Er selbst reiste als erster „westlicher“ Kardinal nach Osteuropa. Bei der ersten dieser Reisen, der Fahrt zum Begräbnis des Zagreber Kardinals Stepinac, erlitt er am 13. Februar 1960 bei einem Autounfall schwere Verletzungen. Später unternahm der Kardinal zahlreiche Besuche in fast allen Oststaaten, die stets der Begegnung mit Bischöfen, Priestern und Gläubigen der Kirche dieser Länder dienten.

Im Auftrag von Johannes XXIII. fuhr er am 18. April 1963 erstmals in die amerikanische Gesandtschaft nach Budapest, um mit dem dort im Asyl lebenden ungarischen Primas Mindszenty zu sprechen. Diese Besuche wiederholten sich in den folgenden Jahren und führten schließlich zur Ausreise Mindszents. Von Anfang an bildeten ökumenische Kontakte einen weiteren Schwerpunkt von Kardinal Königs Wirken.

Durch Besuche beim damaligen Ehrenoberhaupt der Orthodoxie, Patriarch Athenagoras von Konstantinopel, beim rumänischen Patriarchen in Bukarest, beim koptischen Patriarchen in Kairo, beim serbischen Patriarchen und zahlreichen anderen führenden Persönlichkeiten wurden entscheidende Kontakte für den Dialog mit den nichtkatholischen Ostkirchen geknüpft. Eine besondere Funktion übernahm dabei die von König 1964 gegründete Stiftung „Pro Oriente“, die vor allem durch ihre internationalen ökume-



Kardinal Franz König (li.) und Oberrabbiner Chaim Eisenberg nach der Enthüllung der Gedenktafel an »Juden-Pogrome« am Judenplatz am 29. November 1998

Foto: Franz Josef Rupprecht

nischen Symposien dem theologischen Gespräch weitreichende Impulse zu geben vermochte. Großes Interesse brachte Kardinal König – auch als Wissenschaftler – den nichtchristlichen Religionen entgegen. 1964 leitete er im Rahmen des Eucharistischen Weltkongresses in Bombay das große Religionsgespräch, an dem Vertreter aller Weltreligionen teilnahmen. Auf vielfältige Weise trug und

trägt Kardinal König zum Dialog der katholischen Kirche mit Judentum und Islam bei.

Ein besonderes Anliegen war Kardinal König stets der Dialog zwischen Religion und Wissenschaft. Auch hier setzte er auf internationaler Ebene zahlreiche Initiativen, zum Beispiel am 1. Juli 1968 in Lindau am Bodensee bei einer Tagung der Nobelpreisträger mit einem Referat zum Thema „Überwindung des Galilei-Traumas im Verhältnis von Kirche und Profanwissenschaft“.

Im August 1980, mit Vollendung seines 75. Lebensjahres, bat König den Papst um Entlassung aus seinen kirchlichen Ämtern. Seine Resignation wurde erst nach seinem 80. Geburtstag, im Herbst 1985 angenommen. Im Juni desselben Jahres war er noch für die nächsten fünf Jahre zum Präsidenten der internationalen katholischen Friedensbewegung „Pax Christi“ gewählt worden.

Kardinal König ist sein ganzes Leben in allererster Linie Seelsorger geblieben. Zutiefst davon überzeugt, daß Religion zum Wesen des Menschen gehört, bemühte er sich auch nach seinem Rücktritt als Erzbischof von Wien am 16. September 1985 unermüdlich, gemeinsam mit den Menschen eine Antwort zu finden auf jene Fragen, an denen keiner in seinem Leben ganz vorübergehen kann: „Woher komme ich? Wohin gehe ich? Welchen Sinn hat mein Leben?“



Kardinal Franz König bei der Agape der Pfarre Gumpendorf, nach der Fronleichnamprozession am 22. Juni 2000

Foto: Franz Josef Rupprecht

Chronik

Am 13. März 2004 entschlief Kardinal Franz König sanft in den frühen Morgenstunden.

»Einfaches« Begräbnis

Die sterbliche Hülle des Kardinals wurde von Freitag, 26. März, 9.00 Uhr, bis Samstag, 27. März, 11.00 Uhr, im Stephansdom aufgebahrt. Der Dom war in dieser Zeit – auch während der Nachtstunden – ständig zugänglich. Tagsüber hatten Pfarrgemeinden aus den drei Vikariaten der Erzdiözese Wien, in der Nacht verschiedene Gemeinschaften, die Totenwache übernommen.

„Schlicht“, so weit es die Umstände erlaubten, verlief – dem persönlichen Wunsch Kardinal Franz Königs entsprechend – der Trauergottesdienst für den verstorbenen Alterzbischof am 27. März im Wiener Stephansdom. Bis 11.00 Uhr hatten die Gläubigen am Samstag noch die Möglichkeit, sich von Kardinal König zu verabschieden. Der Trauergottesdienst begann nach dem Läuten der Domglocken um 13.05 Uhr. Kardinal Joseph Ratzinger, Dekan des Kardinalskollegiums und Präfekt der vatikanischen Glaubenskongregation, stand dem Gottesdienst „im Namen des Heiligen Vaters“ vor und verlas zu Beginn eine Botschaft von Johannes Paul II. Die Predigt hielt der Wiener Erzbischof, Kardinal Christoph Schönborn.

Neben Kardinal Ratzinger und Kardinal Schönborn ergriff auch Metropolit Staikos das Wort. Auch der griechisch-orthodoxe Metropolit Michael Staikos und Bundespräsident Thomas Klestil sprachen letzte Worte. Der Wiener Judaist Jacob Allerhand rezitierte als Vertreter des Judentums einen Psalm in hebräischer Sprache.

Beim Akt der Verabschiedung nach der Eucharistiefeier erklang das „In te, Domine, speravi“ aus Anton Bruckners „Te Deum“, zu dem Kardinal König immer einen starken persönlichen Bezug hatte. „In te, Domine, speravi, non confundar in aeternum“ („Bei dir, Herr, suche ich Zuflucht, laß mich nie zugrunde gehen“) der Vers 2 aus Psalm 31, findet sich auch in Kardinal Königs Testament und auf der Parte.

Im Anschluß an die Verabschiedung wurde der Sarg durch den Mittelgang des Doms und das Primitor auf den Stephansplatz hinausgeführt, um den Gläubigen nochmals die Möglichkeit zur Verabschiedung zu geben. Der letzte Weg der sterblichen Hülle des Kardinals führte über den vorderen Teil des Stephansplatzes, vorbei am Riesentor zum Adlertor. Während der Prozession läutete die



Kardinal Franz König prostet – anlässlich einer Feier zu »10 Jahre Haus Malta« – einer Bewohnerin zu.

Foto: Franz Josef Rupprecht

Pummerin. Dann wurde der Sarg in die Bischofsgruft unter dem Dom gebracht, wo die Beisetzung stattfand.

An der musikalischen Gestaltung beteiligten sich alle Instrumentalisten und Chöre der Wiener Dommusik unter der Leitung von Domkapellmeister Johannes Ebenbauer, jedoch überwog, dem Wunsch des verstorbenen Kardinals gemäß, der Volksgesang. Die vielen Gläubigen, die im Dom keinen Platz mehr fanden, konnten über eine Videowand auf dem Stephansplatz das Geschehen mitverfolgen.

5 Minuten Trauergeläut

In allen Kirchen der Erzdiözese Wien läuteten von 13.00 Uhr bis 13.05 Uhr alle Glocken; die kirchlichen Gebäude blieben bis zum Samstagabend schwarz beflaggt. Im Anschluß an das Begräbnis fand auf dem Stephansplatz eine Agape mit Brot, Wein und Wasser statt.

Die letzte Ehre für Kardinal König

Der Wiener Stephansdom wurde beim Requiem für Kardinal König zum Ort einer großen europäischen Bischofsversammlung: Außer Kardinal Ratzinger nahmen die Kardinäle Josip Bozanic (Erzbischof von Zagreb), Peter Erdö (Erzbischof von Budapest-Esztergom), Jan C. Korec (Bischof von Nitra), Karl Lehmann (Bischof von Mainz), Franciszek Macharski (Erzbischof von Krakau), Vinko Puljic (Erzbischof von Sarajevo), Leo Scheff-

czyk (München), Georg Sterzinsky (Erzbischof von Berlin), Kazimierz Swiatek (Erzbischof von Minsk), Miloslav Vlk (Erzbischof von Prag) und Friedrich Wetter (Erzbischof von München) an dem Gottesdienst teil.

Bischöfe aus den Nachbarländern

Auch viele andere Bischöfe aus den Nachbarländern waren in den Stephansdom gekommen, unter ihnen der Präsident des „Rates Europäischer Bischofskonferenzen“ (CCEE), Bischof Amedee Grab (Chur), der Preßburger Erzbischof Jan Sokol, der Lubliner Erzbischof Jozef Zycinski, der Brünner Bischof Vojtech Cikrle, der Passauer Bischof Wilhelm Schraml, der Bischof von Pecs (Ungarn), Mihaly Mayer, der Erzbischof von Alba Julia (Rumänien), György Jakubinyi, der Erzbischof von Belgrad, Stanislav Hocevar, sowie der Prälät des Opus Dei, Bischof Javier Echevarria. Die Mitglieder der Österreichischen Bischofskonferenz waren geschlossen anwesend, um dem langjährigen Vorsitzenden die letzte Ehre zu geben.

Verteter der Ökumene

Die Verbundenheit Kardinal Königs mit den Ostkirchen kam in der Präsenz vieler orthodoxer Bischöfe zum Ausdruck. Der Wiener orthodoxe Metropolit Michael Staikos repräsentierte beim Begräbnis den Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I., auch die anderen Wiener „Ost-Bischöfe“ waren anwesend: der russisch-orthodoxe Bischof Hilarion (Alfejew), der armenisch-apostolische Erzbischof Mesrob Krikorian und der koptisch-orthodoxe Bischof Gabriel und der syrisch-

Chronik

orthodoxe Chorbischof Emanuel Aydin. Der armenisch-apostolische Katholikos-Patriarch hatte zusätzlich den Leiter des Amtes für zwischenkirchliche Beziehungen, Bischof Jeznik Petrossian, entsandt, der koptisch-orthodoxe Papst-Patriarch die Bischöfe Kyrillos El Baramoussy von Mailand, Barnaba El Suriani von Turin und Damian Refat Fahmi von Deutschland.

Auch die evangelische Kirche war beim Requiem „höchststrangig“ vertreten: Bischof Herwig Sturm trug die zweite Lesung – aus dem Thessalonicher-Brief – vor. Auch Synodalpräsident Peter Krömer, Oberkirchenrat Michael Bünker, der Wiener lutherische Superintendent Hansjörg Lein sowie dessen Vorgänger Prof. Werner Horn waren anwesend.

Vertreter des öffentlichen Lebens

An dem Requiem nahmen auch zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens teil: Neben Bundespräsident Thomas Klestil und den beiden Nationalratspräsidenten Andreas Khol und Heinz Fischer waren auch der Großteil der Bundesregierung, mit Kanzler Wolfgang Schüssel an der Spitze, anwesend – darunter die Minister Benita Ferrero-Waldner, Elisabeth Gehrler, Hubert Gorbach, Karl-Heinz Grasser, Herbert Haupt, Josef Pröll, Maria Rauch-Kallat und die Staatssekretäre Reinhard Waneck und Alfred Finz.

Die letzte Ehre erwiesen Kardinal König auch Karl Korinek und Clemens Jabloner, die Präsidenten von Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, der Präsident des obersten Gerichtshofs Johann Rzeszut, die Landeshauptleute Waltraud Klasnic, Michael Häupl, Herwig van Staa, Erwin Pröll und Herbert Sausgruber, der Präsident des Bundesrates Jürgen Weiss sowie Altbundespräsident Kurt Waldheim und ÖGB-Präsident Fritz Verzetnisch. Unter den ausländischen Trauergästen: der ehemalige polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki und der slowakische Parlamentspräsident Pavol Hrusovsky.

Auch Alfred Gusenbauer für die SPÖ und Eva Glawischnig für die Grünen nahmen am Begräbnis teil, ebenso die Alt-Landeshauptleute Josef Krainer, Siegfried Ludwig, Andreas Maurer und Martin Purtscher, Polizeipräsident Peter Stiedl und ORF-Generaldirektorin Monika Lindner. Das Bundesheer war durch Gen. Major Christian Segur-Cabanac vertreten.

Quelle: Erzdiözese Wien

Sekretariat DDr. Franz Kardinal König

Wir danken <http://stephanscom.at/> herzlich für die Überlassung von Text und Bildern!



Die Kardinäle DDr. Franz König und sein Nachfolger, Kardinal Christof Schönborn

Foto: Franz Josef Rupprecht

Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel: Österreich und Europa verlieren große Persönlichkeit

„Durch den Tod von Kardinal Franz König verliert Österreich einen ganz Großen unserer Zeit.. Er war ein großer Österreicher, ein großer Mann der Kirche, der über Jahrzehnte hinweg nicht nur die Entwicklungen der katholischen Kirche in Österreich sondern auch der Gesamtkirche wesentlich gestaltet und mitgeprägt hat. Kardinal König war auch einer der ersten großen Europäer der Kirche, weil er in der Dimension der Überwindung der Grenzen im christlichen Geist dachte, längst bevor dieses Thema auf der europäischen Agenda stand. Sein Weitblick umfaßte selbst die nichtchristlichen Religionen, mit denen er den Dialog suchte. Mit Kardinal König hat uns eine der bedeutensten Persönlichkeiten verlassen, die Österreich je hatte.

Er war nicht nur ein herausragender Repräsentant der katholischen Kirche Österreichs, er war auch eine intellektuelle Leitgestalt in unserem Land und eine Persönlichkeit, die von allen Menschen über ihr religi-

öses Bekenntnis hinaus respektiert und hoch geschätzt wurde. Kardinal Königs Einsatz für den Dialog der Religionen war ein wichtiger Schritt für eine neue Gesprächsbasis über Grenzen hinweg. Durch seine Initiative ist Wien zum Sitz der Stiftung „Pro Oriente“ geworden und damit zum Zentrum eines Gespräches, das seit Jahrhunderten unterbrochen gewesen war. Er hat die universelle Botschaft der Nächstenliebe gepredigt und gelebt.

Seine Demut vor dem Nächsten, sein un-nachgiebiges Eintreten für die Unverletzlichkeit der menschlichen Würde, sein stetes Mahnen für den Frieden und seine Bescheidenheit zeugen von seiner Größe, die ihn zum Vorbild für viele werden ließ. Er hat durch sein Leben Österreich in vielfacher Weise bereichert. Sein menschliches Wirken, seine mahnende aber nie ermahnende Stimme und seine polyglotte Intellektualität werden wir schmerzlich vermissen,“ so der Bundeskanzler. ■

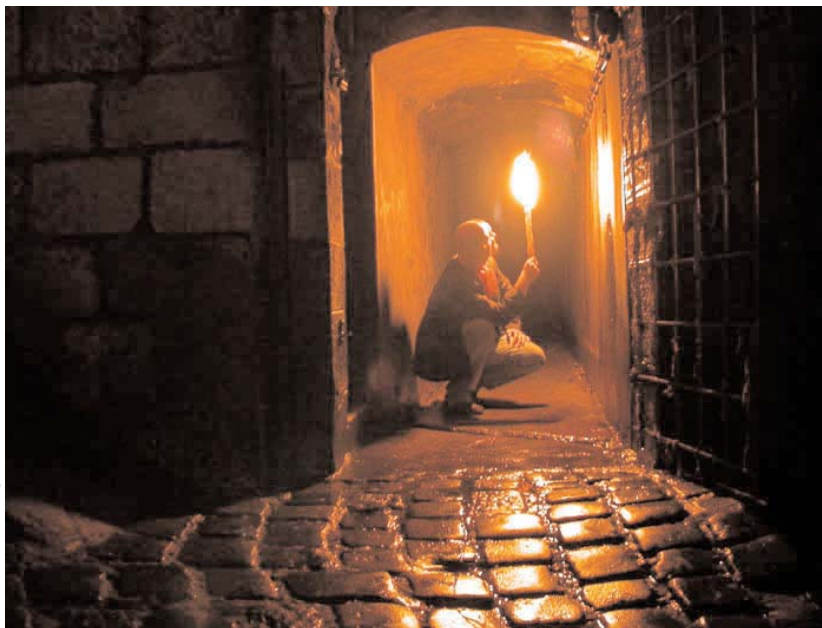
Auf den Spuren von Harry Lime

»Harry Hime« führt mit seinem »Underground Club Vienna« durch Wiens Unterwelt

Die Fackeltouren von Peter Ryborz mit seinem sogenannten „Underground Club Vienna“ durch Wiens Unterwelt sind eine Attraktion für Jung und Alt, für Besucher aus dem In- und Ausland. Geführt durch „Larry Hime“, dem vierten Mann (als Nachfolger des sympathischen Filmbösewichtes „Harry Lime“, gespielt vom grandiosen Orson Welles in Graham Greenes „Der dritte Mann“) geht es jeweils donnerstags und samstags um 19 Uhr los: Mit Fackeln „bewaffnet“ und meistens in Begleitung eines Dudelsackpfeifers startet der Zug bei der Pilgrambrücke vor der U4-Station im 4. Wiener Gemeindebezirk. Neben Eisen- und Steinwendeltreppen und den als Litfaßsäulen getarnten Notausgängen gibt es die unterschiedlichsten Motive nicht nur für Hobbyfotografen, war doch schon seinerzeit der geniale Robert Krasker von den breiten Hallen begeistert, in denen er in wenigen Wochen nach Ende des Zweiten Weltkrieges wilde Verfolgungsjagden mit seiner Kamera einfing. Orson Welles soll übrigens darauf bestanden haben, daß wegen der Gerüche des Abwassers die Wände mit Parfüm eingesprüht werden sollten. Dafür gibt es heutzutage aber keinen Anlaß mehr. Weiterhin erfährt man einiges über Alter und Geschichte der Gemäuer, auch über die sogenannten Cholera-Kanäle, die beidseits parallel zum Wienfluß verlaufen. Natürlich erfährt man auch über Vorhaben der Stadt Wien, das gesamte Gelände aus Gründen von Umweltschutz, Stadtbild, technischer und statischer Nutzung dem Standard des Zeitgeistes anzupassen.

Auch daß die Stadt ihren Namen mit grosser Wahrscheinlichkeit diesem Fluß verdankt, ist nicht jedem bekannt. Fluß? Nun, in „friedlichen“ Zeiten gleicht er eher einem Rinnsal. Stärkere Niederschläge im Wienerwald und den angrenzenden Bezirken können den Wienfluß jedoch in kurzer Zeit auf das 2000-fache anschwellen. Ebenso schnell aber verebbt das Wasser wieder. Aufgrund dieser Tatsache können Führungstermine nur durch ständigen Kontakt mit den Wetterstationen fixiert werden.

Jeder Teilnehmer kann sich selbst davon überzeugen, um welch einzigartige Attraktion es dabei geht, die wohl auch im internationalen Vergleich kaum Konkurrenz findet. Was unzählige Berichte und Radio- und TV-



Alle Fotos: »Underground Club Vienna«

Aufzeichnungen auch ausländischer Journalisten beweist.

Auch der eigenwilligen Akustik dieser Kulisse wird Rechnung getragen: Neben den Dudelsackklängen für die Erwachsenen gilt es speziell für die Kinder als Höhepunkt, die Dauer des Echos eines Böllerschusses zu stoppen: angekündigt durch die dramatischen Worte „hier wurde Harry Lime erschossen!“

Da es während der zwei Kilometer langen Wanderung keinerlei weitere Lichtquellen

gibt, wird die „Prozession“ durch die flackern den Fackeln als Schatten an die Wände geworfen und alles in eine mystische Stimmung getaucht.

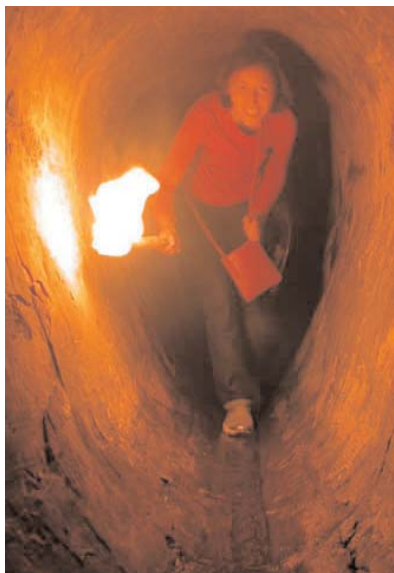
Den Abschluß findet die Wanderung durch die Unterwelt durch Überwinden einer jener legendären elf Meter hohen Steinwendeltreppen mitten am Naschmarkt, indem man unvermittelt aus einem der dortigen Kioske heraustritt.

Die „Reise“ dauert etwa zwei Stunden, zuletzt erhält jeder eine Urkunde, die die furchtlose Teilnahme an der Fackeltour durch Wiens Unterwelt bestätigt.

Wien ist »unders«

Während die Bedeutung „Untergrund“ bei Großstädten wohl eher negativ besetzt ist, gibt es hier den ersten offiziellen „Underground Club Vienna“, der um eine weitere Attraktion Wiens in den Gewölben des Wienflusses bemüht ist und bereits etwa 1000 Mitglieder zählt. Aufgrund der begrenzten Teilnehmerzahl ist eine Reservierung empfehlenswert. Die Führungen beginnen jeweils um 19.00 Uhr, am Donnerstag mit Trommel-, am Samstag mit Dudelsackbegleitung. Der „Eintritt“ kostet 13,50 Euro für Erwachsene mit den üblichen Ermäßigungen. ■

<http://www.underwelt.at>



Weltbeste Kochbücher

Unter rund 4000 aus der ganzen Welt eingereichten Kochbücher wurden drei aus Österreich mit dem Titel »best of the world« ausgezeichnet. Die Preisträger: die Hoteliere Andrea Grossmann, Toni Mörwald und Christoph Wagner und Lois Hechenblaikner und Karin Longariva.

Die Gala-Veranstaltung in Barcelona war wie eine Oscar-Verleihung inszeniert und auch die Freude der Siegerin ist dementprechend groß: Andrea Grossmann, kunst-sinnige Gastgeberin, Hoteliere und Buchautorin aus Pörschach (Kärnten) kann es noch gar nicht fassen: Sie ist einer der Gewinner beim „Gourmand world cookbook award 2003“, der vor kurzem unter der Leitung von Edouard Cointreau über die Bühne ging.

Aus den insgesamt rund 4000 nominierten Kochbüchern war Grossmanns im Vorjahr im Carinthia Verlag erschienenes Buch mit dem Titel „Kulinarische Träumereien“ bereits als bestes deutschsprachiges in der Kategorie „Entertaining books“ gekürt worden. Neben elf weiteren Länderkandidaten nahm es nun an der Endausscheidung teil und erreichte ex aequo mit einem Kochbuch aus den USA den zweiten Platz, der Hauptpreis dieser Kategorie ging nach Neuseeland.

„Schon die Tatsache, in Barcelona neben Größen der internationalen Koch-Szene zu stehen, ist eine Riesen-Auszeichnung“, freut sich die Kärntnerin, „dann aber auch wirklich als ‚winner‘ auf die Bühne gerufen zu werden, ist ein einmaliges Gefühl!“

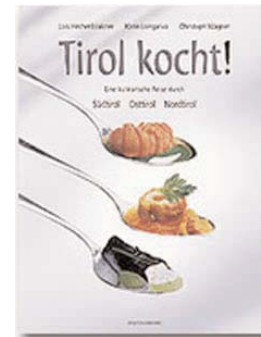
In den 32 Kategorien des internationalen Wettbewerbes stammen die meisten der rund 100 preisgekrönten Bücher aus dem anglo-amerikanischen Sprachraum, gefolgt von Spanien, Frankreich, dem deutschen Sprachraum und den skandinavischen Ländern.

Weitere österreichische Preisträger sind Christoph Wagner für gleich zwei Bücher aus heimischen Verlagen: „Die süße Küche“, mit Toni Mörwald (im Niederösterreichischen Pressehaus erschienen) als bestes deutschsprachiges Dessertbuch und „Tirol kocht!“ mit Lois Hechenblaikner und Karin Longariva (im Verlag Brandstätter erschienen) als Sieger in der Kategorie Regionalküchen.

Wie wäre es mit getrüffelter Kartoffelschaumsuppe, gefülltem Reinankenfilet und Hollerblüten-Tiramisu? Oder soll es vielleicht doch lieber eine Drautaler Kirchtagssuppe, Spargelragout im Palatschinkensackerl oder ein Rosenblütengelee sein? Man nehme: eine Portion Freude am Genießen, ein paar



Mörwald / Wagner



Hechenblaikner / Longariva,

Schöpföffel Lust am Kochen mit heimischen Produkten, schmecke mit Kreativität und Phantasie in Sachen Dekoration ab und würze das Ganze mit einer Prise Kunstsinigkeit – fertig ist das Leibgericht der Andrea Grossmann, die in ihrem Hotel am Wörthersee ihre Gäste mit immer neuen kulinarischen und optischen Kreationen verwöhnt. Ein Feuerwerk der Aromen, Farben und Ideen, das zum Nach-Kochen und Vorbereiten sinnlicher Genüsse einlädt.



Dreimal Auszeichnung für Österreich (v.l.n.r.): Toni Mörwald, Andrea Grossmann und Christoph Wagner

Foto: Grossmann

Ungarnische Notariate archivieren elektronisch

Erster Auslandseinsatz für österreichische Siemens-Lösung cyberDOC.

Seit Anfang Jänner 2004 ist das elektronische Urkundenarchiv cyberDOC bei den Notaren Ungarns in Betrieb. Ungarn ist damit nach Österreich das erste Land, das die von der Programm- und Systementwicklung PSE der Siemens AG Österreich entwickelte Hochsicherheitslösung einsetzt. In Österreich ist die Lösung bereits seit September 2001 im Einsatz. Die durch Siemens Business Services (SBS) und die Österreichische Notariatskammer (ÖNK) realisierte Lösung war europaweit das erste elektronische Archiv für notarielle Urkunden und wird durch die cyberDOC Gesellschaft für Digitale Kommunikation im Notariat GmbH, ein Joint-Venture der ÖNK und SBS, betrieben. Das Projekt in Ungarn wurde von SBS Österreich und der PSE gemeinsam mit der cyberDOC GmbH realisiert. Die Lösung wird von SBS Ungarn als Application Service Providing (ASP) Modell betrieben.

Die Ausgangslage war in Ungarn und Österreich gleich: Alle notariellen Unterlagen lagern in Papierform in Notariaten und Gerichtsarchiven. Da diese Urkunden zeitlich unbefristet aufbewahrt werden müssen, entsteht ein ständig wachsendes Platz- und Kostenproblem. Die Österreichische Notariatskammer entschied sich daher bereits vor einigen Jahren für ein zentrales elektronisches Archiv. Schon wenige Monate nach der cyberDOC-Inbetriebnahme in Österreich überzeugte sich die ungarische Notariatskammer Magyar Országos Köjegyzői Kamara (MOKK) davon, daß die österreichische Lösung auch für Ungarn passend ist. Abweichungen zwischen den beiden Ländern bestehen hauptsächlich in der unterschiedlichen Gesetzeslage und im noch höheren Dokumentenaufkommen: In Ungarn entstehen etwa 130.000 notarielle

Urkunden pro Jahr, in Österreich sind es 90.000.

Anpassung der Lösung innerhalb von 12 Monaten

In einem etwas mehr als ein Jahr laufenden Projekt hat SBS Österreich gemeinsam mit SBS Ungarn das österreichische Urkun-

denarchiv exakt an die ungarischen Verhältnisse angepaßt. Größtes Augenmerk galt dabei wie in Österreich dem Thema Sicherheit. Das von SBS Ungarn und PSE entwickelte Sicherheitskonzept beinhaltet eine Analyse aller potenziellen Gefahren für die Urkunden, eine Bewertung der sich daraus ergebenden Risiken und einen Maßnahmenkatalog, um nicht tragbare Risiken zu beseitigen. Die Maßnahmen betreffen Entwicklung, Betrieb und die gesamte Organisation im Umfeld des Urkundenarchivs. Kryptografische Methoden erfüllen die hohen Anforderungen an Vertraulichkeit und Authentizität. Seit Jahresbeginn werden nun alle notariellen Unterlagen Ungarns, zum Beispiel Kaufverträge, Mietverträge, Gesellschaftsverträge oder Testamente, in einem zentralen Urkunden-Server gespeichert. Die rund 270 ungarischen Notariate können papierlos elektronische Urkunden erstellen, Papierdokumente werden im Notariat eingescannt. Danach werden für alle Dokumente Schlagworte vergeben, anhand derer sie später im Archiv gesucht werden können. Anschließend signiert der Notar die Urkunde elektronisch mittels Chipkarte und sendet das Dokument verschlüsselt zum Server. Jedes Notariat kann nur auf die Urkunden seiner eigenen Kanzlei zugreifen.

Europaweites Pionierprojekt

Die cyberDOC Gesellschaft für Digitale Kommunikation im Notariat GmbH, ein Joint-Venture der Österreichischen Notariatskammer und Siemens Business Services, realisierte erstmalig in Europa ein elektronisches Urkundenarchiv. Die langfristig und von mechanischen Einflüssen unabhängig an zwei verschiedenen Standorten aufbewahrten Dokumente können in einem geschlossenen

System von den 460 Notaren Österreichs mittels elektronischer Signatur abgerufen werden. Mit dem Joint-Venture cyberDOC hat Siemens in Österreich eine Entwicklung eingeführt, die in Europa eine absolute Pionierstellung einnimmt. Technisch stellt die Lösung einen Meilenstein für künftige E-Government-Anwendungen dar: In Abstimmung mit den gesetzlichen Voraussetzungen kann die cyberDOC-Idee auch für Benutzergruppen wie Behörden oder Rechtsanwälte und bis hin zu den BürgerInnen umgesetzt werden. ■

<http://www.siemens.at>



Die echte Steirische kommt aus Graz

Die Grazer Harmonika-Erzeugung Strasser gibt seit 1926 mit der echten »Steirischen Knopfharmonika« in der Volksmusik den Ton an. Zuhause und im Rest der Welt.

Die Harmonikaerzeugung Strasser wurde im Jahr 1926 durch Anton Strasser gegründet.

Im Jahre 1919 suchte sich der Förster Anton Strasser, bedingt durch eine Kriegsverletzung, eine körperlich leichtere Arbeit. Als 22jähriger ging er noch einmal in die Lehre beim Harmonikabauer Robert Zechner und absolvierte dort seine Lehr- und Gesellenzeit. Nach Abschluß derselben machte er sich selbständig und arbeitete vorerst in einer aufgelassenen Garage in der Grazer Wassergasse.

Bald wurde durch die große Zahl der Aufträge dieses Provisorium zu klein und er mietete Räumlichkeiten im Hause Stockergasse 5 an. Der Betrieb wurde in dieser Zeit (um 1939) wesentlich modernisiert. Diese Modernisierung wurde sogar auf Firmenschild und Firmenstempel hervorgehoben: „Harmonikaerzeugung mit elektrischem Betrieb“. Das war bemerkenswert, denn viele holzverarbeitende Betriebe traten zu jener Zeit noch die Kreissäge mit dem Fuß!

„Ich erinnere mich gut an diese Werkstätte“, meint der heutige Seniorchef Ernst



Strasser. „Durch den ganzen Maschinenraum lief eine lange Welle, an der Riemenscheiben angebracht waren und mittels langer Lederriemen wurden fünf bis sechs Maschinen, die im Raum verteilt standen, angetrieben.“

Es wurden damals alle Arten von Harmonikas produziert: Schrammelharmonikas, chromatische mit Knopf und Tasten und selbstverständlich die „Steirische“. Durch die Leichtbauweise und viele technische Verbesserungen konnte Strasser die gleichnamige Harmonika zu einem der beliebtesten Instrumente nicht nur in seiner Heimat machen, denn damals schon begannen Exporte nach Holland und USA.

Durch den Zweiten Weltkrieg wurde die Produktion jedoch sehr eingeschränkt, weil Material (besonders Metall für die Stimmen) nur für kriegswichtige Dinge zu haben war. Im Jahr 1944 wurde durch Bombeneinwirkung die Werkstätte derart in Mitleidenschaft gezogen, daß sich Anton Strasser entschloß, provisorisch in der Mansarde seines Wohnhauses weiterzuarbeiten. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges kamen die Kunden jedoch auch an die neue Adresse – und sie brachten Bestandteile von alten Harmonikas und – oft auch Eßbares mit.

Bis zum Jahre 1949 hatte sich die Lage wieder normalisiert und Strasser bekam erstmalig wieder Stimmen aus Deutschland, aus



Alle Fotos: Strasser

Wirtschaft

der damaligen Ostzone. Anton Strasser arbeitete inzwischen schon mit zwei Mitarbeitern und es gelang eine Jahresproduktion von bis zu 150 Stück. Im Jahr 1956 verstarb er unerwartet, seine Witwe führte den Betrieb weiter. „Ich war damals 18 Jahre alt und hatte gerade die Gesellenprüfung hinter mir“, erzählt Ernst Strasser sen. „Ich beherrschte



Strasser »De Luxe« in Ahorn

zwar alle einschlägigen Arbeiten, hatte jedoch noch nie eine ‚5-Reiher‘ selbst gebaut.“ Mit viel Anstrengung und Fleiß ist es aber gelungen, den Kundenstock zu erhalten und letztlich zu erweitern. Strasser weiter: „In den 60er Jahren kreierte ich ein neues Modell, das den Akkordeons ähnlich sah. Es wurde ein echter Renner, denn in dieser Zeit, in der die Musikboxen so modern waren, haben sich die Leute geschämt, eine echte ‚Steirische‘ zu spielen.“

1960 wurde die alte provisorische Werkstatt zu klein, und Ernst Strasser sen. entschloß sich, als junger Meister eine neue Werkstatt – modern eingerichtet, mit der damals phantastischen Größe von 160m² – zu bauen. 1961 wurde sie bezogen und einer modernen Produktion stand nichts mehr im Wege.

Die Exporte weiteten sich auf die BRD, auf Holland, die USA und einige andere Länder aus. Dadurch wurde es notwendig die Belegschaft auf fünf Mitarbeiter aufzustocken. Die große Nachfrage und die stets zunehmende Beliebtheit der „Steirischen“ weitete sich bis zu einer Lieferzeit von zwei Jahren für ein neues Instrument aus.

1974 begann Ernst Strasser jun. im väterlichen Betrieb mit seiner Lehre als Harmonikamacher. Nach Abschluß seiner Lehr- und Gesellenzeit schloß er mit der Meisterprüfung ab und entschloß sich, den Betrieb abermals zu vergrößern und zu modernisieren. Ein zweigeschoßiger Anbau im Jahre 1980

brachte die Produktionsfläche auf knapp 500m² und weitere Mitarbeiter wurden eingestellt. Die ständigen Verbesserungen an den Instrumenten ließen diese zu einem österreichischen Spitzenprodukt heranreifen.

Im Jahr 1995 wurde die Produktionsfläche auf 700m² erhöht und bereits eine Jahresproduktion von über 700 Harmonikas gefertigt.

Mit Jänner 1997 übernahm Ernst Strasser jun. die Firmenleitung der Harmonikaerzeugung. In Zusammenarbeit mit dem anerkannten Künstler Mag. Ebner entwickelte Ernst Strasser jun. die „Creativ“ und brachte sie im Sommer 1996 auf den Markt. Innerhalb kürzester Zeit wurde sie zum Aushängeschild der Harmonikaerzeugung Strasser.



Strasser Professional 4reihig

Im Jahr 1993 begann Ernst Strasser jun. mit der Entwicklung der „SKL Diskantmechanik“ (Strasser-Konus-Lagerung). Nach jahrelangen Versuchen und Tests erlangte die mustergeschützte Mechanik die Serienreife und wird seit Jänner 1999 ausschließlich imd bei sämtlichen „Strasser Harmonikas“ eingebaut.

Durch die Produktion der „SKL Diskantastatur“ im eigenen Haus ist eine wesentlich bessere Qualitätskontrolle möglich, und die Beliebtheit der „Strasser“ wurde dadurch noch mehr gesteigert. Es erfolgte deshalb im Mai 1999 der Spatenstich für einen neuen, modernen Produktionsbetrieb. Nach sieben Monaten Bauzeit und nur zwei Wochen Über-



Strasser »De Luxe« in Rot

siedlung konnte das neue Werk bezogen werden. Die neue Produktionsstätte ist nach modernsten Richtlinien gebaut und nach dem letzten Stand der Technik ausgestattet. Der bis jetzt unerreichte Qualitätsstandard der Strasser Harmonikas konnte dadurch nochmals angehoben werden. Auf nunmehr 1200m² verbauter Fläche konnte eine neue Dimension der Harmonikawelt geschaffen werden.

Für den Besucher eröffnet sich ein neues Gefühl, den Weg bzw. die Entstehung der Strasser Harmonika von den Einzelteilen bis zum fertigen Instrument mitzuerleben. ■

<http://www.strasser-harmonikas.com>



Klagenfurt – Wien in 25 Minuten

LH Haider und LHStv. Pfeifenberger: Niedrigpreis-Flugverbindung zwischen Wien und Klagenfurt bringt neue Chancen für Wirtschaft und Tourismus

Die Vergabe der neuen Linienflugverbindung Klagenfurt – Wien wird in den nächsten Tagen erfolgen. Dies teilten Landeshauptmann Jörg Haider und Wirtschaftsreferent LHStv. Karl Pfeifenberger im Hinblick auf das abgeschlossene Ausschreibungsverfahren mit. Als Haupteigentümer des Flughafens Klagenfurt werde das Land Kärnten die Linienflugverbindung Klagenfurt – Wien im Zuge einer generellen Ausschreibung vergeben, so Haider. Besonderer Wert sei vor allem auf eine sinnvolle Tagesrandverbindung mit einem möglichst späten Rückflug nach Klagenfurt um etwa 22 Uhr 30 sowie auf marktgerechte Preise gelegt worden. Damit werde dem Wunsch der Kärntner Wirtschaft voll Rechnung getragen, betonte der Landeshauptmann.

Der Flugbetrieb soll bereits mit Jahresmitte aufgenommen werden. Partner werde jedenfalls eine Niedrigpreisfluglinie sein, das zum Einsatz kommende Flugzeug werde mindestens 140 Sitze umfassen, teilte LHStv. Pfeifenberger mit. Die Flugzeit zwischen Klagenfurt und Wien werde nur rund 25 Minuten betragen. Somit sei gewährleistet, daß Kärntner Unternehmer, aber auch die Bevölkerung von Klagenfurt aus in weniger als zwei Stunden ins Zentrum von Wien gelangen können. Die Tickets würden ab ca. 20 Euro erhältlich sein, im Mittel werde ein Ticket für einen einfachen Flug in etwa 80 Euro kosten, so der Landeshauptmann. Damit koste die teuerste Variante bei kurzfristiger Buchung immer nur maximal die Hälfte der derzeit einzigen angebotenen Verbindung nach Wien.

Für den Wirtschaftsreferenten bedeutet diese Innovation eine „Sensation“ für Kärnten. Denn es werde nicht nur eine günstige Früh- und Nachmittagsverbindung, sondern auch einen Spätabendflug nach Wien und retour um rund 22:30 geben. „Damit kann der Tag in der Donaumetropole ideal genutzt werden“, so Pfeifenberger. Statt insgesamt acht Stunden Reisezeit würden künftig nur mehr zwei Stunden pro Richtung anfallen. Somit könnten Kärntens Wirtschaftstreibende in Wien Termine auch zu späteren Tageszeiten wahrnehmen. Ein weiteres Argument für die günstige Flugverbindung seien die berühmten Tangenten-Staus jeweils am Morgen und



Im Anflug auf Wien – hier im Bild ein wunderschöner Ausblick auf das Schloss Schönbrunn mit dem Tiergarten
Foto: <http://www.bilderbox.com>

am Beginn des Wochenendes. Auch Wiener Kurzturlauber und somit der Kärntner Tourismus sollen von dieser Fluganbindung profitieren und in wenigen Minuten in den sonnigen Süden gelangen, so Pfeifenberger. Der Wirtschaftsreferent verwies auf die erfolgreichen Binnenverbindungen beispielsweise von

Köln nach Berlin, wo bereits täglich eine enorme Nachfrage nach günstigen Tickets besteht. Alle Details zu den täglichen Linienflugverbindungen wollen der Landeshauptmann und der Wirtschaftsreferent in den nächsten Wochen im Rahmen einer Pressekonferenz präsentieren. ■

TownTown

Mit dem Projekt TownTown geht die Immobiliendevelopment Wiener Stadtwerke BMG & Soravia AG ganz neue Wege.

Durch die Überplattung einer neuen U-Bahnhalles im dritten Wiener Bezirk gelang es, einen Top Standort für modernen Bürobau und die Errichtung von insgesamt 21 Company Buildings nutzbar zu machen. Durch diese zukunftsweisende Art des Immobiliendevelopments entsteht ein neuer multifunktionaler Stadtteil mitten in Wien, nur wenige U-Bahnminuten von der City und nur 15 Autominuten vom Flughafen entfernt. Zwei U-Bahnstationen und zwei Stadtautobahnen direkt vor der Haustür sorgen für beste Verbindungen.

Neu und einzigartig ist auch das Realisierungsmodell unter dem Motto „Design your own Company Building“. Das innovative Mitbestimmungsmodell ermöglicht es den Nutzern, den eigenen Firmensitz gemeinsam mit den TownTown-Architekten zu gestalten und bereits in der Planung mitzuwirken. Dadurch ist die bedarfsgerechte Realisierung moderner Büros mit der gewünschten Funktionalität und in der eigenen Corporate Identity gewährleistet. Umgesetzt hat dies bereits PricewaterhouseCoopers, das im Vorjahr seinen neuen Firmensitz und damit das erste Customized Office in TownTown eröffnete.

Nach Fertigstellung der U-Bahnüberplattung im Juni 2003 wurde die Entwicklung



Nach Feng-Shui-Prinzipien gestaltete Areale und transparente, lichtdurchflutete Flächen schaffen Orte des Wohlbefindens inmitten einer eindrucksvollen architektonischen Landschaft.

mit der Begrünung der Piazza, einer 15.000 m² großen Erholungsfläche im Zentrum von TownTown, weitergeführt und die erste Allee eröffnet. Kürzlich erfolgte der Baubeginn der zentralen Parkgarage, im Zuge dessen auch hochwertige Lagerflächen errichtet werden.

Neben dem zügigen Fortschritt der Realisierung von TownTown können die Projektentwickler auch auf internationaler Ebene

einen beachtlichen Erfolg verbuchen: Die Schweizer Swiss Town Consult hat sich nach Evaluierung verschiedener Standorte in Europa für ein Investment in TownTown entschieden und sich mit 12 Prozent an der Betreibergesellschaft beteiligt. TownTown bildet für die Schweizer die optimale Ausgangsbasis für das Engagement in Zentraleuropa im Rahmen der EU-Osterweiterung. ■

<http://www.towntown.info>



Auf einem Areal von ca. 36.000m² entsteht eine Stadt in der Stadt. 21 Company Buildings schaffen eindrucksvoll Raum für die Individualität erfolgreicher Unternehmen und ihrer Mitarbeiter. Im Bild oben beginnen bereits die Prater-Auen.

Die Profis der Hochrechnung

Das Institute for Social Research and Analysis (SORA) ist bekannt für seine Hochrechnungen und Wählerstromanalysen bei österreichischen Wahlen.

Das Spektrum des Sozialforschungsinstituts SORA ist aber noch viel größer – das beweisen zahlreiche Forschungsprojekte in den Bereichen Arbeit & Organisation, Markt- & Kundenkommunikation und Migration.

Wenn es in einer Wahlnacht für die ZuseherInnen des ORF spannend wird und am Bildschirm die erste Hochrechnung erscheint, haben die ExpertInnen von SORA schon einen langen Tag hinter sich. Denn die Hochrechnungen brauchen viel Vorbereitung: Sie beruhen auf speziellen Berechnungs-Algorithmen, die für jede Wahl in Österreich optimiert werden. Sobald dann am Wahltag die ersten Gemeinden fertig ausgezählt sind, werden ihre Ergebnisse auf vielfältige Weise ausgewertet. So kann das SORA-Wahlteam auch bei einem geringen Auszählungsgrad schon eine präzise Voraussage für den Wahlausgang treffen – so wie bei den Landtagswahlen 2004 in Kärnten und Salzburg.

haben sich Günther Ogris und Christoph Hofinger mit den Themenbereichen Politik, politische Kultur und Wahlen beschäftigt. Seit 1994 führen sie gemeinsam Hochrechnungen und Wählerstromanalysen für Fernsehstationen im In- und Ausland durch.

sind weiters im Bereich Strategieentwicklung und Kampagnenberatung sowie in der politischen Grundlagenforschung tätig.

EUYOUPART: Jugend und Politik in Europa

Wie beteiligen sich Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren am politischen Leben in Europa? Diese Frage ist der Ausgangspunkt für das Projekt „EUYOUPART“, bei dem sozialwissenschaftliche Institute aus acht europäischen Ländern unter der Leitung von SORA zusammenarbeiten, um gültige Indikatoren für die politische Partizipation junger Menschen zu finden. Damit wird politisches Engagement von Jugendlichen erstmals europaweit vergleichbar gemacht. „EUYOUPART“ ist eines der größten österreichischen Projekte in der sozio-ökonomischen Forschung im 5. Rahmenprogramm der EU.



Günther Ogris, MA und Mag. Christoph Hofinger (v.l.n.r.) beim Erstellen der Hochrechnungen für die Landtagswahlen 2004 in Salzburg und Kärnten.

Foto: SORA

So wandern die WählerInnen

Sind schließlich die letzten Gemeinden ausgezählt, errechnen die ExpertInnen die Wählerströme zwischen den einzelnen Parteien. „Die SORA-Wählerstromanalysen kommen ohne die Befragung von Einzelpersonen aus. Verwendet werden ausschließlich ‚Aggregatdaten‘, also Ergebnisse von Gemeinden, Sprengeln, Bezirken, etc. Von den dort errechneten statistischen Zusammenhängen wird dann auf das Verhalten der Wählerinnen und Wähler geschlossen“, erklärt Christoph Hofinger, gemeinsam mit Günther Ogris Geschäftsführer und wissenschaftlicher Leiter von SORA.

SORA besitzt langjährige Erfahrung bei Hochrechnungen und Wählerstromanalysen. Schon Jahre vor der Gründung von SORA

Im Jahr 1996 gründeten die beiden Forscher schließlich das Institute for Social Research and Analysis (SORA) mit dem Anspruch, auf der Basis von hochwertiger wissenschaftlicher Forschung verständliche Ergebnisse zu liefern, die den Anforderungen der praktischen Anwendbarkeit und Umsetzbarkeit entsprechen. Je nach Fragestellung und stets in Abstimmung mit den KundInnen arbeiten die SORA-ExpertInnen dabei mit unterschiedlichen empirischen quantitativen und qualitativen Methoden. Inhaltlich liegen die Schwerpunkte der Forschung und Beratung in den Bereichen Wahlen & Politik, Arbeit & Organisation, Markt- & Kundenkommunikation sowie Migration.

Im Bereich Wahlen & Politik bietet SORA auch Wahltagsbefragungen und Nachwahlanalysen an, die Politik-ExpertInnen

Trends, Probleme am Arbeitsmarkt

SORA steht aber auch für Fachwissen und Know-how im Bereich Arbeit & Organisation. Hier eine kleine Auswahl aktueller Projekte:

- Seit 1997 wird die Zufriedenheit der österreichischen ArbeitnehmerInnen durch den von SORA und IFES gemeinsam entwickelten Arbeitsklima-Index gemessen. Er ist ein Indikator für Arbeitszufriedenheit und Arbeitsbelastungen im Beruf und gibt auch Auskunft über allgemeine Aspekte der Lebenszufriedenheit. Laufende Erhebungen auf repräsentativer Basis ermöglichen Aussagen über Trends in der Arbeitswelt. Das Erhebungsinstrument des Arbeitsklima-Index findet außerdem Verwendung bei Mitarbeiterbefragungen.
- Ältere ArbeitnehmerInnen und ihre Beschäftigungssituation stehen im Zentrum

einer Analyse, die in Kooperation mit dem Forschungsinstitut abif für das Arbeitsmarktservice (AMS) Österreich durchgeführt wird.

- EQUAL ist eine europäische Gemeinschaftsinitiative mit dem Ziel der Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt. Der österreichische Teil der Initiative wird von SORA gemeinsam mit den Instituten KMU Forschung Austria und abif evaluiert.
- Im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen (BMSG) analysiert SORA in Kooperation mit KMU Forschung Austria und abif Maßnahmen, die der Integration von Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen am Arbeitsmarkt dienen.
- Für das Equal-Projekt „Gleiche Chancen im Betrieb - Betrieb ohne Rassismus“ des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung führte SORA eine Analyse durch, die Diskriminierungen von Personen mit Migrationshintergrund auf dem Wiener Arbeitsmarkt und in Wiener Betrieben aufzeigt.

Weitere Informationen über die vielfältigen wissenschaftlichen SORA-Projekte bietet die Homepage von SORA, auf der auch der SORA-Newsletter abonniert werden kann.

Gemeinsamer Standort von SORA und ZSI

Seit Januar 2004 forschen SORA und ZSI (Zentrum für Soziale Innovation), zwei führende sozialwissenschaftliche Institute Österreichs, in der Linken Wienzeile 246. Mit zusammen mehr als 50 MitarbeiterInnen stehen SORA und ZSI für hohes wissenschaftliches Know-how, fundierte Methodenkenntnisse und den innovativen Einsatz von Forschung, Bildung und Beratung. Die durch die räumliche Nähe intensivierte Kooperation der beiden Institute soll ihre Position im europäischen Forschungsraum stärken und setzt damit wichtige Impulse für den Wissenschaftsstandort Wien. ■

i SORA
Ogris & Hofinger GmbH
Linke Wienzeile 246
A-1150 Wien
Tel.: ++43 / (1) / 585 33 44
Fax: ++43 / (1) / 585 33 44-55
E-Mail: office@sora.at
Internet: http://www.sora.at

Al Azhar Universität und Uni Salzburg arbeiten zusammen



Vertragsunterzeichnung in Kairo: Botschafter Ferdinand Trauttmansdorff, Präsident der Al Azhar Universität Ahmed Al Taib, Dekan Friedrich Schleiner, Vermittler Wafik Ghoneim (v.r.n.l.).

Foto: TheolFAK

Die älteste und größte theologischen Hochschule des Islam, die Al Azhar Universität Kairo, und die Universität Salzburg werden jetzt verstärkt zusammenarbeiten.

Obwohl diese um ein Vielfaches größer (über 350.000 Studierende in ganz Ägypten) und wesentlich älter auch als die Benediktineruniversität Salzburg ist, setzt man an der traditionsreichen Hochschule große Hoffnungen auf die Zusammenarbeit mit Salzburg: „Die Muslime brauchen solche Kontakte“, so der Präsident der Al Azhar Universität Ahmed Al Taib, „denn seit dem 11. September ist unsere Religion sehr durch Unrecht beschmutzt worden“.

Al Taib unterzeichnete das Partnerschaftsabkommen im Februar gemeinsam mit Friedrich Schleiner (zu diesem Zeitpunkt noch Dekan der Katholisch Theologischen Fakultät Salzburg). Auch für die Universität Salzburg und vor allem das noch junge

Institut „Theologie Interkulturell“ bietet die Zusammenarbeit besondere Möglichkeiten.

Unterstützt wird die Partnerschaft von Österreichs Botschafter in Kairo, Ferdinand Trauttmansdorff. Wie er sagt, habe der 11. September viel Vertrauen zerstört, vieles muß neu erarbeitet und aufgebaut werden. Gerade die akademische Zusammenarbeit sei eine wichtige Hilfe im Dialog zwischen den Kulturen.

Die Kooperation war von Wafik Ghoneim, Gastprofessor an der Katholisch-Theologischen Fakultät mit ägyptischer und österreichischer Staatsbürgerschaft und Friedrich Schleiner vorbereitet worden. Die Ägypter setzen große Hoffnung auf einen Austausch von DozentInnen und HörerInnen. Auch an die Durchführung gemeinsamer Summer Schools ist gedacht. Ebenso sollen die schon länger bestehenden Kontakte von GermanistInnen aus Salzburg und Kairo weiter intensiviert werden. ■

Management Forum Gesundheit im AKH Wien

Am 25. März fand das erste Management Forum Gesundheit „Innovative Praxisbeispiele eines funktionierenden Krankenhaus-Managements“ im AKH Wien statt. Es stellte eine Kooperation des Allgemeinen Krankenhauses der Stadt Wien mit der hier beheimateten neuen Medizinischen Universität, der St. Vinzenz Holding und der Wirtschaftsuniversität Wien dar. ■

Wissenschaft abseits von Strand und Palmen

Mit einem großen Festakt wurde das 20jährige Jubiläum der wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Thailand und Österreich bedacht. Minister, Rektoren und Professoren haben dabei die Landeshauptstadt Innsbruck für einige Tage zur Wissenschaftshauptstadt Österreichs gemacht. Besonderer Ehrengast: Ihre königliche Hoheit Prinzessin Maha Chakri Sirindhorn von Thailand. ■

Führender Genforscher leitet für Institut für Molekulare Biotechnologie

Der Österreichischen Akademie der Wissenschaften war es 2001 gelungen, Dr. Josef Martin Penninger aus Kanada wieder nach Wien zurückzuholen.

Josef Penninger war ein in Kanada auf dem Gebiet humanmedizinischer Anwendungen der Molekulargenetik überaus erfolgreich tätiger Österreicher. Zu den von Penninger bearbeiteten Themen zählen unter anderem Fragen der Krebsforschung – wie die gezielte Tumorprävention durch spezifische Programmierung des Immunsystems – sowie Probleme der Regulation von Knochenbildung und Knochenabbau in Hinblick auf eine frühzeitige Steuerung zur Vermeidung von Osteoporose. Darüber hinaus hat er wesentliche Beiträge zur Erforschung des Ursprungs von Autoimmunerkrankungen, zur Behandlung von Infektionskrankheiten und zum Verstehen der Mechanismen des programmierten Zelltodes geleistet.

Josef Penninger wurde am 5. September 1964 in Gurten (ÖO) geboren. Nach der Volksschule in Gurten besuchte er das humanistische Gymnasium in Ried im Innkreis. Von 1982 bis 1988 absolvierte er ein Medizinstudium an der Uni Innsbruck, daneben studierte er Kunstgeschichte und Spanisch. Seine Doktorarbeit schrieb er beim Innsbrucker Pathologen und Altersforscher Georg Wick über ein Thema aus der Immunologie („Phenotypical and functional analysis of intrathymic nurse (TCN)-Lymphocytes“) und wurde 1990 zum Dr. med. promoviert. Von 1990 bis 1994 war Penninger als Post-Doc am Ontario Cancer Institute tätig. Seit 1994 war er „Principal Investigator“ beim US-Gentechnikkonzern Amgen und arbeitete als solcher am Department of Immunology and Medical Biophysics der University of Toronto.

Josef Penninger hat zahlreiche Preise und Auszeichnungen erhalten. In Kanada war er „Young leader in medicine in Canada“ durch „Globe and Mail“ 2000, zwei Mal wurde er in die „Top 10“ der modernsten Wissenschaftler des Jahres aufgenommen und im Jahr 2001 unter die „Top 40 under 40“ Kanadas gewählt. Vom Magazin „Esquire“ wurde er in die Reihe der „Zehn interessantesten Menschen des Jahres 2000“ aufgenommen. Der Österreichische Klub der Bildungs- und Wissenschaftsjournalisten hat ihn schließlich zum „Wissenschaftler des Jahres 2003“ gewählt.

Josef Penningers wissenschaftliche Leistungen schlagen sich in 147 Arbeiten nieder, von denen eine große Zahl in führenden Journalen wie Nature, Science oder Cell publiziert wurde.



Dr. Josef Penninger
Foto: ÖAW

Im Herbst 1999 hat die Österreichische Akademie der Wissenschaften mit einem führenden Industrieunternehmen, dem Unternehmensverband Boehringer Ingelheim, einen Kooperationsvertrag abgeschlossen und damit eine Zusammenarbeit zwischen akademischer Forschung und Wirtschaft etabliert. Im Rahmen dieser Kooperation wurde IMBA als 100%-ige Tochter-GmbH der ÖAW gegründet. Schwerpunkte der Forschungstätigkeit sind humanrelevante Themen wie Krebs und Herzkrankheiten. IMBA arbeitet eng mit dem renommierten Forschungsinstitut für Molekulare Pathologie (IMP) zusammen. Die ÖAW übernahm damit erstmals systematisch Schritte zum Transfer ihrer Forschungsergebnisse in die wirtschaftliche Nutzung. Zugleich soll Wien durch die Eta-

blierung eines biomedizinischen Spitzeninstituts als international attraktiver Forschungsstandort gestärkt werden.

IMBA ist im Vienna Bio Center (Institute der Universität Wien, IMP, Start-Up-Unternehmen) in der Dr. Bohr-Gasse im 3. Wiener Gemeindebezirk angesiedelt. Baubeginn für die Errichtung des neuen Institutsgebäudes war im Sommer 2002, die Inbetriebnahme erfolgte – plangemäß – Anfang 2004. Das neue Gebäude ist auf einem Grundstück von insgesamt 2800 m² errichtet, die Gesamtkosten (Gebäude und Außenanlagen, Haustechnik, Einrichtung) waren mit 24 Mio. Euro veranschlagt. Neben IMBA wird im selben Gebäude ein weiteres ÖAW-Institut untergebracht werden. Als Generalplaner fungierte der Wiener Architekt Boris Podrecca. Sein Projekt ist aus einem EU-weit ausgeschriebenen Wettbewerb siegreich hervorgegangen.

Errichtung und Betrieb von IMBA werden durch die Stadt Wien sowie den Bund getragen. Die Stadt Wien hat den Ankauf des Bauplatzes finanziert, die Errichtungskosten werden von der Stadt (13,8 Mio. Euro) und der ÖAW (Bundesbudgetmittel) getragen. Der Bund hat zugesagt, die jährlichen Kosten in Höhe von 7,26 Mio. Euro zu übernehmen. ■

<http://www.oew.ac.at>



Planstudie des IMBA des Wiener Architekten Boris Podrecca

Foto: ÖAW

Fürstliche Sammlungen

Am 28. März eröffnete das »Liechtenstein Museum«. Es präsentiert ausgewählte Meisterwerke aus den Fürstlichen Sammlungen in Vaduz. Sie zählt zu den schönsten und bedeutendsten Privatsammlungen der Welt.



Alle Fotos: Liechtenstein Museum GmbH

Bis 1938 bildeten die Sammlungen des Fürsten von Liechtenstein einen wesentlichen Bestandteil der Wiener Museumslandschaft. Schon damals fehlten sie in keinem Kunstführer und waren eine der Hauptattraktionen in der auch durch ihre bedeutenden Privatsammlungen reichen Kunstmetropole. Bedingt durch den Zweiten Weltkrieg wurden die wichtigsten Teile der Fürstlichen Sammlungen aus allen Standorten in Wien zusammengeführt und noch in den letzten Kriegstagen nach Vaduz verlagert. Seit damals war diese großartige Sammlung in Wien nicht mehr zu sehen.

Im Mittelpunkt der ab 28. März präsentierten Meisterwerke aus vier Jahrhunderten – von der Frührenaissance bis zur österreichischen Romantik – stehen die herausragendsten Arbeiten von Raffael, Guido Reni, Peter Paul Rubens, Pieter Breughel dem Jüngeren und Jan Breughel dem Älteren, Anthonis van Dyck, Frans Hals, Rembrandt, Rudolf von Alt, Ferdinand Georg Waldmüller, Friedrich von Amerling und Francesco Hayez. Skulpturen von Antico, Andrea Mantegna, Giambologna,

Adrian de Fries bis Antonio Canova ergänzen den Bestand der Gemälde.

Verantwortlich für die Konzeption und Präsentation dieser ausgewählten Meisterwerke im »Liechtenstein Museum« ist Johann Kräfner, der sich als Gestalter von bedeutenden kunst- und kulturhistorischen Ausstellungen sowohl in Wien als auch in anderen Kunstmetropolen und als Verfasser von architektur-historischen Publikationen profilieren konnte.

Die Anfänge

Ihren Anfang nimmt die Geschichte dieser herausragenden Kunstsammlung im 17. Jahrhundert. Wie bei vielen anderen Sammlungen aus dieser Zeit liegen ihre Wurzeln im barocken Ideal kunstsinnigen fürstlichen Mäzenatentums. Das Fürstenhaus Liechtenstein hat dieses Ideal über Generationen konsequent weitergelebt und seine Bestände bis in die Gegenwart planvoll erweitert und ergänzt.

Den Grundstein für die Fürstlichen Sammlungen legte Fürst Karl I. von Liechtenstein

(1569-1627). Für ihn, Obersthofmeister unter Kaiser Rudolf II. in Prag, schaffte Adrian de Fries im Jahr 1607 als Auftragswerk den in Bronze gegossenen lebensgroßen Christus im Elend und den Hl. Sebastian.##

Durch die Sammelleidenschaft von Karl Eusebius von Liechtenstein (1611-1684), dem Sohn Karls I., erweiterte sich der Bestand an Kunstwerken ganz wesentlich. Unter seiner Regentschaft beginnt auch die »Bauwut« des Fürstenhauses, durch die zahllose Schlösser und Paläste in Mähren, Niederösterreich und Wien entstehen. In dem von ihm verfassten Werk von der Architektur empfiehlt er seinem Sohn Johann Adam Andreas I. von Liechtenstein, dass Geld dazu dienen solle, »schöne Monumenta zu ebigen und unsterblichen Gedechnus« zu errichten.

Fürst Johann Adam Andreas I. von Liechtenstein (1657-1712) erwirbt bedeutende Kunstwerke von Peter Paul Rubens (Decimus-Mus-Zyklus), Anthonis van Dyck und anderen Hauptmeistern des flämischen Barock.

Mit Fürst Joseph Wenzel von Liechtenstein (1696-1772), der als Botschafter in Paris

Kultur



Einblick in das Herrenappartement im Gartenpalais Liechtenstein mit der Bibliothek von Joseph Hardtmuth, 1790-1792. Zustand nach der Restaurierung 2001



Einen Galerisaal in der Beletage mit einem Gemälde der Venus von Peter Paul Rubens

französische Maler (u. a. Hyacinthe Rigaud) beauftragt, gewinnt die französische Malerei in der Sammlung an Bedeutung. Er verpflichtet auch Bernardo Bellotto, die beiden um 1759 entstandenen Ansichten des Gartenpalais in der Rossau zu malen.

Fürst Alois I. von Liechtenstein (1759-1805) erneuert in der Herrengasse anstelle des barocken Vorgängerbaus das neue Majorats-

haus (Architekt: Joseph Hardtmuth) mit seiner Anfang des 20. Jahrhunderts in das Gartenpalais Liechtenstein übersiedelten Bibliothek, für die er komplette Sammlungsbestände ankauft. Unter seiner Regentschaft entsteht um Eisgrub und Feldsberg ein einzigartiger Kosmos von Landschaftsgärten, noch heute ein Paradies für Kunst- wie Naturfreunde gleichermaßen.

Einen wichtigen Sammlungsschwerpunkt setzt Fürst Johann I. von Liechtenstein (1760-1836) mit dem Erwerb von holländischen, aber auch bedeutenden italienischen Meistern. Er verlegt ab 1807 die Galerie aus dem Majoratshaus in der Bankgasse in das Gartenpalais in der Rossau.

Wie schon seine Vorgänger sammelt auch Fürst Alois II. von Liechtenstein (1796-1858) zeitgenössische Malerei – teilweise Auftragswerke – und legt so den Grundstock zur einzigartigen Sammlung des Wiener Biedermeier.

Das Interesse von Fürst Johannes II. von Liechtenstein (1840-1929) konzentriert sich vor allem auf Künstler des 14., 15., und 16. Jahrhunderts. Er erwirbt – beraten durch Wilhelm von Bode, der 1896 auch die erste illustrierte Monographie der Fürstlichen Sammlungen verfaßt – Meisterwerke der frühen italienischen und niederländischen Malerei. Bedeutend sind auch seine Schenkungen an andere Museen in Wien und Mähren. In Wien betrafen diese Schenkungen u. a. das Kunsthistorische Museum, die Gemälde-



Der Goldene Wagen des Fürsten Joseph Wenzel von Liechtenstein, 1738 (von Nicolas Pineau), Holz, farbig gefasst und vergoldet, Stahl, vergoldete Bronze, Leder, Kristall, Samt mit Goldstickerei, Brokat

Kultur

galerie der Akademie der bildenden Künste (Werke früher italienischer Malerei) sowie das Historische Museum der Stadt Wien (vor allem Werke des Biedermeier und des späteren 19. Jahrhunderts; mit dieser Schenkung wurde der Grundstock für die Gemäldesammlung dieses Museums gelegt).

Heute beinhalten die Fürstlichen Sammlungen etwa 1500 Bilder mit Meisterwerken von der Frührenaissance bis zur österreichischen Romantik, darunter Arbeiten von Lucas Cranach dem Älteren, Raffael, Guido Reni, Pieter Breughel dem Jüngeren, Jan Breughel dem Älteren, Peter Paul Rubens, Anthonis van Dyck, Frans Hals, Rembrandt, Rudolf von Alt, Ferdinand Georg Waldmüller und Francesco Hayez.



Der Heilige Sebastian, 1615 von Adrian de Fries (1545-1626) Bronze, braune Naturpatina, 199 x 73 cm



Mars und Rhea Silvia von Peter Paul Rubens, um 1616/17, Öl, von Holz auf Leinwand übertragen, 207 x 271 cm

Von ebenso bedeutendem kunsthistorischem Rang ist die Sammlung italienischer Bronzen, deren Schwerpunkt auf Meisterwerken des 16. und 17. Jahrhunderts liegt.

Neben diesen herausragenden Gemälden und Skulpturen von Weltrang beinhalten die Fürstlichen Sammlungen auch wichtige Bestände an Pietra-Dura-Arbeiten, Emailen, Elfenbeinen, Prunkwaffen, Porzellan, Tapisserien und Möbeln, die einst die Ausstattung der Schlösser und Paläste der Familie bildeten.

Im Rahmen einer aktiven Ankaufspolitik setzt der Regierende Fürst, Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein (geboren 1945), durch spektakuläre Neuerwerbungen wesentliche Akzente in der Erweiterung dieser einzigartigen Kunstsammlung.

Das Museum

Mit der Präsentation ausgewählter Meisterwerke auf einer Gesamtfläche von 2300 Quadratmetern in zwei Geschoßen ist das „Liechtenstein Museum“ ein Ort der Sinne und der Lebensfreude, in dem alle Kunstgattungen vereint ihre Wirkung als historisches Ensemble entfalten. Die atmosphärisch dichte Komposition aus Malerei, Skulptur, Kunstkameroobjekten, Tapisserien und Möbeln im glanzvollen Ambiente des Gartenpalais Liechtenstein läßt die verloren geglaubte Pracht der Fürstlichen Sammlungen in seinem alten Zuhause wieder aufleben. In lebendiger Weise werden den Besuchern die vielschich-

tigen Zusammenhänge der präsentierten Exponate in ursprünglicher Atmosphäre vermittelt.

Schon in der weitläufigen Sala Terrena zieht die Besucher die schönste noch erhaltene französische Prunkkutsche, der Goldene Wagen von Fürst Joseph Wenzel von Liechtenstein, kaiserlicher Botschafter in Paris, in ihren Bann. In diesem prachtvollen Gefährt feierte einst auch die Braut Kaiser Josephs II., Isabella von Parma, ihren triumphalen Einzug in Wien.

Mit der Eröffnung des „Liechtenstein Museum“ werden erstmals auch Räume für Besucher zugänglich sein, die bisher der Öffentlichkeit verschlossen blieben: die prachtvolle Bibliothek im ehemaligen Herrenappartement und die in Zukunft für Wechsellausstellungen genutzten Räume des Damenappartements mit den gereinigten farbenfrohen Fresken von Johann Michael Rottmayr.

In der Beletage führt der Rundgang die Besucher durch die wichtigsten Epochen der europäischen Kunstgeschichte. Von frühen italienischen religiösen Bildern angefangen über Rubens, Van Dyck, Frans Hals bis zur in barocker Hängung präsentierten Malerei des Goldenen Jahrhunderts in Holland mit Rembrandt erleben sie in authentischem Ambiente Hauptwerke der europäischen Kunst.

Ein weiterer Höhepunkt im Museumsrundgang ist der Herkulesaal, mit 600 Quadratmetern der größte profane Barockraum

Kultur

Wiens. An seiner Decke gibt das grandiose Fresko von Andrea Pozzo den Blick in den olympischen Götterhimmel frei, das Gesims begleiten die Taten des Herkules. Der Raum wird in Hinkunft für die Besucher ohne störende Einbauten und Objekte erlebbar sein und ausschließlich für hochkarätige Konzerte und sonstige Veranstaltungen genutzt werden.

Ebenfalls für die Öffentlichkeit zugänglich sein werden Teile des historischen Gartens. Er bietet den Besuchern einen erholsamen Freiraum und knüpft als Stadtoase mit Restaurants und Gastgärten, aber auch mit Konzerten und Matineen an die barocke Lebenslust an. Die Restaurants „Ruben's Brasserie“ und „Ruben's Palais“ verfügen gemeinsam über 140 Sitzplätze und können auch außerhalb der Öffnungszeiten des „Liechtenstein Museum“ von Gästen besucht werden.

Um die Meisterwerke in dem für sie adäquaten Rahmen präsentieren zu können, wurde das gesamte Palais den neuen Anforderungen entsprechend adaptiert und restauriert. Mit den Arbeiten wurde bereits im Jänner 2001 begonnen, nun sind sie bis auf die Restaurierungsarbeiten an den wieder entdeckten Rottmayer-Fresken in den beiden Treppenhäusern abgeschlossen. Ein wesentlicher Teil des Gebäudes wurde unterkellert,

FACTS

Liechtenstein Museum GmbH
Fürstengasse 1, A-1090 Wien
Telefon: ++43 / (0)1 / 319 57 67-0
Telefax: ++43 / (0)1 / 319 57 67-20
E-Mail: office@liechtensteinmuseum.at
<http://www.liechtensteinmuseum.at>

Öffnungszeiten

Täglich außer Dienstag 9.00–20.00 Uhr

Besucherservice

Telefon: ++43 / (0)1 / 319 57 67-252

Tickets

Einzelkarte: Euro 10,-; Familienkarte (2 Erw. und Kinder): Euro 20,-; Alleinerzieherkarte (1 Erw. und Kinder): Euro 14,-; Senioren: Euro 8,-; Private Art Collections-Ticket: Euro 5,-; Schüler, Studenten bis 26 Jahre, Zivil- und Präsenzdienste, Arbeitslose, Behinderte: Euro 5,-; Schüler im Klassenverband: Euro 2,-; Kinder unter 5 Jahren: Eintritt frei; Gruppen ab 8 Teilnehmer, pro Person: Euro 8,-; Garderobe gratis

Führungen

Führungen: Euro 4,-

Audio Guide: Euro 4,-



Bildnis der Maria de Tassis (1611-1638), um 1630, von Anthonis van Dyck (1599-1641); Öl auf Leinwand, 129 x 93 cm

um die notwendigen Servicräume unterbringen zu können (WC-Anlagen, Künstler- und Schüलगarderoben). Das gesamte Palais wurde mit modernster Sicherheits-, Brandschutz- und Klimatechnik ausgestattet, Fassade wie Innenräume erhielten weitestgehend ihr ursprüngliches Erscheinungsbild zurück.

„Das Kunststück“, so Museumsdirektor Kräftner, „liegt darin, einerseits die historische Substanz behutsam dem Originalzustand anzunähern, gleichzeitig aber ein modernes Museum zu schaffen, das den neuesten ästhetischen wie technischen Anforderungen entspricht. Das Konzept der Präsentation und Vermarktung geht von der Wiederbelebung der historisch gewachsenen Substanz im Palais und dem Bestand an Kunstwerken

aus. Die Fresken, Ölgemälde und die Stuckausstattung des Gartenpalais Liechtenstein in der Rossau erstrahlen nach ihrer sorgfältigen Reinigung wieder in ihrer barocken Farbenpracht, die Fassade wurde in lebendiger historischer Kalktechnik wiederhergestellt. Zusammen mit den im Haus gezeigten Kunstwerken erwartet den Besucher ein barockes Gesamtkunstwerk, das auch den Wünschen, Vorstellungen und Sehnsüchten der Gegenwart gerecht werden kann.“

Die Gesamtinvestitionen zur Adaptierung des Gartenpalais und zur Revitalisierung des historischen Gartens betragen rund 20 Millionen Euro und werden zur Gänze von Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein getragen. ■

Das Khevenhüller-Archiv

Die Rückkehr eines kulturgeschichtlichen Schatzes – in das Kärntner Landesarchiv.

Von Wilhelm Wadl^{*)}.

Die Familie Khevenhüller ist im späten 14. Jahrhundert aus Oberfranken nach Kärnten eingewandert und aus dem Handelsbürgertum der Stadt Villach im Verlauf weniger Generationen an die Spitze des landständischen Adels aufgestiegen. Im 16. Jahrhundert erwarben Angehörige dieser Familie zahlreiche große Grundherrschaften, erbauten sich repräsentative Schlösser und waren auch moderne Industriepioniere. Alle politischen Spitzenämter im Lande (Landeshauptmann, Landesvizeidom, Burggraf usw.) waren jahrzehntelang in der Hand von Mitgliedern dieser Familie, die auch den habsburgischen Landesfürsten als Militärs und Diplomaten wertvolle Dienste leisteten.

Im Zeitalter der Glaubensspaltung wandte sich der Großteil der Familie schon früh dem Protestantismus zu und unterstützte dessen Ausbreitung aktiv. Als Kaiser Ferdinand II. die Religionsfreiheit des protestantischen Adels aufhob und ihn vor die Alternative Konversion oder Emigration stellte, entschied sich der Großteil der Familie im Jahre 1629 aus Glaubensgründen für die Auswanderung.



Khevenhüller-Stiftung zur Vollendung und Stärkung des »evangelischen Stifts und Bürgerspitals« über 400 Pfund Pennige (1852)



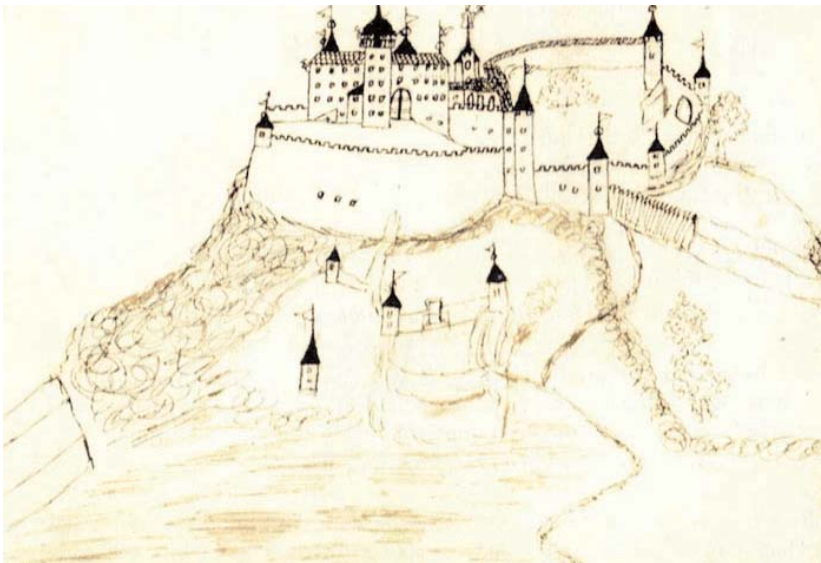
Das Familienwappen der Khevenhüller

Alle Abbildungen: Landesarchiv Kärnten

Bei dieser Emigration in die Freie Reichsstadt Nürnberg nahm die Familie auch ihr gesamtes Archiv mit, um für den Fall einer Rückkehr Beweismittel zur Beanspruchung ihrer Besitzungen zur Verfügung zu haben. Dieses aus Schloß Landskron bei Villach stammende Archiv gelangte durch Einheirat im späten 17. Jahrhundert auf das Stammschloß der reichsgräflichen Familie Giech in Thurnau in Oberfranken.

Georg Khevenhüller hat 1959 ein kurz gefaßtes Archivinventar veröffentlicht. Der Erwerb dieser für die Landesgeschichte des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit noch ungehobenen Schätze blieb jedoch für viele Jahrzehnte ein unerfüllbar scheinender

Wunsch der Kärntner Archivare und Historiker. Umso erfreulicher ist es, daß es dem Kärntner Landesarchiv ausgerechnet im Jubiläumsjahr 2004 gelungen ist, diesen Schatz zu heben. Nach mehrjährigen Verhandlungen in enger Kooperation mit der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns konnte im Herbst des Vorjahres ein Kaufvertrag abgeschlossen werden. Großzügige Unterstützungsleistungen durch die Privatstiftung Kärntner Sparkasse und den Geschichtsverein für Kärnten ermöglichten die Aufbringung des Kaufpreises. Der wertvolle Bestand umfaßt ungefähr 400 Urkunden, 50 Handschriften und 80 Kartons Akten des 14. bis 17. Jahrhunderts.



»Schloß Landskron« – Zeichnung des jungen Hans Khevenhüller um 1610



Fabulöser Stammbaum der Familie Khevenhüller (1573)

Das Kärntner Landesarchiv präsentierte Teile dieser wertvollen Neuerwerbung im Rahmen einer Sonderausstellung. Aus konservatorischen Gründen konnten die wertvollen Urkunden, Handschriften, Stiche und Grafiken jedoch nur kurze Zeit als Originale ausgestellt werden. Ziel der Ausstellung war es nicht nur, die einzelnen Objekte zu präsentieren und zu beschreiben, sondern zugleich auch die faszinierende Geschichte der Khevenhüller von ihrem Auftauchen in Kärnten im späten 14. Jahrhundert bis zum großen Einschnitt des Jahres 1629 zu erzählen. Be-

sonderes Augenmerk wurde dabei auf die Transkription und Interpretation von zeitty-pischen Texten gelegt, die sich dem Ausstellungsbesucher nicht unmittelbar erschließen. Der Katalog war in diesem Sinne nicht so sehr als Begleiter durch die Ausstellung gedacht, sondern als Lesebuch für die vertiefende Beschäftigung.

In den wenigen Wochen seit der Übernahme des Archivs im Jänner 2004 wurde vom Team des Kärntner Landesarchivs nicht nur diese Ausstellung (bis 8. April geöffnet) vorbereitet, sondern als wesentlichste Vorbedin-

gung dafür auch schon ein großer Teil des Archivs gesichtet, gereinigt, restauriert und bearbeitet.

100 Jahre Kärntner Landesarchiv 1904 – 2004

Am 1. Jänner 1904 wurde der Archivar des Geschichtsvereines für Kärnten, der aus Prag stammende Historiker Dr. August Jaksch, in den Landesdienst übernommen und damit das Landesarchiv als wissenschaftliche Anstalt begründet. Es vereint heute die reichen Bestände des 1844 gegründeten Geschichtsvereines mit jenen der autonomen Landesverwaltung, hat aber zugleich auch die dauernde Aufbewahrungsstätte für das Schriftgut fast aller Bundesbehörden in Kärnten.

Nach Jahrzehnten räumlicher Enge und fehlender Entfaltungsmöglichkeiten kann das Archiv durch den 1996 eröffneten Neubau seine zahlreichen Aufgaben erstmals umfassend wahrnehmen. Die Kundenfrequenz hat enorm zugenommen, durch die Ausgliederung wird das Archiv heute zwangsläufig in vielen Bereichen wie ein Unternehmen geführt.

Aus Anlaß seines 100-Jahr-Jubiläums setzt das Kärntner Landesarchiv zahlreiche Aktivitäten (Ausstellungen, Publikationen, Vortragsreihen), mit denen es sich in der kulturell interessierten Öffentlichkeit als moderner und multifunktionaler Informationsdienstleister präsentieren möchte.

<http://www.landearchiv.ktn.gv.at>

*) Dr. Wilhelm Wadl, MAS (Master of Advanced Studies) ist Direktor des Landesarchivs Kärnten



Die Bregenzer Festspiele 2004

Mit der Premiere von Kurt Weills selten gespielten Einaktern „Der Protagonist“ und „Royal Palace“ beginnt am 21. Juli 2004 der erste Bregenzer Festivalsommer unter der Intendanz von David Pountney. Tags darauf folgt die Wiederaufnahme der Rekordproduktion der Saison 2003, Leonard Bernsteins Erfolgsmusical West Side Story.

Erstmals in der Geschichte der Bregenzer Festspiele wird es mit einer ganzen Reihe von Werken des Komponisten Kurt Weill einen programmatischen Schwerpunkt geben: Weill, der Zeit seines Lebens zwischen den Welten der deutschen Avantgarde und des New Yorker Broadway stand, verkörpert für Intendant David Pountney all das, wofür auch die Bregenzer Festspiele stehen: „In Bregenz werden ernsthafte, interessante Ideen in einem populären Format präsentiert. Und genau das hat auch Kurt Weill sein Leben lang getan.“

Als Oper im Festspielhaus sind im kommenden Sommer gleich zwei Werke zu sehen: Aufgeführt werden Kurt Weills selten gespielte Kurzopern „Der Protagonist“ und „Royal Palace“. Der Komponist hat diese frühen Stücke einmal selbst als „Geschwisterpaar“ bezeichnet. Regie führt Nicolas Brieger, das Bühnenbild stammt von Raimund Bauer, Yakov Kreizberg dirigiert die Wiener Symphoniker.

Auch die Orchesterkonzerte der Wiener Symphoniker stehen in diesem Festspielsommer mit Kurt Weills „Die sieben Todsünden“ und seinem „Berliner Requiem“ ganz im Zeichen des Schwerpunkts. Es dirigieren Yakov Kreizberg, Ulf Schirmer und Wayne Marshall: Er leitet am 9. August die Wiener Symphoniker im Rahmen von Bernstein am See unter freiem Himmel, direkt im spektakulären Bühnenbild der „West Side Story“. Auf dem Konzertprogramm steht des weiteren ein Gastspiel des Symphonieorchesters des Bayerischen Rundfunks unter Chefdirigent Mariss Janssons und die traditionellen Orchestermatinee des Symphonieorchesters Vorarlberg unter Christoph Eberle.

Kurt Weills skurrile Operette „Der Kuhhandel“ bildet den Auftakt einer neuen Operettenschiene im Bregenzer Kornmarkttheater. Es inszeniert kein geringerer als der neue Intendant David Pountney, der mit der Operette am Kornmarkt auch sein Debüt im Herzen der Bregenzer Innenstadt gibt: „Es



Spektakuläres Bühnenbild der »West Side Story« und Szenefoto.

Foto: Bregenzer Festspiele / Forster



existiert eine fantastische Tradition von Operettenwerken“, so Pountney, „und ich finde, wir sind absolut verpflichtet, uns damit zu beschäftigen und dieses Genre nicht aus Snobismus zu ignorieren.“ Die zeitgenössische Programmschiene „KAZ – Kunst aus der Zeit“ kann im Sommer 2004 auf der Werkstattbühne mit zahlreichen österreichischen Erstaufführungen aufwarten: Zu den Highlights gehören „The Story of Io“, die jüngste Oper des britischen Komponisten Sir Harrison Birtwistle, die märchenhafte Ballettperformance „Die Zaubernacht“, Kurt Weills erste Theaterarbeit, sowie „Hoffmanniana“, das neueste Werk des jungen Vorarlberger Komponisten Thomas Dézsy. Das Hamburger Thalia Theater gastiert mit der Erfolgs-

produktion „Thalia Vista Social Club“. Die Konzerte im Bregenzer KUB bieten ein spannendes Spektrum zeitgenössischer Musik, das von einem Jugendwerk Kurt Weills bis hin zu einem Abend mit einem „Ampico Selbstspielflügel von 1925“ reicht.

Shakespeare der etwas anderen Art gibt es im Sommer 2004 am Martinsplatz in der Bregenzer Altstadt zu sehen: „In Rosenkranz und Gildenstern sind tot“ befördert der britische Dramatiker Tom Stoppard die Nebenfiguren aus Shakespeares Hamlet zu Protagonisten. Es inszeniert Christian Himmelbauer, der auch schon für die Erfolgsproduktionen und „Was ihr Wollt“ (2002) und „Mafl für Mafl“ (2003) verantwortlich zeichnete. ■

<http://www.bregenzerfestspiele.com>

Auf Erfolgskurs

Seit 6 Monaten stellt das »Österreich Journal« seinen Partner-Redaktionen im Ausland die Wienerliedsendung »Ein Gruß aus Wien« zur Verfügung. Eine Bilanz.

In vielen Reaktionen werden die professionelle Qualität und die Auswahl der Themen gelobt. Mit Erich Zib haben wir vor, »Österreich Journal« einen Partner gefunden, der – weil er selbst aus der Wienermusik kommt – hervorragende Kontakte zur Wiener Szene hat und genau weiß, was das Publikum hören will. Und er großem Ehrgeiz dabei, wirklich höchste Qualität zu liefern. Seine Musikreportagen bringen jede Woche ein interessantes Thema und neue Interview-Partner, die Mischung mit meist sechs Minuten Interview, der Rest Wienermusik, findet sehr großen Anklang.

Wöchentlich verzeichnen wir etwa 1500 Zugriffe auf unseren Audio-Server, einige davon – erfreulicherweise werden es immer mehr – sind Radioredaktionen, die an österreichischer Musik besonders interessiert sind. Der »Rest« sind »Private«, denen wir die jeweils zwei aktuellsten Sendungen zwei Wochen hindurch zum kostenlosen Anhören bieten. Besonders freut uns, daß inzwischen einige der Radiosender unserer Wienerlieds-Serie einen fixen Sendeplatz eingeräumt haben. Der »Heimatkund« in Melbourne, den wir an dieser Stelle als neuestes Mitglied in der Wienerlied-Familie begrüßen wollen, strahlt z. B. unsere Sendung jeden Samstag um 20.30 Uhr aus. »Radio Austria 4« in Adelaide, ebenfalls in Australien ladet, sich die Sendung genauso wie »Community Radio Winnepeg« in Kanada über unseren Server herunter. In Kürze will auch »SBS Radio Sydney« die Sendung wöchentlich ausstrahlen. Für SBS wird eine Sondersendung mit 24 Minuten Sendezeit bereitgestellt. Einige Sender, die meist wegen zu geringer Bandbreiten nicht in der Lage sind, MP3 Files übers Internet zu beziehen, erhalten die Sendung auf einer CD zur Verfügung gestellt. Das sind z. B. »Radio Liberté« in Frankreich und »Radio Highland« in N.S.W., Australien. Diese Variante ist aber leider auch kostenintensiv und durch den Postweg zeitaufwendig.

So »nebenbei« macht Erich Zib aber auch für die amerikanischen Sender WKNY in Kingston/NY und KCSN in Los Angeles



Erich Zib mit Tochter Marion bei Auftritt in Osaka

Foto: Zib

noch eine reine Musiksendung, da diese Sender keine Interviews brauchen können: sie haben nämlich großteils englischsprachige Hörer, trotzdem wird auch dort die Wienermusik sehr gerne gehört.

Für den April haben wir folgende Themen vorgesehen:

- Gleich am 6. April werden Schrammeln aus Kanada vorgestellt. Diese Sendung wird von Peter Hana vom Duo Hana moderiert und zusammengestellt.
- Am 13. April gibt es ein Interview mit Lothar Steup, der mit seiner Wienerlied-Ausstellung »Mir hab'n ka Angst ums Weanaliad« fantastische Erfolge feiert. Der Erfolg hat auch dazu geführt, daß zur Ausstellung passend eine CD erschienen ist, die in dieser Sendung vorgestellt wird. Mit auf der CD ist übrigens die Titelmelodie unserer Radiosendung, der von Erich Zib komponierte und mit seiner Tochter Marion gespielte »Schwammerl-Marsch«.
- Am 20. April stellt Erich Zib den Musiker Robert Becherer vor, der das Wienerlied der etwas anderen Art spielt.
- Am 27. April ist Heinz Effenberg in der Sendung zu Gast. Der »Adabei des Wie-

nerliedes« hat 60.000 Fotos von Künstlern der Wienermusik in seinem Archiv. Er kann aber auch hervorragend singen.

- Am 4. Mai spricht Erich Zib mit Professor Franz Strohmmer über die Wiener Bezirksfestwochen.

Wenn im Sendegebiet einer Radiostation eine Wiener Gruppe eine Tournee macht, stellt Erich Zib gerne eine Sondersendung zusammen. Daneben steht er selbst aber auch für Tourneen gerne zur Verfügung. Mit seiner Wienermusik war er schon fast auf der ganzen Welt. So gibt es fast jährlich Auftritte in Japan (Bild Erich Zib mit Tochter Marion bei Auftritt in Osaka) und Hongkong und natürlich in ganz Europa. Er war aber auch schon in Indien, Singapur, Saudi Arabien, Syrien, Kanada, Kenia und mehrmals in Südafrika erfolgreich musikalisch tätig. Demnächst spielt er z. B. mit dem Geiger A. Biz einen Abend in Kiew.

Wir freuen uns, daß wir Ihnen mit unserem kongenialen Partner so erfolgreiche Wienerlied-Radiosendungen anbieten können.

Sie erreichen Erich Zib unter <http://www.heurigenmusik.at>

Elegante Techniker und konsequente Manndecker

Eine Weinreise durch vier kleine, historische Städte Österreichs

Von Klaus-André Eickhoff.

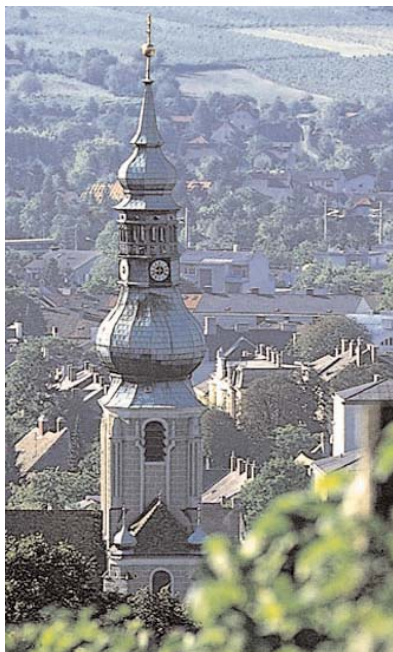
Vor den südlichen Toren Wiens, dort wo Wienerwald und Weingärten fast unmerklich in Gassen und Plätze übergehen, liegt die biedermeierliche Kurstadt Baden. Ob des Namens mag man unwillkürlich ans Wasser denken. Tatsächlich zog es schon die Römer der heilsamen Schwefelthermalquellen wegen in die alte Bäderstadt. Logisch, daß eine der großen Attraktionen Badens heute auch die „Römertherme“ ist. Römische Legionäre prägten jedoch auch die Kultur eines anderen Lebenselixiers in dieser Region: Sie waren es, die die urwüchsigen heimischen Rebsorten durch Gewächse aus dem Süden verfeinerten. Auch die Bearbeitungsmethoden der Trauben änderten sich nach römischem Vorbild. Die Römer gingen, die Weinkultur blieb.

Baden bei Wien

Hundert Familien betreiben heute Weinbau in Baden. Dabei profitieren sie – wie ihre Kunden – von günstigen klimatischen Verhältnissen: Am Rande der pannonischen Tiefebene, die sonnenreichste Zone Österreichs, gedeihen hervorragende Qualitätsweine. Mittelalterliches Ambiente für Weinkost und -verkauf bietet die Badener Hauer- und Weinbibliothek. Sie liegt – liebevoll renoviert – im ehemaligen Wirtschaftshof des Zisterzienserklosters Heiligenkreuz. Zu den edlen Tropfen zählen hier vor allem Grüner Veltliner, Weißburgunder, Rotgipfler, Zierfandler, Muskat, Traminer oder auch Neuburger wie etwa der „Badener Lumpentürl“. Sein Name entstand zu der Zeit, als Baden noch mit Stadtmauern umgeben war und die Stadttore bei einbrechender Dunkelheit geschlossen wurden. Die Weinliebhaber, die außerhalb der Stadt gezecht hatten, fanden einen Ausweg indem sie eine kleine, immer geöffnete Tür in die Mauer einfügten. Das „Lumpentürl“ ist bis heute in der Pfarrgasse zu sehen.

Nicht jede Traube in Baden endet als Wein. Denn auch in unvergorener Form tragen Trauben und Traubensäfte zum Wohlbefinden bei. Weißer und roter Gutedel bei-

spielsweise sind Rebsorten, die bei der Badener Traubenkur zum Einsatz kommen. Diese älteste Form der Obstkur soll nicht nur entschlacken und regenerieren, sondern auch



Baden bei Wien: Weingärten, soweit das Auge reicht

Alle Fotos: khs.info

auf natürliche Weise verjüngen ... Ob es deshalb schon Kaiser Friedrich III., spöttisch „des heiligen römischen Reiches Schlafmütze“ genannt, oft nach Baden zog, ist nicht überliefert. Sicher scheint jedoch, daß er und seine portugiesische Gattin, Kaiserin Eleonore, sich hier wohler fühlten als in den kalten Mauern der Wiener Hofburg oder in der Residenz zu Wiener Neustadt.

Rust am Neusiedler See

Rust am Neusiedler See, die zweite Station auf der „Weinreise“ ist in vielerlei Hinsicht bemerkenswert. Rust ist mit 1700 Einwohnern eine der kleinsten Städte Österreichs, die „Stadt der Störche“ und die „Stadt des edlen Weins“. Kein Wunder, denn auch die Entwicklung dieses historischen Städtchens ist von jeher eng mit dem Weinbau verbunden. Schon im 16. Jahrhundert galten die Ruster Weinfässer, deren Markenzeichen ein eingetragenes gekröntes „R“ war (heute ziert das „R“ auch die Korken der edlen Weine), als das non plus ultra vieler Weinkenner. Sogar die Religionsfreiheit konnte man sich mit diesem Wein erkaufen: 1.000 Eimer Wein (60.000 Liter!) und 6.000 Goldgulden war sie wert. Der Herrschaftsuntertänigkeit konn-



ÖJ-Reisetip

te man sich durch die Zahlung von 500 Eimern besten Weins und 60.000 Goldgulden entledigen.

Heute gilt Rust auch durch seine Weinakademie als Mekka der Weinliebhaber. Sie ist im barocken Ruster Seehof beheimatet und vermittelt ihren Seminaristen internationales Weinwissen. Das geschieht in einzelnen Tages- und Abendkursen, kann aber auch einige Semester dauern, wenn man sich denn zum Weinakademiker ausbilden lassen will. Weniger theoretisch geht es beim „Kellerplausch“ zu. Hier plaudern die Ruster Weinbauern nicht nur aus dem Nähkästchen, sondern schenken auch gut ein. Die Auswahl ist groß, wird der Weinfreund in Rust doch mit drei verschiedenen Weintypen konfrontiert. Trockene Weiß-, Rot- und Süßweine bilden die berühmte Ruster Trilogie. Bei einer Jause in einer der „Buschenschenken“ in den Innenhöfen der komplett denkmalgeschützten, malerischen Altstadt, munden sie besonders gut ...

Bad Radkersburg

Quer durch das Burgenland und durch gepflegte Weinberge, im weiteren Verlauf ohne Übertreibung als die „steirische Toskana“ bezeichnet, geht es weiter nach Bad Radkersburg. Die Thermenstadt hier im südöstlichen Zipfel der Steiermark zählte Jahrhunderte lang zu den wichtigsten Handelstädten der Region. Prachtvolle Bauten und Fassaden, sowie auch hier Wasser („Parktherme“) und Wein prägen bis heute das Grenzstädtchen. Zahllose Auszeichnungen haben die Weine aus dieser Region bereits eingeheimst. Geschätzt und geliebt ist etwa der Klöcher

Traminer, der Wein mit dem Duft der Rose. Doch auch die steirischen „Hausweine“ wie Welschriesling, Morrillon, Sauvignon, Zweigelt und Zweigelt Barrique genießen internationalen Ruf.

Es muß jedoch nicht immer edel und elegant zugehen. Denn nicht nur beim Fußball gibt es neben dem eleganten Techniker auch den konsequenten Manndecker. Nein, auch beim Wein gibt es den „schnörkellosen Direktträger“, sogenannte „Heckenklescher“, die sich wachsender Beliebtheit erfreuen. Die Wortschöpfungslegende: Wer nach dem Genuß einiger Gläser ins Freie geht und durch die frische Luft seinen Rausch zu spüren bekommt, verliert das Gleichgewicht und fällt in das Gebüsch, also auf gut steirisch „klescht in die Hecke“. Die Broschüre nennt ihn auch liebevoll „fröhlicher Naturbursch mit herzerfrischen-der Kumpelhaftigkeit“.

Judenburg

Mediterraner Charme zieht sich wie ein roter Faden durch unsere Weinreise. Auch in Judenburg, der vierten und letzten Station, begegnet uns der Wein. Hier, rund 80 Kilo-



Der idyllische Hauptplatz von Bad Radkersburg



Die Altstadt von Judenburg bei Nacht

meter westlich von Graz, soll er aus den Tagen der venezianischen Händler stammen. Wie schon in Baden, Rust und Bad Radkersburg, treffen in Judenburg Tradition und Moderne in der liebevoll gepflegten Altstadt aufeinander. Umringt von reizvollen Bürgerhäusern thront als steinerner Wächter der Stadt der Stadtturm, mit exakt 76,55 Metern der höchste freistehende Österreichs. 256 Stufen führen zur Aussichtsgalerie (41,23 m), die nicht nur die herrliche Aussicht auf das Aichfeld bietet, urige Gasthäuser, gepflegte Restaurants, Cafés und Konditoreien liegen dem Besucher hier im wahrsten Sinne des Wortes zu Füßen.

Judenburg wird in den Geschichtsbüchern als älteste urkundlich belegte Handelsstadt der Steiermark erwähnt. So spielte sie auch im 17. Jahrhundert, als der Siegeszug des berühmten Schilcher-Weins in der Weststeiermark begann, als großer Weinumschlagsplatz eine Hauptrolle. Und so ein Gläschen Schilcher ist wahrhaftig ein köstlicher Ausklang einer anregenden Weinreise durch vier der reizvollen kleinen historischen Städtchen Österreichs. ■

Urlaub auf der Almhütte

Kärntens vielfältigste Urlaubsdestination: Almhütten gibt es von ganz einfach bis total luxuriös, mit Petroleum oder Solarstrom. Urlaub am Bauernhof heißt aber auch Ponyreiten, Jagen oder Kärntnerisch lernen.



Foto: Urlaub am Bauernhof in Kärnten

Sie muß allein liegen, Bergcharakter haben – jedenfalls oben sein“, faßt Burgi Samrock die „Eckdaten“ einer echten Almhütte zusammen. Samrock, die jede Almhütte in Kärnten persönlich kennt, weiß um den Zauber und die Vielfalt dieser Urlaubsdestination: „In unserem Katalog sind an die 200 Hütten beschrieben und es gibt alles: von einfach bis luxuriös, mit Petroleum oder Solarstrom, vom nahen Teich bis zu Sauna und Whirlpool.“

Familien mit Kindern, Manager, Wander-Begeisterte und Paare lieben es, im Urlaub „einsam“ und doch betreut zu sein, eine atemberaubende Aussicht zu genießen, frische, klare Luft zu atmen, die unvergleichlichen Farben der Natur zu erleben und sich dann am Abend vor dem Kachelofen zusammen zu kuscheln.

„Das Geheimnis ist die Weite, die das Gefühl von Freiheit und Abenteuer vermitt-

telt“, analysiert „Hütten-Mutter“ Samrock. Und die Auswahl ist groß: Da gibt es die klassischen Almhütten, ehemalige Sennhütten, dann aufgelassene Bergbauernhöfe in etwa 1300 Meter Seehöhe mit fantastischer Aussicht, weiters Schihütten, von denen der nächste Lift höchstens 300 Meter entfernt ist und Winterhütten, wo das Spiel der Sonnenstrahlen mit dem Glitzern der Schneedecke wetteifert.

Etwa 55 Prozent der Urlaubszeit auf Almhütten werden „verwandert“, daher gibt es ein tolles Service: In Kooperation mit dem renommierten Kartenverlag Freytag & Berndt werden im Almhütten-Katalog zu jeder Hütte auch die Nummern der jeweiligen Wanderkarten eingetragen; die Wanderkarte ist auch in der Hütte ausgehängt.

Je nach Saison und Anzahl der Personen sind Kärntner Almhütten ab etwa 37 bis 182 Euro pro Tag zu mieten. Weitere Informatio-

nen gibt es beim Landesverband „Urlaub am Bauernhof in Kärnten“ (siehe Kasten am Ende dieses Beitrags).

Liebe auf höherer Ebene

So ein Himmelbett, wie es in der Preis-öxlhütte steht, kann man nur mit dem Begriff „romantisch“ umschreiben. Besser läßt es sich sicher nirgends schlafen! Die neu erbaute Hütte im Oberen Metnitztal in Kärnten bietet vom Kachelofen bis zum Geschirrspüler jeden Komfort und hat für 11 Personen Platz – aber das Himmelbett, das ist nur für zwei gedacht!

Preis: 75 Euro pro Tag bis 5 Personen, jede weitere Person 8 Euro; + Ortstaxe Strom und Endreinigung.

Die Jagerhütte Obermillstätter Alm hat offiziell für 5 Personen Platz. Aber so richtig hineinpasse tun eigentlich nur zwei

ÖJ-Reisetip

Frischverliebte! Irgendwie hat man dort oben das Gefühl, plötzlich Akteur in einem Märchen zu sein: einsame Hütte, rauschender Hochwald, traumhafte Aussicht zum See, ... und tief im Herzen die Sehnsucht, daß es so bleiben möge.

Preis: 44 Euro pro Tag bis 3 Personen, jede weitere Person 4 Euro; + Ortstaxe und Endreinigung.

Oder: Ponyreiten in Steinerberg

Welche geplagten Eltern träumen, auch wenn deren Kinder solche sind, die zu den besonders braven zählen, nicht von einem Ort, wo es nicht dauernd heißt: Sitz ruhig! Sprich leiser! Schrei nicht so 'rum! Benimm dich!/? Es gibt solche Orte. Einer davon ist das riesengroße Anwesen rund um den Ponyhof in Steinerberg, ein paar Kilometer



Foto: Österreich Journal

außerhalb von St. Kanzian am Klopeiner See. Der Ponyhof liegt in einer traumhaften Gegend. Die Karawanken, deren Gipfel bis in den frühen Sommer noch mit Schnee bedeckt sein können, bilden ein Panorama von unvergleichbarer Schönheit. Dieser mächtigen Begrenzung Südkärntens vorgelagert ist eine walddreiche Gegend, mitten darin liegt der Ponyhof. Hier ist alles lebendig: Kühe, Schweine, Hasen, Enten, Katzen, Hunde. In der Koppel traben 16 oder 17 Pferde, auf deren Rücken sich die herrliche Landschaft erkunden läßt.

Das ganze Jahr hindurch ist der Bauernhof mit Gaststätte, Zimmern und Ferienwohnungen für Gäste geöffnet. Wer Lust hat,

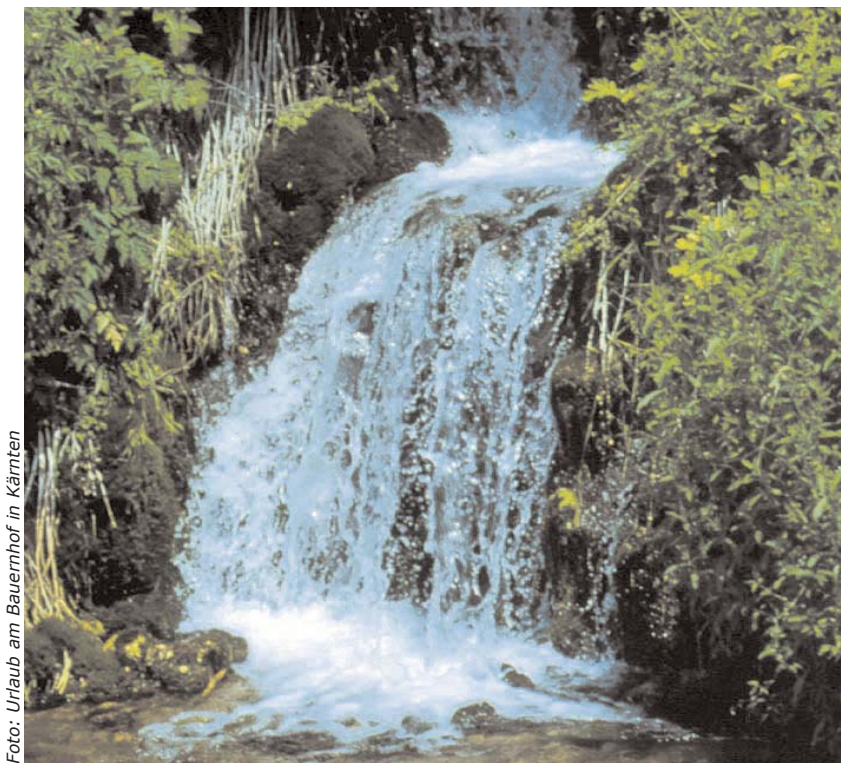


Foto: Urlaub am Bauernhof in Kärnten

auch einmal im Klopeiner See zu schwimmen, dem steht freie Strandbenützung zu, Parkplatz eingeschlossen. Wer noch sportlicher unterwegs ist, der kann lange Rad- und Wanderwege erkunden.

Preise pro Person und Tag: mit erweitertem Frühstück im Frühling und Herbst Euro 18,- bis 20,-, im Sommer (Juli und August) Euro 27,-; mit Halbpension im Frühling und Herbst Euro 23,- bis 27,-, im Sommer (Juli und August) Euro 32,-.

Ponyhof Helga Nachbar, A-9122 Steinerberg, Steinerberg 1, Tel: ++43 / (0) 04239 / 26 88

Oder: Auf, auf zum fröhlichen Jagen!

Wer sich für das Jagdhaus Stingl als Urlaubsdomizil entschieden hat, dem vermittelt Hausherr Viktor auf Wunsch Abschlüsse in einem guten Kärntner Hochwildrevier. Der Jagdgast wird vom Aufsichtsjäger betreut. Das Jagdhaus Stingl bietet für 7 Personen reichlich Platz.

Preis: 364 Euro bis 476 Euro pro Woche, je nach Saison; + Ortstaxe und Strom.

Gäste der Salzerkopfhütte können Sie im eigenen Jagdrevier des Bauern Jagdfreuden nachgehen. Karl betreut Pirschführungen zu Rot-, Reh- oder Auerwild. In der Salzerkopfhütte sind 4 Personen komfortabel untergebracht.

Preis: 55 bis 60 Euro pro Tag für die ganze Hütte; + Ortstaxe und Strom.

Oder: Kärntnerisch lernen

Sie wissen nicht, was „Safn kafn lafn“ heißt? Am Zochahof im Kärntner Tröpolach lernt man schnell, daß damit „Seife kaufen laufen“ gemeint ist. Bäuerin Isolde Burgstaller schreibt jeden Tag ein kärntnerisches Wort oder eine Wendung plus „Übersetzung“ auf die Anschlagtafel. „Es macht den Gästen Spaß, mehr über ihr Urlaubsland zu erfahren“, sagt sie. Spaß macht den Urlaubern auch das vielfältige Freizeitangebot. Sie können bei der Stallarbeit helfen oder bei Nachbarbauern Buttern lernen, mit Ton, Holz oder Heu Figuren basteln oder Steine bemalen. Der Zochahof vermietet ein ganzes Bauernhaus mit 230 Quadratmetern Wohnfläche, für 4 bis 13 Personen. Ideal für größere Familien oder Freundeskreise.

Preisbeispiel: Für 4 Personen kostet das Haus im Sommer Euro 71,30; jede weitere Person zahlt Euro 13,-.

i Urlaub am Bauernhof in Kärnten

Viktringer Ring 5

A-9020 Klagenfurt

Telefon: ++43 / (0)463 / 33 00 99

Telefax: ++43 / (0)463 / 33 00 99-33

<http://www.urlaubambauernhof.com>